

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Oskar Weggel

Zwei Jahre

„Demokratisches Kambodscha“

Prodosh Aich

Das indische Dilemma

Martin Oertel

Die Kurden —

Nation ohne Land

B 26/77

2. Juli 1977

Oskar Weggel, Dr. jur., geb. 1935 in Passau; Studium der Rechtswissenschaften in München (1954—1958); 1962 Zweites Juristisches Staatsexamen in München; 1963—1965 Studium des Chinesischen an der Universität Bonn und anschließend (1965—1967) zwei Jahre Sprachausbildung in Taiwan; seit 1968 China-Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg; Reisen in Ost- und Südostasien.

Veröffentlichungen u. a.: Die chinesischen Revolutionskomitees, Hamburg 1968; Massenkommunikation in der VR China, Hamburg 1970; Band V der „Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten“ (Mitübersetzer und Mitherausgeber), Wiesbaden 1971; China und die Staaten Südostasiens, zehnteilige Serie in: CHINA aktuell, Hamburg 1973; Die Alternative China: Politik, Gesellschaft, und Wirtschaft der VR China, Hamburg 1973; Das Außenhandelsrecht der VR China, Baden-Baden 1976; Miliz, Wehrverfassung und Volkskriegsdenken in der VR China, Boppard 1977; in Vorbereitung: Die Außenpolitik der VR China, Stuttgart 1977; regelmäßige Mitarbeit in der vom Institut für Asienkunde Hamburg herausgegebenen Monatszeitschrift „CHINA aktuell“.

Prodosh Aich, Dr. phil., geb. 1934 in Kalkutta; Studium der Philosophie, Staatswissenschaften, Soziologie und Ethnologie an den Universitäten Kalkutta, Bonn und Köln; zunächst Forschungsbeauftragter, dann bis 1967 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Köln (Institut für Soziologie); bis 1970 Stipendiat der Heinrich-Hertz-Stiftung; seit 1971 Dozent an der Universität Oldenburg für Soziologie und Sozialpolitik.

Veröffentlichungen u. a.: Farbige unter Weißen, Köln 1962; Soziale Arbeit. Beispiel Obdachlose (mit Otter Bujard), Köln 1972; Da weitere Verwahrlosung droht ... (Hrsg.), Reinbek 1973; Wie demokratisch ist Kommunalpolitik? Die Gemeindeverwaltung zwischen Bürgerinteresse und Mauschelei, Reinbek 1977.

Martin Oertel, geb. 1950 in Plauen/Vogtland; 1972—1975 Tageszeitungsredakteur in Wiesbaden; seit 1975 Studium der Humanmedizin in Bonn und während dieser Zeit Mitarbeit beim Bonner „General-Anzeiger“.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,  
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Zwei Jahre „Demokratisches Kambodscha“

## Einleitung

Am 31. Januar 1977 brachte das ARD-Fernsehen in seinem Nachrichtenteil um 20.10 Uhr einen Bericht aus der thailändischen Grenzregion Arnyaprathet, in der kambodschanische Truppen am 28. Januar drei Dörfer überfallen und insgesamt 30 unbewaffnete Bewohner, meist Frauen und Kinder, mit Bajonettstichen getötet und verstümmelt hatten. Fast gleichzeitig publizierten John Barron und Anthony Powell im Reader's Digest<sup>1)</sup> eine „Dokumentation“ mit dem Titel „Das Massaker“, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß „zwischen dem 17. April 1975 und Dezember 1976 in Kambodscha mindestens 1,2 Mio. Männer, Frauen und Kinder durch die Aktion von Angkar Loeu ums Leben gekommen sind“<sup>2)</sup>. Khieu Samphan, der politische Führer der „Roten Khmer“, habe der italienischen Wochenzeitschrift *Famiglia Cristiana* gegenüber erklärt, daß „Kambodscha heute 5 Mio. Einwohner hat, während es vor dem Kriege noch 7 Mio. waren.“ Eine Million sei im Krieg umgekommen. Was aus der restlichen Million geworden sei, wollte der Interviewer sodann wissen. Darauf Khieu: „Es ist unglaublich, wie besorgt Ihr Westler um Kriegsverbrecher seid!“<sup>3)</sup> Die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) zitiert einen Khmer-Rouge-Kader, von dem der „grauenhafte Ausspruch überliefert sei, daß zur nötigen völligen Umgestaltung Kambodschas die Zahl von einer Million Menschen ausreiche“<sup>4)</sup>. Der *Spiegel* nannte in einem Bericht „2 Millionen“<sup>5)</sup>.

Daß die westliche Presse mit den Ereignissen in Kambodscha auch sonst etwas großzügig umgeht, beweisen einige Artikelüberschriften: „Die jakobinische Bauernrevolution der Khmer Rouge; Haß auf alles, was fremd ist; Sinn der brutalen Evakuierung aller Städter aufs zerstörte Land bleibt unerfindlich — ein langer Marsch mit unbekanntem Ziel“<sup>6)</sup>; „Unter den Roten Khmer lebt ein Kulturvolk von Wurzeln“<sup>7)</sup>; „Diplomat Tells of Vultures Feasting on Bodies of Cambodians“ („Ein Di-

plomat berichtet von Geiern, die sich an den Körpern von Kambodschanern weiden“<sup>8)</sup>).

Mit welcher Skepsis Urteile und Berichte dieser Art aufzunehmen sind, zeigt ein Bericht des ehemaligen Chefchirurgen des Calmette-Krankenhauses von Phnom Penh, Dr. Bernard Piquart, der nach Pressemeldungen am

## INHALT

## Einleitung

## I. Fünf Jahre Bürgerkrieg

## II. Die Abrechnung mit der Vergangenheit

1. Die Abrechnung mit der „kolonialistischen und neokolonialistischen“ Vergangenheit: Phnom Penh wird entvölkert
2. Die Abrechnung mit fünf Jahren „Khmer-Republik“: Die Anhänger des Lon Nol-Regimes werden liquidiert
3. Die Abrechnung mit der „feudalistischen“ und „Khmer-sozialistischen“ Vergangenheit: Sihanouk wird abgesetzt

## III. Der Weg in die Zukunft

1. Kambodscha — eine Bauerngesellschaft
2. Produktionsschlachten und Kampagnenwesen
3. Das Organisationswesen im Demokratischen Kambodscha
4. Die Ideologie der kambodschanischen Revolution
5. Kambodschanische Außenpolitik

10. Mai 1975 auf dem Zentralmarkt von Phnom Penh die Leichen von 300 Kambodschanern mit durchschnittenen Kehlen gesehen haben will<sup>9)</sup>. Im Krankenhaus habe er von Khmer-Rouge-Soldaten vergewaltigte Frauen behandelt, denen man Flaschen in die Scheide gestoßen und das Glas sodann zerbrochen habe. Der „Augenzeuge“ Piquart dementierte jedoch wenige Tage später solche Berichte als „total falsch“<sup>10)</sup>. In CIA-Meldungen war von „reihenweisen Enthauptungen“ und der „Erschießung von Zehntausenden Lon-Nol-treuer Kambodschaner“ die Rede.

<sup>8)</sup> The Times, 17. 7. 1975.

<sup>9)</sup> Gemeldet in der Süddeutschen Zeitung (SZ) und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 10. Mai 1975.

<sup>10)</sup> SZ, 12. Mai 1975.

<sup>1)</sup> Reader's Digest 1977, S. 164 ff.

<sup>2)</sup> Ebd., S. 205.

<sup>3)</sup> Ebd.

<sup>4)</sup> NZZ, 14. April 1976.

<sup>5)</sup> Der Spiegel, 7. März 1977, S. 120 f.

<sup>6)</sup> Süddeutsche Zeitung, 16. 5. 1975.

<sup>7)</sup> Die Welt, 17. 7. 1975.

Der ARD-Reporter Christoph Maria Fröhder, der in den entscheidenden Apriltagen zwei Wochen lang in Phnom Penh festgehalten wurde, berichtete dagegen im Spiegel: „Auch wir haben von den Gerüchten gehört. Ich bin zweimal an den Ort von angeblichen Exekutionen gefahren, habe aber weder Zeugen noch Spuren gefunden.“<sup>11)</sup>

Einen besonders verheerenden Einfluß auf die internationale Presseberichterstattung übt seit April 1975 die „Informationsbörse“ Bangkok aus, die für das Kambodscha-„Watching“ einen ähnlichen Rang einnimmt wie Hongkong für das China-„Watching“. Dafür ein besonders krasses Beispiel: Die Welt meldete unter Berufung auf solche thailändischen Quellen, daß Khieu Samphan „vor wenigen Tagen wegen mehrerer Verstöße gegen die Regeln des Kommunismus erschossen worden sei“<sup>12)</sup>.

Die „linke“ Berichterstattung andererseits neigt — vielleicht eine verständliche Gegenreaktion — dazu, den Horrormeldungen der westlichen Massenmedien die Jubelmeldungen Radio Phnom Penhs entgegenzuhalten.

## I. Fünf Jahre Bürgerkrieg

Als die „revolutionären Streitkräfte“ (von Prinz Sihanouk „Rote Khmer“ genannt) am 17. April 1975 die kambodschanische Hauptstadt Phnom Penh eroberten, endete ein fünfjähriger Bürgerkrieg, den schwere amerikanische Luftoperationen gegen die von den Roten Khmer „befreiten“ Gebiete noch zusätzlich begleitet hatten. Zwischen Januar und Mitte August 1973, also rd. 200 Tage und Nächte lang, legten die Amerikaner Bombenteppiche auf und Feuerschneisen durch das Land. Die US-Piloten nannten dies „boxing“, da ihre in Dreiergruppen fliegenden Bomber vom Typ B-52 „Kisten“ in einer exakten rechteckigen Form von einer halben Meile Breite und eineinhalb Meilen Länge in die Landschaft „nagelten“<sup>13)</sup>. Obwohl nach dem August 1973 nur noch kleinere Flugzeugtypen zu Bombardements ohne Flächenwirkung eingesetzt wurden, entstanden nach kambodschanischen Angaben doch insgesamt folgende Verluste<sup>14)</sup>:

<sup>11)</sup> Der Spiegel, 12. Mai 1975.

<sup>12)</sup> Meldung vom 23. Mai 1975.

<sup>13)</sup> Le Monde, 10. 7. 1976.

<sup>14)</sup> Far Eastern Economic Review (FEER) vom 7. 1. 1977, S. 19.

<sup>15)</sup> Radio Phnom Penh, 30. 5. 1976, abgedruckt in Foreign Broadcast Information Service vom 31. 3. 1976, H, S. 2 f. (fortan abgekürzt als R.P.P., FBIS).

Nach alledem kann man mit der französischen Zeitung *Le Monde* nur ernsthaft fragen: „Où est la vérité?“<sup>15)</sup>.

Gibt es zwischen den Extremen einen Weg zur Wahrheit? Der Autor glaubt, die Frage wenigstens teilweise bejahen zu können und möchte folgende Darstellungsmethode benutzen: zuerst gilt es die historisch gewachsenen „Herausforderungen“ darzustellen, wie sie von den Roten Khmer im April 1975 vorgefunden wurden. Daran anknüpfend sind die „Antworten“ zu beleuchten, die die Sieger nach dem 17. April 1975 gegeben haben.

Das Material, auf dem die nachfolgende Darstellung beruht, stammt fast ausschließlich aus kritisch behandelten Primärquellen, vor allem den Meldungen von Radio Phnom Penh, die die „Massaker“-Frage allerdings tabuisiert haben. Der Autor muß sich in diesem Punkt darauf beschränken, Flüchtlingsaussagen wiederzugeben, wie sie in der westlichen Presse erscheinen. Jede dieser Aussagen ist mit einem großen Fragezeichen zu versehen.

— In den Gebieten, die nur zeitweise unter Feindkontrolle standen, wurden — vor allem in Phnom Penh und in den Provinzstädten — nahezu 400 000 Menschen getötet. Mehr als 40 000 Personen wurden verstümmelt. Weitere 200 000 leicht verwundet. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich auf über 1 Million Menschen<sup>16)</sup>.

— Mehr als 80 Prozent der Fabriken und Plantagen, die im Bereich der Schlachtfelder lagen, wurden beschädigt.

— Rund 65—70 Prozent aller Gummipflanzungen wurden in Mitleidenschaft gezogen.

— Über 80 Prozent der Reis- und Obstfelder im Kampfgebiet wurden beschädigt.

— 80—85 Prozent der Wälder nahe oder im Umfeld des Kampfbereiches wurden vernichtet.

— 70—80 Prozent der Brücken, Verbindungswege und Haupttrouten, so die Nationalstraßen Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 13 wurden beschädigt, ebenso 50—60 Prozent der Hafenanlagen und 80 Prozent der Eisenbahnlinien.

<sup>16)</sup> Nach Angaben des Außenministers Ieng Sary vom 17. 4. 1976 wurden während des fünfjährigen Krieges nahezu 800 000 Kambodschaner getötet und rd. 250 000 verwundet, FBIS, 21. 4. 1976, H 1.

— 90—100 Prozent der Wohnunterkünfte, die im Bereich des Kampfgebietes lagen, sowie 40—50 Prozent der Wohnungen außerhalb des Kampfgebietes wurden zerstört.

— Über 90 Prozent der Klöster in den verschiedenen Kampfgebieten, vor allem in den östlichen und südwestlichen Regionen, erlitten Schäden.

— In den Südwest-, Ost- und Nordregionen sowie in den Kampfgebieten gingen zwischen 50 und 60 Prozent des Viehbestandes verloren.

Dem Bericht zufolge wurde „fast unser ganzes Land in Schutt und Asche gelegt und die Landschaft mit riesigen Bombenkratern übersät... Die Opfer dieses unvergleichlichen Gemetzels... sind unbeschreiblich und wurden von der Bevölkerung erbracht aus Patriotismus und in dem Bestreben, Land und Volk zu befreien und zu nationaler Würde, nationaler Souveränität, Demokratie, Unabhängigkeit, Frieden und territorialer Integrität zurückzufinden“<sup>17)</sup>.

## II. Die Abrechnung der Sieger mit der Vergangenheit

### 1. Die Abrechnung mit der „kolonialistischen und neo-kolonialistischen“ Vergangenheit: Phnom Penh wird entvölkert.

Noch am 17. April 1975 begann jener in aller Welt bekanntgewordene Exodus von 3 Millionen Menschen aus Phnom Penh, das schon bald einer Geisterstadt glich. Manche Beobachter glaubten, die Schwierigkeiten der Versorgungslage oder ein befürchtetes amerikanisches Flächenbombardement seien für diese Maßnahmen bestimmend gewesen; inzwischen ist längst klargeworden, daß die Evakuierung Teil eines großen Planes zur grundlegenden Änderung der kambodschanischen Gesellschaft war.

Zu einer „Entflechtung“ Phnom Penhs bestand jedoch in der Tat einiger Anlaß: In seinen Mauern lebten am Tage des Sieges — die Flüchtlinge eingerechnet — nicht weniger als drei der insgesamt sieben Millionen Einwohner Kambodschas<sup>18)</sup>. Die Stadt war ferner mit Anti-Kommunisten vollgestopft. Es dürfte, schrieb *Die Welt* wenige Tage vor der Eroberung der Hauptstadt, „schwer für die

Trotz des vernichtenden Bombenhagels konnten die „revolutionären Streitkräfte“ schnell an Boden gewinnen. Schon kurz nach dem Sturz Sihanouks durch Lon Nol am 18. März 1970 gelang es den Khmer-Rouge-Streitkräften, die „Außenländer“ (das sind etwa 70 Prozent des kambodschanischen Territoriums) unter ihre Kontrolle zu bekommen. Nur das Herzland um den Tonle-See, ferner die Reisprovinz Battambang und die meisten Provinzstädte sowie der Unterlauf des Mekong wurden noch von den Lon-Nol-Truppen gehalten.

Bis 1975 gelang es den Roten Khmer, die Verkehrsarterien, vor allem die Nationalstraßen 1—6, die allesamt auf Phnom Penh zulaufen, abzubinden und gleichzeitig die meisten Provinzhauptstädte einzukreisen und zu belagern<sup>18)</sup>. Nach schweren Bombardements wurde am 1. April 1975 die Mekong-Zufahrt nach Phnom Penh abgeschnitten und am 17. April 1975 fiel die ausgehungerte Hauptstadt in die Hände der Sieger.

Khmer Rouge sein, bei einer eventuellen Eroberung Phnom Penhs eine solche Menge unter Kontrolle zu halten“<sup>20)</sup>.

Neben diesen unmittelbaren Evakuierungsanlässen waren es aber noch zwei langfristige Perspektiven, die bei den Siegern den Entschluß geweckt hatten, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war, d. h. schon in den ersten Wochen die Fundamente für ein „neues Kambodscha“ zu legen. Der erste Grund war geopolitischer, der zweite sozialpolitischer Natur.

Geopolitisch gesehen bestand das Land schon seit der französischen Kolonialherrschaft eigentlich aus „zwei Kambodschas“, nämlich dem Herzland, in dem etwa 90 Prozent der Bevölkerung um die Hauptstadt und den Tonle-See herum wohnten, und den bergigen, bewaldeten „Außenländern“ im Norden, Nordosten und Süden, die von Minoritäten bewohnt werden. Es ist gewiß kein Zufall, daß zahlreiche Angehörige der Khmer Rouge aus den armseligen Gebieten dieser Minderheiten stammen; nicht wenige von ihnen waren durch die Staatsplantagen- und Khmerisierungspolitik Sihanouks in den Untergrund getrieben worden. Schon 1970 soll es rd. 1 000 Guerillas gegeben haben, die mit den nordvietnamesischen und NLF-Truppen zusam-

<sup>17)</sup> R.P.P., 30. 3. 1976, FBIS, 31. 3. 1976, H 3.

<sup>18)</sup> Näheres dazu Oskar Weggel, China und Kambodscha: Wandlungen unter der Oberfläche, in: China aktuell, Juni 1974, S. 332—341 (336).

<sup>19)</sup> Im Zusammenhang mit der Wahl im März 1976 wurden offiziell 7 735 279 Kambodschaner genannt. R.P.P., 21. 3. 1976, FBIS, 22. 3. 1976, H 1.

<sup>20)</sup> *Die Welt*, 21. 1. 1975.

menarbeiteten und diesen Rückzugsmöglichkeiten in das nordöstliche Kambodscha verschafften. Hanoi wußte diese Chance zu nutzen: Im April 1970 beispielsweise sollen 6 000 Vietnamesen und NLF-Soldaten in der Nordostprovinz Ratanakiri stationiert gewesen sein<sup>21)</sup>. In diesem Gebiet konnten die Roten Khmer „wie Fische im Wasser schwimmen“.

Angesichts der ungleichen Bevölkerungsverteilung, vor allem aber auch angesichts der möglichen Verlockung, die ein so dünn besiedeltes Gebiet auf die benachbarten Vietnamesen ausübt, scheint es durchaus rational begründbar, die Bevölkerung von dem aus allen Nähten platzenden Phnom Penh abzuziehen und sie gleichmäßig über das Land zu verteilen, zumal das landwirtschaftlich orientierte Kambodscha, dessen Bevölkerung hauptsächlich von Reis, Kautschuk, Viehhaltung und Fischfang lebt, überall auf arbeitsintensive Bewirtschaftung angewiesen ist.

Noch wichtiger freilich als die geopolitischen Gründe waren sozialpolitische Überlegungen. Eine einzigartige Gelegenheit zum Einblick in die Denkansätze der Roten-Khmer-Führung bietet die selbstquälerische und von flammendem Patriotismus geprägte Dissertation Khieu Samphan, die dieser unter dem Titel „L'Economie du Cambodge et ses problèmes d'industrialisation“ am 13. Mai 1959 bei der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Sorbonne in Paris einreichte<sup>22)</sup>. Diese Untersuchung beginnt bei der Darstellung der „gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur“ Kambodschas, deren Rückständigkeit darin liege, daß sowohl die Landwirtschaft als auch die junge Industrie ganz im Soge des auf die „Metropolen“ hin ausgerichteten Außenhandels stünden, wobei Kambodscha als der schwächere Partner stets die passive Rolle spiele. Diese „Beherrschung“ der kambodschanischen Wirtschaft durch das Ausland habe mit der französischen Kolonialherrschaft begonnen und sich dann, seit 1955, zunehmend auf die USA verlagert. Während in Europa der Übergang von der Selbstversorgungs- zur Tauschwirtschaft und schließlich zur kapitalistischen Wirtschaft über einen langen Zeitraum hin organisch habe verlaufen können, sei dieser Dreistufenprozeß den Kambodschanern innerhalb kürzester Zeit von außen her aufgezwungen worden. Kein Zoll und keine einzige nichttarifäre Schranke

habe die einheimische Wirtschaft geschützt. Das Handwerk sei im Nu verkümmert und auch die junge Industrie habe sich nie nach den Bedürfnissen des kambodschanischen Volkes ausrichten können. Dem einzelnen Kambodschaner seien nur zwei Auswege offen geblieben: entweder „klammerte er sich als Bauer an die Erde fest“, teilte das kleine Stück Familienland immer noch einmal auf und trug die ganze Last hoher Pachtzinsen und anderer Lasten einer „mittelalterlichen Ausbeutung“ oder aber er flüchtete sich in den Zwischenhandel und in unproduktive Tertiärberufe, die rundum auf die Bedürfnisse der „Metropolen“ ausgerichtet waren<sup>23)</sup>.

Angesichts der Einbindung Kambodschas in die internationale „Arbeitsteilung“ seien einerseits die „vorkapitalistischen“ Elemente (40 Prozent des Reislandes befanden sich in der Hand von nur 10 Prozent Grundbesitzern) gestärkt und andererseits jene unproduktiven Schichten von Zwischenhändlern und Tertiärberufen gefördert worden, die sich wiederum mehr um das Interesse des Auslands als um die Bedürfnisse des eigenen Volkes kümmerten. Die Last dieser Entwicklung hätten letztlich die verelendenden Bauernmassen tragen müssen.

Nur eine Lösung gebe es in dieser Situation, nämlich die Abkoppelung Kambodschas vom internationalen „Integrations“-Verband und die entschlossene Hinwendung des Landes zu einer „autonomen“ Entwicklung, wie sie den wahren Bedürfnissen des Volkes entspreche. Vor allem gelte es, die Grundbesitzer, die Zwischenhändler und die Arbeiter „in eine Klasse von landwirtschaftlichen oder industriellen Unternehmern zu transformieren“<sup>24)</sup>. Im Interesse eines solchen Ziels schlägt Khieu Samphan eine Reihe von Maßnahmen vor, nämlich die Nationalisierung des Außenhandels, die Bildung von Genossenschaften im Bereich der Landwirtschaft und des Handwerks, die Gründung von Staatsunternehmen, die Diversifizierung der Landwirtschaft und die Einrichtung von Kreditssystemen, die einer langfristigen Wirtschaftspolitik unter die Arme greifen können.

So gesehen war die „Entflechtung“ Phnom Penhs nichts anderes als eine Antwort der Roten Khmer auf die „kolonialistischen und neokolonialistischen Herausforderungen“ der jüngeren kambodschanischen Geschichte. Mit der Evakuierung Phnom Penhs wollten die Roten Khmer den ersten dicken Strich unter die koloniale Schmach einer seit 1863 andauern-

<sup>21)</sup> New Cambodia (Phnom Penh), Mai 1970.

<sup>22)</sup> Khieu Samphan, „L'Economie du Cambodge et ses problèmes d'industrialisation“, Dissertation vom 13. 5. 1959 für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät an der Sorbonne, S. 45; der Autor dankt seinem Kollegen Holger Dohmen für die Überlassung der Dissertation Khieu Samphan.

<sup>23)</sup> Ebd. S. 56.

<sup>24)</sup> Ebd. S. 113.

den nationalen Demütigung und kolonialen Ausbeutung ziehen.

Die Einzelheiten des Auszugs wurden von dem New-York-Times Korrespondenten Sidney Shanberg geschildert: „Plötzlich bewegten sich Millionen von Menschen in beklemmender Stille zur Stadt hinaus: zu Fuß, auf Fahrrädern oder mit Autos, die sie schieben mußten, weil ihnen das Benzin ausgegangen war. Gebeugt unter ihren Säcken mit den letzten Habseligkeiten, die sie eilig zusammengerafft hatten, überzogen sie die Straße wie ein Teppich von Menschen. Jedermann war entgeistert und bekümmert durch das Unbekannte, was vor ihm lag, und viele waren ganz einfach verzweifelt bei dem Gedanken, daß sie als verwöhnte Stadtbürger den bevorstehenden Marsch nicht überstehen würden.“<sup>26)</sup>

Die Stadt hatte 81 unzureichende Flüchtlingslager und 6 überfüllte Krankenhäuser, deren Insassen unter den Raketenangriffen der vorhergehenden Tage ohnehin schon Blutzoll hatten entrichten müssen. Auch sie mußten geräumt werden. Shanberg: „Krankenhäuser, überfüllt mit Verwundeten, wurden bis zum letzten Patienten geleert. Die Kranken kamen heraus, hinkend, kriechend, auf Krücken, getragen auf dem Rücken von Angehörigen oder einfach auf ihren Krankenbetten daherrollend. Die Kommunisten hatten nur wenige Ärzte und Medikamente zur Verfügung, so daß viele von den Patienten nur geringe Überlebenschancen hatten.“<sup>26)</sup> Fast alle Beobachter sind sich einig über das große Maß an Schonungslosigkeit, mit der diese Evakuierung durchgeführt wurde<sup>27)</sup>. Möglicherweise wirkte hier noch etwas von jenem Bürgerkriegshaß nach, der gerade am Vorabend der Eroberung Phnom Penhs ausgebrochen war. Die Raketen-Terrorangriffe auf die Zivilbevölkerung in der überfüllten Stadt einerseits und jenes durch die Weltpresse gegangene — offensichtlich gar nicht so ungewohnte — Bild andererseits, das Regierungssoldaten mit einem Bündel abgeschlagener Köpfe gefangener Khmer-Rouge-Soldaten zeigte, waren noch überall in frischer Erinnerung. Zu bedenken ist ferner, daß die Soldaten des Roten Khmer bei der Räumung der Hauptstadt nicht gerade vor einer alltäglichen Aufgabe standen. Was sollte man mit 3 Mio. Menschen anfangen? Sicherlich, man konnte sie in Auffanglagern unterbringen. Wären damit aber die Ernährungs- und Hygieneprobleme gelöst gewesen? Oder sollte man die Menschen einfach „frei

ausschwärmen“ lassen? Man stelle sich vor, wie Hunderttausende von hungernden Städtern sich in den umliegenden, vom Krieg noch einigermaßen verschont gebliebenen Dörfern verhalten hätten!

Zwischen kollektiver Kasernierung einerseits und der Aufforderung zur individuellen Initiative andererseits verblieb im Grunde genommen nur ein einziger schmaler Pfad, der im übrigen auch den angestrebten Umerziehungsintentionen des neuen Regimes am besten entsprach, nämlich die Kanalisierung der städtischen Arbeitskraft zu „produktiven Einsätzen“ in die bäuerlichen Regionen. Diese Radikalkur sollte nicht nur der wirtschaftlichen Rekonsolidierung des kriegszerstörten Landes, sondern auch der politischen Angleichung zwischen „Stadt und Land, Kopf und Hand sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft“ dienen.

Die westlichen Kommentare zu diesen Vorgängen reichten von zurückhaltender Skepsis bis zu tiefster Ablehnung — eine Reaktion, die durchaus zu erwarten war: Was den westlichen Betrachter — übrigens auch im Zusammenhang mit Nordkorea, Vietnam und China — mit immer neuer spontaner Ablehnung erfüllt, ist der Anblick von Menschen, die in größeren Kollektiven auf den Feldern „begeistert“ ihren Beitrag zum Aufbau des Landes leisten. Ohnehin vermag sich ein individualistisch erzogener Europäer nur schwer für die kollektiven Lebensformen „hydraulischer“ Reisbauernkulturen, im Winde flatternde rote Fahnen und eine ritualisierte Begeisterung zu erwärmen. Welche Wahl freilich hatten die Roten Khmer? Sollten sie die evakuierten Städter einer dumpfen Kontemplation überlassen? War es dann nicht besser, sie nicht nur körperlich, sondern auch „geistig zu mobilisieren“, indem man Studienkurse durchführte und für eine offizielle Begeisterung sorgte?

Auch den einzelnen Roten Khmer war anfangs ganz offensichtlich nicht wohl bei der „Landverschickung“. Ein französischer Augenzeuge, der in den Sog des kambodschanischen „Exodus“ hineingeraten war, beurteilte die Wachsoldaten als „sehr sympathisch, wenn sie allein oder zu zweit auftraten, dagegen ziemlich ruppig, wenn sie in der Gruppe daherkamen“<sup>28)</sup>.

## 2. Die Abrechnung mit fünf Jahren „Khmer-Republik“: Liquidation der Anhänger des Lon-Nol-Regimes

So mitteilbar die Propagandisten von Radio Phnom Penh sind, wenn sie über die Errungenschaften des neuen Kambodscha berich-

<sup>26)</sup> The Times und International Herald Tribune, 9. 5. 1975.

<sup>27)</sup> Ebd.

<sup>27)</sup> Dazu A. Toole, Cambodia 1975: the GRUNK-Regime, in: Asian Survey 1976, S. 23—30.

<sup>28)</sup> Le Monde, 10. 5. 1975.

ten, so schweigsam werden sie, sobald das Schicksal der Lon-Nol-Anhänger zur Sprache kommt.

Der vorliegende Bericht kann sich nicht auf Primärquellen stützen, sondern muß auf Flüchtlingsaussagen eingehen, wie sie von westlichen Medien verarbeitet wurden.

Obwohl die Mehrzahl der Behauptungen und Schlußfolgerungen über den Dies irae ungesichert sind, kann wohl kaum ein Zweifel daran bestehen, daß nach dem 17. April 1975 Massenhinrichtungen stattgefunden haben.

Einige der führenden Repräsentanten des Lon-Nol-Regimes waren schon während der Kampfzeit vom Roten Khmer zum Tode verurteilt worden. Bei der Eroberung der Hauptstadt gerieten 54 kambodschanische Generale und Obristen in Gefangenschaft; ihre Hinrichtung ist verbürgt<sup>29)</sup>. Ende April kam die „zweite militärische Garnitur“ an die Reihe. Will man später nach Thailand entkommenen Opfern dieser Aktion Glauben schenken, so wurden Dutzende von Offizieren der ehemaligen Lon-Nol-Armee aufgefordert, sich zu versammeln, um, wie es hieß, dem zurückgekehrten Sihanouk zuzujubeln. Die Offiziere hätten gutgläubig dem Befehl Folge geleistet und seien dann, vor den Toren der Stadt, mit Maschinengewehren niedergemacht worden.

Berichte dieser Art nehmen von Bangkok aus ihren Weg in die Welt. Fast täglich treffen neue Flüchtlinge in Thailand ein: die Berichte stützen sich auf ihre Aussagen. Einige Darstellungen deutschsprachiger Zeitungen, die als seriös gelten können, seien nachfolgend als Beispiele zitiert. So etwa schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*: „Eine erdrückende Kette von Indizien zwingt zu dem Schluß, daß im Unterschied zu Vietnam, wo keine im Stile eines Blutbades durchgeführte physische Eliminierung eines ganzen Bevölkerungsteiles stattfand, in Kambodscha systematisch der Versuch unternommen wurde, praktisch das ganze Offizierskorps der früheren republikanischen Armee sowie einen Großteil des Beamtenapparats des Lon-Nol-Regimes mitsamt Ehefrauen in standrechtlichen Exekutionen umzubringen... Wer den Stiernacken einer herrlichen Steinplastik von König Jayavarman VII. betrachtet, wird angesichts dieser geballten Kraft des Hauptes vom letzten großen Angkor-König des 12. Jahrhunderts unwillkürlich ans brutale Regime der neuen Khmer-Herrscher gemahnt. Nach Jahrhunderten des Zerfalls und des Niedergangs zwischen stärkeren Vietnamesen und Thai taucht hinter dem stets trügerisch-vieldeutigen Lä-

<sup>29)</sup> Die Namen finden sich in FBIS, 21. 5. 1976, H 4.

cheln der Khmer wie ein Monster ein erneuerter blutiger Machtwille empor. Die soldatische Leistung der Roten-Khmer-Kämpfer, ihre sture Tapferkeit und Opferbereitschaft sucht — gemessen am Mangel materieller Mittel selbst im Vergleich zu den Vietnamesen — ihresgleichen. Aufs äußerste gereizt, fochten Khmer beider Seiten im Krieg grausamer als Vietnamesen; dem Gegner bei lebendigem Leib die Leber herausreißen und sie vor ihm zu verspeisen, war ein solcher Ausdruck schrankenloser Brutalität. Das gehört zum psychologischen Hintergrund der heutigen Herrschaftsapokalypse... Unter der Bevölkerung scheinen Hunger- und Erschöpfung zu wüten. Nach einem Jahr Zwangsarbeit bei Unterernährung durch kärgliche Reiskuchen, Mais, Maniok, Bananen und diverse Wurzeln beginnt offenbar jetzt das Sterben vor Erschöpfung um sich zu greifen. Von einem höheren Khmer-Rouge-Kader wird mit Datum und Ortsangabe ein grauenhafter Ausspruch überliefert; danach soll er erklärt haben, daß zur nötigen völligen Umgestaltung Kambodschas die Zahl von einer Million Menschen ausreiche.“<sup>30)</sup>

Die *Zeit* schreibt am 23. April 1976: „Kambodscha ist in dem Jahr seit der Befreiung durch die Roten Khmer zu einem riesigen Konzentrationslager geworden. 500 000 bis 1,5 Mio. Menschen sollen bisher umgekommen sein, exekutiert oder verhungert. Die Zahlen mögen übertrieben sein, aber es steht fest, daß noch keine Revolution so rücksichtslos und kompromißlos durchgeführt wurde. Zu viele Menschen sind hingerichtet worden (mit Stöcken erschlagen, um die Kugeln zu sparen), zu häufig sind ganze Familien eines Geflüchteten oder sog. Volksfeindes umgebracht worden, als daß man heute noch daran glaubte, die Leute, die spurlos verschwinden, seien lediglich in einer anderen Arbeitsbrigade eingesetzt. Ganze soziale Schichten sollen ausgelöscht worden sein: die ehemaligen Soldaten und Milizen Lon Nols, Beamte, Lehrer, Ärzte, Intellektuelle.“<sup>31)</sup>

Die *Times* spricht von 600 000 ermordeten Menschen<sup>32)</sup>; *Le Monde* läßt Augenzeugen die Hinrichtung von 5 000 Menschen schildern<sup>33)</sup>. Die *Süddeutsche Zeitung*<sup>34)</sup> bezieht sich auf „Beobachtungen“, die von einer „Liquidierung der Bourgeoisie“ berichten, die möglicherweise zwischen fünfhundert- und achthunderttausend Menschen das Leben gekostet habe. Systematisch würden auch Mön-

<sup>30)</sup> NZZ, 14. 4. 1976.

<sup>31)</sup> Die *Zeit*, 23. 4. 1976.

<sup>32)</sup> The *Times*, 23. 4. 1976.

<sup>33)</sup> Le *Monde*, 23. 4. 1976.

<sup>34)</sup> SZ, 13. 4. 1976.



che und Bauern, die sich offen zu ihrem buddhistischen Glauben bekennen, hingerichtet<sup>35)</sup>. Zehntausende hätten auf diese Weise ihr Leben gelassen.

Die hier mitgeteilten Zahlen schwanken so sehr, daß — trotz aller verständlichen Empörung — Zurückhaltung geboten ist: sind es nun 500 000 oder 800 000 oder 1,5 Mio. oder gar schon mehr, die ihr Leben lassen mußten?

Eines ist sicher: Manche als Zeugen antretende Flüchtlinge neigen nach durchlittenen Schrecken zur — subjektiv vielleicht unbewußten — Übertreibung. Der Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, Carlos Widmann, schreibt zutreffend: „Es hat sich unter den Flüchtlingen ein ständiges Ensemble wetteifernder Kronzeugen gebildet, die immer wieder — und von Mal zu Mal detailfreudiger — erzählen, was an Schrecklichem sich ereignet hat. Die Zeugenauswahl wurde unwillkürlich von den Journalisten getroffen, da sie auf solche Flüchtlinge angewiesen sind, die sich als besonders mitteilbar und ergiebig erweisen. Vielleicht hat das berechtigte Gefühl über die Nachteile dieser Recherchen die Presse des Westens bisher bewogen, das Wort ‚Völkermord‘ entweder gar nicht oder nur mit Fragezeichen zu gebrauchen.“<sup>36)</sup>

Ebensowenig wie man die schillernden Berichte und Flüchtlingsaussagen kritiklos übernehmen kann, darf man sie andererseits in den Wind schlagen. Immerhin haben sich auf thailändischem Gebiet bisher rd. 12 000 Kambodschaner eingefunden, die allesamt „mit den Füßen abgestimmt“ haben und die unmöglich alle nur von Phantasmagorien befallen sein können. Tiefe Skepsis ist, was die Achtung der „Revolutionäre“ gegenüber dem Menschenleben anbelangt, deshalb sicher nicht unangebracht.

### 3. Die Abrechnung mit der „feudalistischen“ und „Khmer-sozialistischen“ Vergangenheit: Sihanouk wird abgesetzt

Ein weiteres Stück Vergangenheitsbewältigung war mit der Person Sihanouks verbunden, den die Chinesen systematisch als Führer der kambodschanischen Befreiungsfront und Anwärter auf das Amt des Staatspräsi-

denten im neuen Kambodscha aufgebaut hatten.

Sihanouk, von den Franzosen 1941 unter japanischem Einfluß als Staatsoberhaupt Kambodschas eingesetzt, hatte es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur verstanden, die Fesseln der französischen Kolonialherrschaft abzuschütteln, sondern auch bis 1968 souverän die Innenpolitik Kambodschas zu steuern und gleichzeitig sein Land aus dem Indochinakrieg herauszuhalten.

Um seinen Kontakt zur Masse des Volkes zu festigen, dankte Sihanouk im März 1955 als König ab und gründete die „Sozialistische Volksgemeinschaft“, eine alle Stände umfassende Partei, die sich bei sämtlichen Wahlen für die Nationalversammlung durchsetzen konnte und schon bald zu einer Art Nadelöhr für alle höheren Positionen in Staat und Gesellschaft wurde. Den Gegnern Sihanouks standen schon bald nur noch zwei Möglichkeiten offen: sich entweder der Partei anzuschließen oder aber, wie u. a. Khieu Samphan es tat, in der Illegalität unterzutauchen.

Der Khmer-Sozialismus des Prinzen Sihanouk orientierte sich an den sozialen Traditionen des alten Angkor-Königtums (die bedeutendsten Könige Angkors hatten sich durch Sozialeinrichtungen wie Krankenhausbauten und Wegestationen sowie durch Straßenprojekte um das Volk verdient gemacht), dem Buddhismus des Kleinen Fahrzeugs und den bäuerlichen Traditionen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit. Sihanouk ließ zentrale Wirtschaftspläne ausarbeiten und größere Wirtschaftsbetriebe, vor allem Banken und Versicherungen, nationalisieren. Bei all seinen Plänen ging er von der Vorstellung einer „harmonisierenden“ Rolle des Staates aus. Die von ihm gehegten Erwartungen einer „Solidarität aller gesellschaftlichen Klassen“ innerhalb der Staatspartei erwiesen sich jedoch angesichts des wachsenden Widerstands der einflußreichen, z. T. mit dem Militär verklammerten städtischen Bourgeoisie — die von Khieu Samphan als „Zwischenhändler“ bezeichnet wurde — als von Tag zu Tag brüchiger. Je tiefer der Khmer-Sozialismus mit seinen idealistischen Zielsetzungen in den Sumpf von Bürokratismus und Korruption geriet, um so energischer meldete die „neue Klasse“ in Phnom Penh ihre Herrschaftsrechte an. Wichtigster Repräsentant dieser aus „Kompradoren“ sowie aus pro-amerikanisch eingestellten Offizieren bestehenden Gruppe war Lon Nol, unter dessen Führung Sihanouks System im März 1970 politisch liquidiert wurde.

<sup>35)</sup> Bangkok Morning Express, 24. 2. 1977, FBIS, 25. 2. 1977, H 1.

<sup>36)</sup> SZ, 20. 4. 1976.

Die nun betriebene kapitalistische Wirtschaftspolitik brachte dem Land allerdings noch geringeren Nutzen als der gescheiterte Khmer-Sozialismus, zumal die neue ausgerichtete „Khmer-Republik“ von der bis dahin geübten Neutralität Sihanouks Abschied nahm und auf der Seite der USA und Südvietnams in den Indochinakrieg eingriff. Das Land war damit nicht nur in den Strudel eines drohenden Bürgerkrieges geraten, sondern wurde jetzt auch noch in einen konventionellen Krieg gegen erprobte Kampfverbände hineingezogen. Selbst beschiedenste Reformen mußten angesichts solcher Ausgangsbedingungen in den Ansätzen stecken bleiben. Schon 1972 war denn auch die kambodschanische Wirtschaft praktisch zusammengebrochen; die Inflationsrate lag monatlich bei 8—10 Prozent. Die Fabriken stellten ihre Produktion ein, in den Häfen und auf den Eisenbahnstrecken starb der Verkehr und die kaum gestarteten Wirtschaftsprojekte verfielen. So wurde die Khmer-Republik zum Empfänger amerikanischer Wirtschaftshilfe.

Sihanouk, durch den Staatsstreich Lon Nols auf einer Auslandsreise überrascht, fand in Peking eine politische Heimat. Unter dem Patronat Tschou En lais begann er im Exil mit dem Aufbau einer „Nationalen Befreiungsfront“ („FUNK“ — nach dem französischen „Front Uni National du Kampuchea“), unter deren Dach sich Monarchisten, Antimonarchisten, Kommunisten und Nationalisten zu einem Zweckbündnis vereinten; die Lon-Nol-Regierung sollte mit politischen und militärischen Mitteln gestürzt und ein neues Kambodscha aufgebaut werden. Am 5. Mai konstituierte sich innerhalb der FUNK eine 12köpfige „Königliche Regierung“, die sog. „GRUNK“ („Gouvernement Royal d'Union Nationale du Kampuchea“). Sihanouk wurde „kambodschanische Staatsoberhaupt“ und „Vorsitzender der FUNK“<sup>37)</sup>.

Die GRUNK wurde schon wenige Stunden nach ihrer Bildung von Peking, Pjöngjang und Hanoi anerkannt. Auch die „kambodschanischen nationalen Befreiungskräfte“<sup>38)</sup> wurden nun — nachträglich! — offiziell gegründet. Sie setzten sich aus zwei Kräftegruppierungen zusammen, den „bewaffneten Kräften der Khmer“ (Khmer-Rouge-Angehörige) und aus den „loyalen und patriotischen Khmer-Einheiten“<sup>39)</sup>, genannt FAPLN (Force

Armée Populaire de Liberation Nationale). Oberbefehlshaber wurde Khieu Samphan. Die Streitkräfte sollten einen dem maoistischen Modell angepaßten Volkskrieg führen, indem sie „befreite Stützpunkte auf dem Lande“ bilden und versuchen sollten, von den Dörfern her die Städte einzukreisen.

Am 24./25. April 1970 fand am Rand der südchinesischen Stadt Kanton die „Indochinesische Gipfelkonferenz“ statt; die Anregung zu dieser Konferenz war von Sihanouk ausgegangen, um eine Koordinierung der Absichten der drei indochinesischen Befreiungsbewegungen gegen den „US-Imperialismus und seine Lakaien“ zu erreichen<sup>40)</sup>.

Mit ihren militärischen Operationen hatte die FUNK eine glückliche Hand: Schon Anfang Oktober 1972 war das Stadium der allgemeinen „strategischen Offensive“ erreicht. Verhandlungen mit der Lon-Nol-Regierung kamen von jetzt an für sie nicht mehr in Betracht.

Wer allerdings erwartet hatte, daß Sihanouk den siegreichen Kampftruppen bei der Eroberung Phnom Penhs am 17. April 1975 auf dem Fuße folgen würde, hatte sich vertan. Die Rückkehr des Prinzen verschob sich bis zum September 1975, und selbst zu diesem späten Gang nach Canossa hatten ihn die chinesische Regierung und Khieu Samphan, der eigens nach Peking gekommen war, nachdrücklich bitten müssen. Bereits am 1. Oktober kehrte Sihanouk jedoch wieder nach China zurück. Fünfzig seiner Mitarbeiter, die ihn seinerzeit in das fünfjährige Exil nach Peking begleitet hatten, setzten sich nach Frankreich ab. Sie begründeten diesen Schritt damit, daß der neue Kurs mit dem Programm der FUNK vom 5. Mai 1970 „absolut nichts zu tun“ habe. Als Sihanouk dann schließlich endgültig nach Kambodscha zurückkehrte, begann der systematische Abbau seiner politischen Position. Im Stile asiatischer Courtoisie wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet, in der sowohl der Prinz als auch die bisherigen Institutionen, u. a. die FUNK und die GRUNK, keinen Platz mehr fanden. Man zwang Sihanouk damit indirekt zur Abdankung. Diese erfolgte dann auch tatsächlich am 2. April 1976. Die Verfassung des Landes war bereits am 3. Januar 1976 proklamiert worden; sie umfaßt 16 Kapitel und 21 Paragraphen.

In Artikel 1 wird Kambodscha als ein unabhängiger, einheitlicher, friedliebender, neutra-

<sup>37)</sup> Vgl. dazu Peking Rundschau 1970, Nr. 20, S. 11 (fortan abgekürzt PRu).

<sup>38)</sup> PRu 1970, Nr. 20, S. 22 ff.

<sup>39)</sup> Summary of World Broadcasts, Monitoring Service der BBC London, Part 3: Far East (fortan SWB) 3378 A 3, S. 1 ff.

<sup>40)</sup> Hierzu im einzelnen die Interviews Sihanouks in „China von Peking aus gesehen, Gespräche mit Jean Lacouture“, Stuttgart 1972, S. 118 f., S. 112 (fortan zitiert als Sihanouk/Lacouture).

ler, blockfreier und demokratischer Staat bezeichnet. Das „Demokratische Kambodscha“ — so heißt der neue Staatsname — sei ein Staat der Arbeiter und Bauern. Artikel 2 bestimmt, daß die Produktionsmittel dem Staat und dem Volk gehören. Nur die Konsumtionsmittel blieben Eigentum des einzelnen Bürgers. Artikel 3 plädiert für eine populäre nationale Kultur, die der Verteidigung und dem Aufbau des Landes dient. In Artikel 5 wird die Volksversammlung, bestehend aus 250 gewählten Abgeordneten, darunter 150 Bauern, 50 Arbeitern und 50 „Kämpfern“, als das höchste Staatsorgan mit Gesetzgebungsbefugnissen bezeichnet.

### 1. Kambodscha — eine Bauerngesellschaft

Am Vorabend des Sieges der „Revolutionären Streitkräfte“ hatte Kambodscha rund 7 Mio. Einwohner, von denen nicht weniger als 85 Prozent in der Landwirtschaft arbeiteten. Diese zerfiel in einen „vorkapitalistischen Sektor“, in dessen Rahmen 1,5 Mio. ha Reisland — also etwa drei Viertel des Kulturbodens — nach traditionellen Verfahren bebaut wurden, und in einen „kapitalistischen“ Kautschukplantagen-Sektor, der größtenteils von ausländischen Firmen kontrolliert wurde.

Innerhalb des traditionellen Sektors befanden sich rd. 40 Prozent des Reislandes in der Hand von nur etwa 10 Prozent der Grundbesitzenden Bevölkerung. Die wirtschaftliche und politische Ordnung in diesem Bereich war durch eine selbstgenügsame Naturalwirtschaft geprägt, d. h., die landwirtschaftlichen Produkte wurden von den Bauern hauptsächlich zu ihrem persönlichen Gebrauch sowie für Pachtzinszahlungen und nur in zweiter Linie für den Austausch angebaut. Angesichts der ungleichen Bodenverteilung waren etwa 30 Prozent der Bauern gezwungen, Boden zu pachten und dafür Zins an den Grundherrn zu zahlen, der manchmal die Hälfte der Ernten „auffraß“. Daneben waren noch zusätzlich Steuern zu zahlen und unentgeltliche Frondienste zu verrichten. Angesichts dieser Verhältnisse konnte man die Bauern nur bedingt, d. h. unter formalen Gesichtspunkten, als „freie Bauern“ bezeichnen.

Dem „Widerspruch“ zwischen „feudalistischen“ Verpächtern und Pachtbauern entsprach im „kapitalistischen Sektor“ der kambodschanischen Landwirtschaft das Spannungsverhältnis zwischen den Bedürfnissen des kambodschanischen Bauernvolks einer-

Khieu Samphan erwiderte bei der Rücktrittsfeier des Prinzen, daß man ihn gerne noch länger als Staatschef im neuen Kambodscha gesehen hätte; da aber der Samdeh (Ehrentitel) nach 35 Jahren verständlicherweise Ruhe verdiene, wolle man dem verdienten Ruhestand nichts in den Weg legen<sup>41)</sup>. Noch 1974 hatte Sihanouk den Wunsch geäußert, wenigstens im außenpolitischen Bereich nach wie vor „Public Relations“ Nr. 1 zu bleiben<sup>42)</sup>. Selbst diese bescheidene Rolle ist ihm inzwischen verwehrt worden. Die Abrechnung des Khmer Rouge mit seinem einstigen Widersacher und späteren Verbündeten folgte einer eisernen Logik.

## III. Der Weg in die Zukunft

seits und den Verwertungsanforderungen der „Metropolen“ andererseits, wobei die im Dienst der „Metropolen“ entstandene „Neue Bourgeoisie“ in den Städten (Zwischenhändler und Tertiärberufe, die nur wenig mit der bäuerlichen Gesellschaft zu tun hatten) für einen zusätzlichen „Widerspruch zwischen der ausgebeuteten Bauernschaft und der Bourgeoisie“ sorgte<sup>43)</sup>.

Aufgabe einer neuen „revolutionären“ Regierung mußte es sein, die Grundbesitzer zu enteignen, den Plantagenbesitz zu verstaatlichen und die „Neue Bourgeoisie“ in den Städten „politisch zu liquidieren“. Gleichzeitig galt es, im ganzen Lande Genossenschaften nach jenem Schema aufzuziehen, wie es in den „befreiten Gebieten“ schon während des Bürgerkriegs entwickelt worden war.

Drei Arten von Arbeitsorganisationen, die zugleich als umfassende Sozialisationsagenturen verstanden werden, lassen sich im heutigen Kambodscha unterscheiden, nämlich Fabriken, „Einsatzplätze“ (vor allem entlang der großen Nationalstraßen) und „Genossenschaften“ auf den Dörfern<sup>44)</sup>.

Eine zentrale Position nehmen angesichts der Schlüsselstellung der Landwirtschaft die Genossenschaften ein. Sie hätten sich, wie von offizieller Seite immer wieder betont wird, schon während des Krieges militärisch, politisch und wirtschaftlich bewährt: Militärisch seien sie „über das ganze befreite Land hinweg verbreitete Bollwerke gewesen“, aus denen sich die Befreiungstruppen nicht nur rekrutiert hätten, sondern in die sie sich notfalls

<sup>41)</sup> R.P.P., 4. 4. 1976, FBIS, 5. 4. 1976, H 1, 2.

<sup>42)</sup> Le Monde, 5. 4. 1974

<sup>43)</sup> Vgl. Fußnote 23, 24.

<sup>44)</sup> R.P.P., 7. 2. 1976, FBIS, 10. 2. 1976, H 1.

auch hätten zurückziehen können. Auch seien die Genossenschaften für die Soldatenfamilien aufgekommen und hätten die Frontkämpfer dadurch von einer schweren Verantwortung befreit. (In Kambodscha war es üblich, daß die Familien gemeinsam mit den Soldaten unmittelbar an die Front mitzogen. Die Soldaten Lon Nols blieben diesem Brauch bis in die Apriltage 1975 hinein treu.) Ferner hätten die Genossenschaften die Grundlagen für das Entstehen einer wirklich vom Volk getragenen Verwaltung geschaffen und dadurch das Gefühl der Mitverantwortung unter den Bauern gestärkt. In wirtschaftlicher Hinsicht schließlich hätten sie durch ihre Aufbauleistungen eine autarke Kriegführung von den „befreiten Gebieten“ aus ermöglicht.

Nach dem Sieg vom 17. April 1975 sei die Rolle der Genossenschaften eher noch wichtiger geworden. Es habe gegolten, „nahezu 3 Millionen Menschen, die in Phnom Penh und in einer Reihe von erst jüngst befreiten Provinzstädten lebten“, Nahrung und Unterkunft zu verschaffen. „Aus diesem Grunde mußten alle diejenigen, die Phnom Penh und die Provinzstädte verließen, nicht Hungers sterben, unterbeschäftigt oder aber alleine bleiben. Im Gegenteil: sie erhielten angenehme Lebensbedingungen und wurden auf wärmste in der großen Familie der neuen kambodschanischen Gemeinschaft begrüßt.“<sup>45)</sup> Was die Produktionsleistung in den Genossenschaften anbelangt, so gab Radio Phnom Penh Anfang 1977 bekannt, die kollektiv getragene Landwirtschaft habe nicht nur den Nahrungsmittelengpaß überwunden, sondern sogar schon „einen Überschuß von rd. 150 000 t Reis erzielt“, der allerdings „zum Wohl des Volkes exportiert“ werden müsse<sup>46)</sup>.

Ebenso wie die Landwirtschaft steht der Bauer im Mittelpunkt der kambodschanischen Aufbaupolitik. Wenn die Kommunikationsmittel auf die „armen Bauern“ zu sprechen kommen, stimmen sie geradezu hymnische Töne auf die Opferbereitschaft dieses „Standes“ an<sup>47)</sup>.

Insgesamt sind es „sechs bedeutsame Pflichten“, die den Genossenschaften auferlegt werden, nämlich:

1. Anleitung der Bauernschaft zur Produktionsarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft und im Handwerk.
2. Transport der erzeugten Güter zu den verschiedenen Staatsorganisationen,

<sup>45)</sup> R.P.P., 19. 5. 1976, FBIS, 21. 5. 1976, H. 1.

<sup>46)</sup> R.P.P., 27. 1. 1977, FBIS, 1. 2. 1977, H. 3.

<sup>47)</sup> R.P.P., 20. 1. 1976, FBIS, 22. 1. 1976, H. 1.

3. „Sorge für Lebensunterhalt, Kultur, Wohlfahrt und Gesundheitswesen der Bauern in eigener Verantwortung. Es gibt genaue Stundenpläne für das Studium von Politik, Kultur, Arithmetik, für den Unterricht im Lesen und Schreiben und für die Verbesserung des allgemeinen Wissensstands der Erwachsenen, der Jugendlichen und der Kinder. Während der Arbeitspausen hören die Mitglieder unserer Genossenschaften Rundfunkmeldungen und erfreuen sich an revolutionärer Kunst. Jede Genossenschaft verfügt auch über eine medizinische Erste-Hilfe-Einheit, die in Eilfällen für die brüderlichen Patienten sorgt, die traditionelle Medizinen herstellt und Maßnahmen für die öffentliche Gesundheit überwacht.“

4. Lösung der Handels- und Tauschprobleme zur Versorgung der Genossenschaften.

5. Milizaufgaben.

6. „Ganz besonders aber sorgen die Genossenschaften auch für das Wohl der Genossenschaftsbauern.“<sup>48)</sup> Die Genossenschaften umfassen „jetzt“ bereits ganze Dörfer<sup>49)</sup>.

Die Frage liegt nahe, ob hier erste Ansätze für die Herausbildung kambodschanischer „Volkskommunen“ nach chinesischem Vorbild gegeben sind.

In China waren zwischen 1953 und 1957 zunächst landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gegründet worden, die dann 1958 durch Vereinheitlichung von Landwirtschaft, Industrie und Handel, von politischen, militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Kompetenzbündeln, durch Kollektivierung ferner des dörflichen Lebens und schließlich durch Umgestaltung des Verteilungssystems zu Volkskommunen ausgebaut wurden, wobei man oft mehrere Dutzend Genossenschaften in einer Kommune vereinigte.

Die „Vereinheitlichung des Willens“ ist im Demokratischen Kambodscha — zumindest nach Darstellung der Propaganda — schon weit vorangetrieben worden: Landwirtschaft, Handel, Transport, Milizangelegenheiten, Gesundheit und Kulturelles gehören heute bereits zum kambodschanischen Genossenschaftsalltag. Allerdings sind die Produktionsmittel, die eine großflächige Bewirtschaftung überhaupt erst möglich machen, wie Traktoren, moderne Maschinen und Instandsetzungsbetriebe, noch viel zu rückständig, um mit dem chinesischen Vorbild Schritt halten zu können. In den übrigen Bereichen aber, etwa der Kollektivierung des Lebens und Verteilung eher nach politischen als nach Leistungsgesichtspunkten,

<sup>48)</sup> R.P.P., 3. 2. 1976, FBIS, 3. 2. 1976, H. 1.

<sup>49)</sup> Ebd.

kommen die kambodschanischen Genossenschaften der Volkskommune schon wieder näher. Solange allerdings nicht nachgeprüft werden kann, inwieweit die Praxis der nach außen verkündeten Theorie entspricht, wird man mit Vergleichen solcher Art vorsichtig sein müssen.

Auch auf den Plantagen ist inzwischen die normale Arbeit wieder aufgenommen worden. Die wichtigsten Kautschukpflanzungen liegen im Osten, Norden und Nordosten des Landes. Nach dem 17. April 1975 mußten zunächst zahlreiche Kriegsschäden beseitigt werden, ehe die normale Arbeit „durch unsere Brüder und Schwestern, die nunmehr Herren der Plantagen geworden sind... und die sich nach Gruppen, Mannschaften und Sektionen gliedern“, wiederaufgenommen werden konnte<sup>50)</sup>.

Die Pflanzungen sollen, ähnlich wie die Produktionsgenossenschaften, einen weiteren Aufgabenbereich abdecken und sich dadurch dem Kommunemodell anpassen. In einer Plantage beispielsweise besetzten die Arbeiter eine Schmiede und fertigten dort die von ihnen bei der täglichen Arbeit benötigten Werkzeuge selbst an. Sie haben auch Experimentierstationen aufgezogen, um bessere Pflanzensorten und Schädlingsbekämpfungsmittel zu gewinnen. Auch für eine Milizorganisation und für einen bescheidenen Gesundheitsdienst ist gesorgt.

Kambodscha ist ein Land der Bauern; die Zahl der Arbeiter fällt kaum ins Gewicht. Nach Angabe von Radio Phnom Penh<sup>51)</sup> existieren im ganzen Land „über 70 kleine und mittlere Industrieanlagen, von denen 50 auf Phnom Penh konzentriert sind“. In der Hauptstadt befinden sich u. a. 13 staatseigene Textilfabriken, die zusammen lediglich 2 700 Arbeiter beschäftigen. In anderen Fabriken werden Tücher, Moskitonetze, Fischernetze usw. hergestellt. In der Aufzählung kommt ferner eine Spinnerei, ein Bekleidungswerk und eine Gummifabrik vor, in der insgesamt 200 Arbeiter beschäftigt sind. 500 Arbeiter gehören zu einer Autoreifenfabrik, 140 zu einer Fahrradreifenfabrik. In zwei Trockenzellenbatteriefabriken sind 350 Arbeiter beschäftigt. Außerdem werden noch Herstellungsstätten für Farben, Glas, Papier, Milchprodukte, Sojasoße sowie für die Nahrungsmittelverarbeitung erwähnt. Die Arbeiterschaft Phnom Penhs wird auf insgesamt 10 000 Personen beziffert. Da es sich bei den genannten Betrieben nicht um Neugründungen, sondern um übernommene

Anlagen handelt, muß man die Beschäftigtenzahl noch zur Gesamtbevölkerungszahl Phnom Penhs, wie sie bis zur Evakuierung vom April 1975 bestanden hat, in Relation setzen. Die mit Abstand wichtigste Industriestadt des Landes, in der sich über zwei Drittel der kambodschanischen Industrie konzentrierten, hatte demnach nur eine Arbeiterschaft von 0,4 Prozent (2,5 Mio.: 10 000!) aufzuweisen. Dieser ungemein niedrige Anteil der Industriearbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung macht übrigens auch deutlich, warum Kambodscha — soweit um Industrie die Rede ist — nicht jenes Gefälle aufweist, wie es die chinesischen Kommunisten im Jahre 1949 zwischen den hochentwickelten Küstenstädten und dem rückständigen Hinterland vorfanden. Wenn in Kambodscha gleichwohl ein Stadt-Land-Problem besteht, so ergibt sich dieses aus der tiefen Kluft zwischen tertiären Berufen und der Landwirtschaft (erinnert sei hier an die Ausführungen in Khieu Samphans Dissertation).

Fabrikbetriebe können heute entweder im Staatseigentum oder im Genossenschaftseigentum stehen. Unter die letztere Kategorie fallen allerdings nur Klein- und Kleinstbetriebe, wie sie sich in der jungen Entstehungsgeschichte der Genossenschaften haben entfalten können. Alle größeren Betriebe sind Staatseigentum und werden von staatlichen Kadern geleitet. Ob in den einzelnen Betrieben Rotationssysteme bestehen, durch die einerseits leitende Kader für längere Zeit „hinunter an die Arbeitsbank“ und andererseits Arbeiter „hinauf in die Büros“ versetzt werden, läßt sich den bekanntgewordenen Informationen nicht entnehmen.

Offiziell werden — wie bei den Wahlen vom März 1976 — zehn Arbeiter-Gruppierungen unterschieden, nämlich „Phnom-Penh-Fabrikarbeiter“, Eisenbahnarbeiter, Überland- und Wassertransportarbeiter, Dockarbeiter, Arbeiter in Provinzfabriken, Gummipflanzenarbeiter, Bergwerksarbeiter, Salzbergwerksarbeiter, Fischereiarbeiter und Arbeiter im Energiebereich<sup>52)</sup>.

Im Geist der Selbsthilfe ist in den Dörfern seit der „Befreiung“ eine Art Kleinindustrie entstanden, die vor allem den lokalen Bedürfnissen entsprechen soll und die „auf eigenen Beinen“ zu stehen hat. Als hochwillkommene Materialquelle dienen nicht zuletzt die Metallhalden, die der Zerstörungskrieg rings um Phnom Penh aufgetürmt hat. Aus Schwertern entstehen hier Pflugscharen!

<sup>50)</sup> R.P.P., 5. 2. 1976, FBIS, 5. 2. 1976, H 1.

<sup>51)</sup> R.P.P., 30. 8. 1975, FBIS, 5. 9. 1975, H 2 f.

<sup>52)</sup> So wenigstens die Gruppierung für die Wahlen vom März 1976, FBIS, 22. 3. 1976, H 2.

## 2. Produktionsschlachten und Kampagnenwesen

Die vier wichtigsten Ziele, denen sich das neue Regime nach dem Endsieg vom April 1975 widmete, waren erstens die umgehende Nahrungsbeschaffung für die erst zuletzt „befreiten“ 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mio. Menschen in Phnom Penh und in den Provinzhauptstädten, zweitens die Bekämpfung von „Subversion und Sabotage“, wie sie von „CIA-Spionen“ betrieben worden sei, drittens die reibungslose Wiederaufnahme der Landwirtschaftsproduktion und viertens die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsfolgen<sup>58)</sup>.

Neben diesen kurzfristigen Zielsetzungen galt es, eine Bewegung zur „Verteidigung und zum Aufbau des Landes“ sowie zur „Erhöhung der Produktion“ anzukurbeln. Drei Programmpunkte wurden der Bevölkerung durch pausenlose Wiederholung eingehämmert. Sie lauten: Autarkie, „Krieg gegen die Natur“ und Produktionserhöhung. Diese Dreierformel könnte man als eine Art Magna Charta der neuen kambodschanischen Wirtschaftspolitik bezeichnen.

Autarkie heißt im Verständnis der Regierungspropaganda nicht nur grundsätzlicher Verzicht auf Entwicklungshilfe gegenüber dem Ausland, sondern auch prinzipielle Eigenständigkeit der einzelnen Wirtschaftszellen im eigenen Land. Der bewußte Einsatz des ökonomischen Dualismus, wie er in China betrieben wird (gleichzeitige Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, von Schwerindustrie und Leichtindustrie etc.), wird mit dieser Konsequenz von Kambodscha nicht befolgt. Auch findet man, anders als in China, auch der Verteidigung dienen soll.

Das Autarkiepostulat wird durch immer neue Sparsamkeitsaufrufe flankiert. Eine charakteristische Parole vom April 1976 lautet etwa: „Arbeite hart und versuche, bei einem Minimum an Investitionen ein Maximum an Ergebnissen zu erzielen.“<sup>54)</sup>

Der Aufruf zum „Krieg gegen die Natur“ soll vor allem der Infrastruktur — und damit letztlich auch der sozialen Umwandlung — zugute kommen. „Unser Volk arbeitet im Kollektiv und freut sich über das kollektive Eigentum an Reisfeldern und Obstgärten. Es kämpft darum, die alten Feldanlagen niederzureißen und sie durch neue, hohe und gerade ausgerichtete Feldstrukturen zu ersetzen, die sich wie ein riesiges Schachbrettmuster

durch das ganze Land ziehen.“<sup>55)</sup> Auf solchen Feldern soll künftig nur noch eine kollektive Bewirtschaftung möglich sein.

Im Hinblick auf die dritte Parole scheint die neue Führung von einem Produktionsfetischismus befallen zu sein. „Reis, Reis und nochmals Reis“ lauten die Aufrufe. Angesichts einer solchen Forderung ist die Wirtschaft nicht zu vorsichtigem Tasten und Experimentieren aufgerufen, sondern zu großen Sprüngen. Die gleichsam institutionalisierte Ungeduld hat vor allem auf den Infrastrukturbau übergegriffen. Alleine in der Zeit zwischen dem 18. März 1970 (Staatsstreich Lon Nols) und dem 17. April 1975 (Eroberung Phnom Penhs), also in nur fünf Jahren, sollen in den „befreiten Gebieten“ Erfolge errungen worden sein, die alle Ergebnisse der letzten 500 Jahre bei weitem übertreffen. Dieses einmal eingeschlagene Tempo sei auch nach dem 17. April beibehalten worden. In nur einem einzigen Jahr habe das kambodschanische Volk die Arbeit von zehn Jahren verrichtet<sup>56)</sup>.

Erstaunlicherweise spielen „politische“ Gesichtspunkte bei all diesen Aufrufen nur eine untergeordnete Rolle. Dies wird besonders deutlich, wenn man die kambodschanische Redeweise mit der chinesischen vergleicht. Auch politische Studienkurse werden kaum erwähnt. Die ideologische Erneuerung wird offenbar durch den körperlichen Einsatz bei der Arbeit erwartet.

## 3. Das Organisationswesen im Demokratischen Kambodscha

*Die „Revolutionäre Organisation“ (Angkar) — eine leninistische KP?*

Auch zwei Jahre nach dem Sieg in Kambodscha hat die alles beherrschende „Revolutionäre Organisation“ (Angkar) den Schleier des Geheimnisses, der seit Jahren über ihr liegt, noch nicht gelüftet. Die Partei ist offensichtlich nach leninistischem Muster aufgebaut; die Verflechtung mit den Staatsorganen, wie sie zumindest beim Ministerpräsidenten und seinen drei Stellvertretern gegeben ist, ferner die Monopolisierung der Richtlinienkompetenz und die Durchdringung aller Grundorganisationen mit Angkar-Zellen legen diesen Schluß nahe. Auch der „demokratische Zentralismus“ (mit Betonung auf Zentralismus) und die Kollektivführung scheinen von der Angkar übernommen worden zu sein.

<sup>58)</sup> Außenminister Ieng Sary in Radio Havannah, 17. 9. 1975, FBIS, 18. 8. 1975, H. 1.

<sup>54)</sup> R.P.P., FBIS, 2. 4. 1976, H 5.

<sup>55)</sup> R.P.P., 5. 1. 1976, FBIS, 6. 1. 1976, H 7.

<sup>56)</sup> So die Erklärung Khieu Samphans zum 1. Jahrestag des Sieges, R.P.P., 5. 4. 1976, FBIS, 16. 4. 1976, H 6 f.

Übrigens war seinerzeit auch die chinesische KP bis 1949 in ihren Strukturen und Besetzungen so geheim geblieben, daß ihre führenden Repräsentanten, wie Mao Tse-tung und Chu Teh, manchmal für eine einzige Person („Mao-Chu“) gehalten (und mehrere Male sogar für tot erklärt) wurden. Angesichts der Verschwommenheit der Persönlichkeitsprofile haben westliche Beobachter zu gewissen Klischees gegriffen: Khieu Samphan gilt z. B. als „Nationalkommunist“, Verteidigungsminister Son Sen als „prosovjeterischer Altkommunist“, Pol Pot als „Vietminh-Veteran“ etc.

Es ist eins der großen Rätsel, warum die Angkar, ohne deren Willen sich im Kambodscha von heute kein Rad dreht, ihre Identität noch immer nicht preisgegeben hat. Der Autor möchte hier die These aufstellen, daß die Angkar keine einheitliche Organisation, sondern eher so etwas wie ein Dachverband ist, in dem mehrere rivalisierende Gruppen um die Macht kämpfen. Am Anfang der Khmer-„Befreiungs“-Geschichte standen ja mehrere sozialrevolutionäre Organisationen, wie die 1951 gegründete „Revolutionspartei des Volkes von Kambodscha“ und vor allem die 1955 etablierte „Volkspartei“ (Pracheachon), die, wie der amerikanische Reiseschriftsteller und Kommunist Burchett betont, Mitte der sechziger Jahre als eigentliche KP Kambodschas gelten konnte<sup>57)</sup>. Die Pracheachon, die von Anfang an unter dem Einfluß Hanois stand, darf auch im Jahre 1977 noch als ein Sammelbecken der „Vietminh-Veteranen“ gelten.

Möglicherweise haben Khieu Samphan und die anderen Intellektuellen, die mit ihm 1967 in den Widerstand gingen, sich der provietnamesischen Pracheachon nicht unterordnen wollen und statt dessen voll von glühendem Patriotismus eine eigene — „kambodschanische“ — Organisation aufgezogen.

Träfe diese Annahme zu, so wäre es nach dem Sieg im April 1975 unter dem gemeinsamen Dachverband der „Revolutionären Organisation“ zu einem noch immer unentschiedenen Tauziehen zwischen Pracheachon und der — nennen wir sie — „Neo-KP“ gekommen.

Die Angkar verfügt über ein Zentralkomitee, das aus rund 20 Mitgliedern besteht, allen voran das Quartett Khieu Samphan, Ieng Sary, Saloth Sar und Son Sen<sup>58)</sup>. Die Mitglieder der Neo-KP haben vielfach Auslandserfahrungen und können z. T. als „Heimkehrer“ aus dem Westen bezeichnet werden; zu den

„bodenständigen“ Pracheachon-Anhängern mit ihrer in die fünfziger Jahre zurückreichenden Tradition stehen sie vermutlich in einem ähnlich kritischen Verhältnis, wie seinerzeit die 28 chinesischen Moskau-Heimkehrer zu den „autochthonen Kommunisten“ um Mao Tse-tung standen. In China kam es bekanntlich Anfang der dreißiger Jahre zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen und schließlich zur Ausschaltung der „heimgekehrten Wang Ming-Clique“. Sollte sich ein ähnlicher Vorgang in Kambodscha wiederholen? Der Aufstieg Pol Pots im Jahre 1976 würde gut in das Bild einer solchen Auseinandersetzung passen. Im April 1976 wurde Pol Pot zum Ministerpräsidenten gewählt; er bekleidet vielleicht sogar das Amt des Angkar-Vorsitzenden. In seinen ersten Reden stellte er die Lage in Kambodscha überraschend ungeschminkt dar: Das riesige Deich- und Kanalsystem, das die Bewässerung für 1½ Millionen ha liefern soll, sei erst zu 30 Prozent fertig — es fehle an Maschinen. Man habe noch keine „nennenswerten Ergebnisse erzielen können, außer der wirklich gelungenen revolutionären Massenbewegung“<sup>59)</sup>.

#### Staatliche Zentralorgane

Schon während des Bürgerkriegs, und zwar im Jahre 1973, fand — unter dem Hagel amerikanischer Bombardements — der Erste Nationale Kongreß statt, bei dem die Fundamente für die am 3. Januar 1976 verkündete Verfassung gelegt wurden<sup>60)</sup>.

Nach Erlaß der Verfassung kam es am 20. März 1976 zu „allgemeinen demokratischen Wahlen“, aus denen die „Vertreterversammlung des kambodschanischen Volkes“ hervorging. Die neue Versammlung sorgte für die Auflösung der alten GRUNK und besetzte die drei durch die Verfassung neugeschaffenen Staatsorgane: das Staatspräsidium (Vorsitzender wurde Khieu Samphan), die Regierung mit ihren drei Stellvertretern und ihren acht Ministern (Äußeres, Wirtschaft, Nationale Verteidigung, Propaganda und Information, Gesundheitswesen, Soziales, Öffentliche Arbeiten und Kultur/Erziehung) sowie ein „Gerichtskomitee“<sup>61)</sup>. Alle wichtigen Schaltstellen wurden mit Angkar-Leuten besetzt.

#### Lokale Organisationen

Unterhalb der Zentralregierung hat sich inzwischen eine vierstufige Verwaltungsorganisation herausgebildet, die von den „Regio-

<sup>57)</sup> Wilfrid Burchett, Kambodscha und Laos oder Nixons Krieg?, Reinbek bei Hamburg 1970, S. 40 ff.

<sup>58)</sup> Yearbook on International Communist Affairs, 1975, Hoover Institution Press, Stanford/California 1975, S. 302—308 (305).

<sup>59)</sup> NZZ, 5. 8. 1976.

<sup>60)</sup> Im einzelnen R.P.P., 5. 1. 1976, FBIS, 6. 1. 1976, H 2 ff.

<sup>61)</sup> Pressecommuniqué der Vertreterversammlung in R.P.P., 14. 4. 1976, FBIS, 14. 4. 1976, H 1 ff.

nen" über die „Sektoren“ und die „Distrikte“ bis hinunter in die Dörfer verläuft.

Das ganze Land ist in fünf „Regionen“ gegliedert (Osten, Südwesten, Nordwesten, Norden und Westen), die ihrerseits in drei bis neun „Sektoren“ unterteilt sind. Die den Sektoren unterstehenden „Distrikte“ bestehen aus mehreren Dörfern. Die Dörfer (thum), die nach Gruppen von je zehn Familien (krom) strukturiert sind, spielen als Kristallisationspunkte der Vergenossenschaftlichung und der Solidaritätsgruppenbildung eine hervorragende Rolle. Auf der Ebene der Dörfer — und manchmal auch der Distrikte — stehen die sog. „Einsatzplätze“, die entweder von Armeesoldaten, landverschickten Städtern oder aber von den Bewohnern der nahegelegenen Dörfer bewirtschaftet werden.

Die Regionen und Sektoren besaßen zumindest bis Mitte 1976 ein erhebliches Eigengewicht. Die Aufsplitterung in viele „kleine Königreiche“, die den örtlichen Kommandanturen weitestgehende Zuständigkeiten — aber auch Möglichkeiten des Machtmißbrauchs — gab, mag die Übergriffe erklären, die sich innerhalb des ersten Jahres nach der Eroberung Phnom Penhs ereigneten. Erst im Gefolge der 3. Nationalen Vertreterversammlung vom April 1976 begann eine Politik der Zentralisierung, die allerdings noch lange nicht abgeschlossen zu sein scheint.

#### Massenorganisationen

Die Gewerkschaften sind nicht etwa nach Einzelbetrieben („Betriebsgewerkschaften“), sondern landesweit nach Tätigkeitsbereichen („Berufsgewerkschaften“) ausgerichtet: Es gibt beispielsweise Gewerkschaften der Nahrungsmittelbetriebe, Gewerkschaften der Transportkorps, Dockarbeitergewerkschaften und Gewerkschaften für öffentliche Arbeiten<sup>62)</sup>.

Hohes Ansehen genießt die am 5. Februar 1961 gegründete Kambodschanische Jugendorganisation; ihre Mitglieder hatten sich während der Sihanouk-Zeit, d. h. vor allem in den Jahren zwischen 1961 und 1967, als Agitatoren und Flugblattverteiler in den Städten verdient gemacht. Während des Kriegs gegen die Lon-Nol-Truppen kämpfte die Organisation als paramilitärischer Verband. Wegen ihres politischen Kredits sind ihre Mitglieder auch heute noch bewaffnet und üben sowohl Sicherheits- als auch Stoßbrigadenfunktionen aus; sie gelten als „Kern der revolutionären Kräfte“<sup>63)</sup>.

<sup>62)</sup> R.P.P., 29. 2. 1976, FBIS, 1. 3. 1976, H 7—9.

<sup>63)</sup> R.P.P., 5. 2. 1977, FBIS, 9. 2. 1977, H 7 ff.

#### Die „Revolutionären Streitkräfte“

Die Streitkräfte der Khmer Rouge sind seit 1970 gleichsam im Schneeballsystem angewachsen. Hatte man zur Zeit des Sturzes von Sihanouk am 18. März 1970 nur etwa 3 000 organisierte Guerillas im Land vermutet, die in Gruppen von 50—90 Mann operierten, so war ihre Zahl bis Ende 1972 bereits auf 50 000 angestiegen<sup>64)</sup>. Zur Zeit der Eroberung Phnom Penhs im April 1975 zählte die „Befreiungsarmee“ rund 80 000 Mann, die in 4 Divisionen und 3 unabhängige Regimenter gegliedert war; die Ausrüstung bestand aus sowjetischen, chinesischen und amerikanischen Waffen<sup>65)</sup>. Bei der Einnahme Phnom Penhs fiel der „Befreiungsarmee“ ein wohlsortiertes Arsenal von Waffen und Munition in die Hände<sup>66)</sup>, u. a. sogar Panzerwagen, Flugzeuge und Helikopter, so daß sich die Ausrüstungsqualität schlagartig verbesserte.

Hauptaufgaben der Streitkräfte sind die Verteidigung sowie die Hilfe beim Aufbau des Landes<sup>67)</sup>. Die Soldaten helfen, wie es heißt, beim Bau von Bewässerungsanlagen, bei der Reparatur von Brücken und von Straßen sowie von Eisenbahnen mit; sie standen mit an vorderster Front, als es galt, das von zahlreichen versenkten Schiffen versperrte Strombett des Mekong zu räumen; sie verwandelten „Minenfelder in Reisfelder“ und leisteten nicht zuletzt bei der Übernahme von Administrativfunktionen unschätzbare Hilfe<sup>68)</sup>. Zwar lassen sich in den Meldungen von Radio Phnom Penh keine „chinesischen“ Formulierungen finden, wie die Parole, daß die Armee eine „Kampf-, Produktiv- und Massenerziehungskraft“ sei, jedoch die tägliche Praxis läuft auf eine solche Aufgabekumulierung hinaus. Seit April 1975 ist die Armee sogar hauptsächlich mit der „Massenarbeit“ beschäftigt, d. h. ihre Einheiten überwachen den Arbeits-einsatz in den Dörfern.

Auch bei der politischen Willensbildung kommt der Armee ein überproportionales Gewicht zu. Obwohl Arbeiter und Bauern nach offizieller Schätzung nicht weniger als 95 Prozent der Bevölkerung ausmachen, erhielten sie nicht etwa 95 Prozent der Sitze in der Volksvertreterversammlung. Vielmehr wurden 20 Prozent der Sitze — gewissermaßen als Vorschub — bereits der Armee zugestanden.

<sup>64)</sup> FEER, 12. 2. 1973, S. 17.

<sup>65)</sup> Military Balance Sheet 1975/76, herausgegeben vom Institute for Strategic Studies, London 1975, S. 75.

<sup>66)</sup> Vgl. dazu das Interview Sihanouks in FEER, 7. 11. 1975.

<sup>67)</sup> R.P.P., 15. 9. 1975, FBIS, 17. 9. 1975, H 3.

<sup>68)</sup> R.P.P., 26. 6. 1976, FBIS, 28. 6. 1976, H 1 f.



## *Kambodschanische Sonderentwicklungen: die „Arbeitseinsatzplätze“ und die „Solidaritätsgruppen“*

Terrassierungs- und Bewässerungsnetzwerke werden im allgemeinen von größeren Arbeitseinheiten mit 2 000—3 000 Mann erledigt, die bestimmten „Einsatzplätzen“ zugewiesen werden. Organisiert sind diese Gruppen „nach dem Modell der Revolutionären Armee“. Das Gesamtkommando für die einzelnen Gliederungen steht unter einem „gemeinsamen verantwortlichen Komitee“, dem wiederum besondere Ausschüsse unterstellt sind, die sich um die „geistigen, politischen, organisatorischen und tagtäglichen Sorgen kümmern“<sup>69)</sup>. Offensichtlich handelt es sich hier um eine Art von Politikommissariaten.

Kollektivierung, Militarisierung und Unitarisierung — in China im Zusammenhang mit den Volkskommunen immer wieder als vorbildhaft hervorgehoben —, sind an den kambodschanischen „Einsatzplätzen“ bereits heute ungleich stärker ausgeprägt als in China. Mitglieder der Einsatzgruppen sind zumeist ehemalige Einwohner Phnom Penhs und demobilisierte Soldaten der alten Lon-Nol-Armee sowie Jugendliche aus den Provinzstädten. Manchmal werden solche Einsatzplätze auch mit Bauern aus der näheren Umgebung „aufgefüllt“, soweit sie nicht in ihren Genossenschaften benötigt werden<sup>70)</sup>. Einsatzplätze werden aber auch ausschließlich von Soldaten bewirtschaftet<sup>71)</sup>.

Über die Lebensbedingungen auf den „Arbeitseinsatzplätzen“ berichtet Radio Phnom Penh: „Heutzutage befinden sich die Arbeitseinsatzplätze über das ganze Land verstreut. In sämtlichen Regionen, Sektoren und Distrikten breitet sich die Bewegung zum Bau von Deichen, Kanalisationsanlagen und Dämmen in einer Atmosphäre der Freude und Begeisterung aus. Nur die älteren Leute und die ‚Schwestern‘ mit Kleinkindern bleiben zu Hause. Ansonsten nimmt jeder Arbeitsfähige teil an der Bewegung zum Bau der Bewässerungsanlagen...“<sup>72)</sup>

Die „Solidaritätsgruppen“ gelten als Schlüssel zur Lösung aller Probleme. Schon während des Bürgerkriegs waren sie eine Art Kindermädchen für die Front. Nach dem Sieg scheint ihr Aufgabenbereich noch erweitert worden zu sein, wie folgender Zuständigkeitskatalog zeigt<sup>73)</sup>: „Die bedeutsamste Aufgabe

der Solidaritätsgruppen zur Produktionserhöhung besteht heutzutage darin, Kräfte zu mobilisieren und sie in die Produktion einzuschleusen. Sie fassen die Arbeitskräfte zusammen und weisen ihnen, je nach ihren Fähigkeiten, einen Arbeitsplatz zu. Sie mobilisieren Arbeitskräfte für den Bau von Dämmen, für das Graben von Kanälen, für das Ausheben von Weihern und von Wasserreservoirs. Sie mobilisieren Arbeitskräfte zum Pflügen, Eggen, Säen, Umpflanzen, Ernten und Dreschen des Reises und entsenden Arbeitskräfte zur Ausbesserung von Dämmen und Kanälen, zum Bau neuer Bewässerungsanlagen, zur Neubestellung alter Reisfelder und zur Gewinnung neuen Reislandes. Die Solidaritätsgruppen wachen über Versammlungen, bei denen Erfahrungen ausgetauscht werden, wie z. B. über Bewässerungs-, Düngungs- und Insektenbekämpfungsfragen. In Wahrnehmung ihrer Mobilisierungsaufgaben führen sie das Volk auf demokratische Weise. Neben den Aufgaben der politischen und produktiven Erfassung von Arbeitskräften sorgen sie auch für die Sicherheit in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sämtliche Mitglieder der Solidaritätsgruppen zeichnen sich durch Feuer, Kampfbereitschaft und revolutionäre Wachsamkeit aus... Sie machen sich auch auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt nützlich, indem sie Ärzte und Krankenschwestern ausbilden und indem sie die Leute zu körperlicher Hygiene anhalten. Gleichzeitig geben sie Anweisungen zu einem moralischen und ehrlichen Leben. Vor allem unsere Brüder, die gerade die Städte verlassen haben und zu ihren Geburtsplätzen auf dem Lande zurückgekehrt sind, fühlen sich durch die umfassendste Unterstützung von seiten der Solidaritätsgruppen ermutigt.“

Die Solidaritätsgruppen wirken als die Stoßtruppe des Angkar. Sie sind Aktivisten, Agitatoren, Propagandisten und Politikommissare in einem und erfüllen im kambodschanischen Umfeld eine ähnliche Rolle wie die Kernmilizen in der VR China.

## **4. Die Ideologie der kambodschanischen Revolution**

Auf den ersten Blick zeigt die Gesellschaft des Demokratischen Kambodscha echt marxistische Züge: die „Ausbeuterklassen“ wurden beseitigt, das Eigentum verstaatlicht oder kollektiviert und das Volk — unter Führung der leninistisch organisierten Angkar — mobilisiert.

Auch einige sino-marxistische Tupper sind vorhanden, so das Prinzip der wirtschaftlichen Autarkie, das egalitäre Entlohnungsprinzip,

<sup>69)</sup> R.P.P., 27. 1. 1976, FBIS, 28. 1. 1976, H 3.

<sup>70)</sup> R.P.P., 15. 1. 1976, FBIS, 11. 2. 1976, H 4, ähnlich FBIS, 25. 2. 1976, H 1.

<sup>71)</sup> R.P.P., 19. 9. 1975, FBIS, 23. 9. 1975, H 1.

<sup>72)</sup> R.P.P., 30. 3. 1976, FBIS, 2. 4. 1976, H 6 f.

<sup>73)</sup> R.P.P., 22. 9. 1975, FBIS, 24. 9. 1975, H 1 f.

die Politik der Großen Sprünge und der auf Maximierung aller verfügbaren Kräfte ausgerichteten Generallinie.

Demnach wäre das Demokratische Kambodscha ein typisch marxistisch-leninistisch geprägtes Staatswesen mit „maoistischen“ Einschlägen? Eine nähere Untersuchung zeigt jedoch, daß eine Bejahung dieser Frage voreilig wäre. Schon im Text der neuen Verfassung vermißt man die in den Grundgesetzen anderer sozialistischer Staaten gepflegte verbale Standardausrüstung. Von der Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft ist nicht die Rede. Die Massenpartizipation nicht nur an Eigentum und Besitz, sondern auch an den einzelnen Entscheidungsvorgängen wird höchstens indirekt angesprochen; auch zwischen Kollektivem und Volkseigentum wird nicht unterschieden. Nicht einmal die KP als „Vorhut des Proletariats“ findet mit einem Wort Erwähnung. Warum die ostentative Ersetzung des Begriffs „KP“ durch „Revolutionäre Organisation“?

Es fehlen Hinweise auf typische Führungsprinzipien wie auf den sonst gängigen „demokratischen Zentralismus“, auf die „Diktatur des Proletariats“ oder auf die „Massenlinie“.

Ebenso wird man vergeblich nach einer Charakterisierung des gegenwärtigen Stadiums der kambodschanischen Revolution suchen: Ist es eine „neudemokratische“ Revolution im Sinne etwa Mao Tse-tungs oder bereits eine sozialistische Revolution?

Denselben unmarxistischen Charakter zeigt die kambodschanische Außenpolitik: Auch dort ist beispielsweise vom „proletarischen Internationalismus“ nicht die Rede, wie er einem sozialistischen Staatswesen im Verhältnis zu einem anderen sozialistischen Staat doch eigentlich teuer sein müßte.

Vorerst gibt es — außer in der offiziellen Propaganda — keine Hinweise darauf, daß die großen Kollektivunternehmungen wirklich „von unten her“ getragen werden. Es kann aber andererseits wohl kein Zweifel daran bestehen, daß die Führung letztlich auf eine „Fundamental-Demokratisierung“ hinaus will. Möglicherweise denken die Führer der Angkar in diesem Punkt genau wie Sihanouk, der die bäuerlichen Traditionen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit — neben dem Buddhismus und der Monarchie allerdings — für die tragfähigste Basis gehalten hatte. Schon der Prinz hatte betont, daß „die ländliche Gesellschaft die gesündeste Grundlage unseres Volkes abgibt. Sie ist die egalitärste und demokratischste Gesellschaft, die sich

denken läßt“<sup>74)</sup>. Wer häufig in Kambodscha und insbesondere in kambodschanischen Dörfern war, wird einem solchen Urteil spontan zustimmen. Wohl nirgendwo in Asien läßt sich ein sanfteres, uneigennützigeres, gastfreundlicheres und egalitäreres Volk finden als in Kambodscha. Gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit — und somit auch „Demokratie von unten“ — war nur von den Dörfern, nicht aber von den Städten zu erwarten. Die kambodschanischen Revolutionäre hatten deshalb nicht nur aus der Not eine Tugend gemacht, wenn sie sich von vornherein auf die Bauern stützten, sondern sie taten das einzig Richtige, wenn ihnen die „Demokratisierung“ ein wirklich echtes Anliegen war.

Angesichts dieser Haltung mag es auf den ersten Blick etwas paradox erscheinen, wenn die neuen Herren in der Propaganda so großen Wert auf die „Angkor-Tradition“ legen. Allerdings scheint man hierbei weniger den Theokratismus dieser Zeit im Auge zu haben, sondern einen Abglanz der kulturellen Blüte des alten Kambodscha für die neue Nation erschaffen zu wollen.

Wie nun soll man dieses eigenartige Gemisch von spontan sozialistischen, terminologisch unmarxistischen und nationalen Elementen bezeichnen? Der Ausdruck „Khmer-Sozialismus“, der vielleicht hilfreich sein könnte, muß hier vermieden werden, weil er bereits von Sihanouk geprägt und mit bestimmten Bedeutungsinhalten „besetzt“ wurde.

Selbstverständlich sind auch die blumenreichen Bezeichnungen westlicher Berichtstatter wie „jakobinische Bauernrevolution der Khmer Rouge“<sup>75)</sup> oder „Steinzeit-Sozialismus der Khmer Rouge“<sup>76)</sup> wenig hilfreich.

Der Autor schlägt den Terminus „Khmer-Populismus“ vor. Er versteht den „Populismus“ als eine spezifische Form des Verhältnisses zwischen Führung und Massen, bei der weniger Disziplin und Autorität der Partei „von oben her“ als vielmehr die — zumindest angestrebte — Massen-Selbsterziehung im Vordergrund stehen soll. Historisch kommt der Populismus aus dem Milieu von Agrargesellschaften. Er geht von den „Vorzügen der Rückständigkeit“ aus (man denke etwa an Maos Wort, daß das chinesische Volk ein weißes Blatt Papier sei, auf dem sich die schönsten Schriftzeichen schreiben ließen). Für den Populisten sind Staat und Bürokratie inhärent böse. Seine Einstellung ist antiurban

<sup>74)</sup> Näheres dazu CHINA aktuell, April 1976, S. 131 und S. 150 mit Nachweisen.

<sup>75)</sup> SZ, 16. 5. 1975.

<sup>76)</sup> SZ, 20. 4. 1976.

und er zeigt eine ausgeprägte Abneigung gegen warenerzeugende „Arbeitsteilung“ und Spezialisierung, die letztlich doch nur auf die eine oder andere Form der Technokratie hinausliefen. Der Populist zeigt eine fast romantische und emotionale Einstellung gegenüber dem einfachen Leben der Bauern und erwartet von dorthier die Heilung der — unter dem Einfluß des Westens korrumpierten — städtischen Gesellschaft. Die Stadt gilt als Brutstätte neuer, den Volksmassen entfremdeter Elemente und als Quelle der Korruption.

Diese populistische Haltung widerspricht im Grunde dem Leninismus, der weniger auf die „schöpferische Spontaneität der Massen“ als vielmehr auf die „ultrazentralistische Schürriegelung der Massen“ — wie Rosa Luxemburg es ausdrückt — vertraut. Auf einen echten Leninisten muß das Postulat von den „Vorzügen der Rückständigkeit“ mindestens ebenso befremdend wirken wie das antistädtische, antitechnische und antiintellektuelle Vorurteil der Populisten.

Obwohl man zugeben muß, daß die seit dem Sieg im April 1975 vollbrachte wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufbauleistung gewiß nicht von den „Volksmassen selbst“ ausgeht, sondern von „oben herab“ anbefohlen wurde, liegen doch zahlreiche Anzeichen dafür vor, daß der „kambodschanische Weg“ auf einen Sozialismus hinausläuft, der weniger marxistisch-leninistisch als vielmehr populistisch inspiriert ist.

## 5. Die Außenpolitik des Demokratischen Kambodscha

Die Geschichte des Khmer-Reiches ist die Geschichte einer ständigen Schrumpfung, die bereits mit dem Ende der Blütezeit des Angkor-Reichs (10.—12. Jhd.) begann. In der Mitte des 19. Jahrhunderts schien das einst so mächtige Kambodscha nur noch die Wahl zu haben, sich entweder von Siam oder aber von Annam, einem der Vorgängerstaaten Vietnams, annektieren zu lassen. Die französische Intervention von 1863 entthob Kambodscha dieser Entscheidung. Das Land stand von da an bis 1941 unter französischer Kolonialherrschaft, wurde in den Jahren zwischen 1941 und 1945 von den Japanern, nach Kriegsende, im September 1945, von britischen Truppen besetzt und geriet dann erneut unter französische Kontrolle, von der es sich erst durch den gemeinsam mit den Vietnamesen und Laoten geführten Indochinakrieg losreißen konnte. Allerdings begann — aus kambodschanischer Sicht — bereits 1955 die „Aggression“ einer neuen Macht, der USA, die das Land durch Zwischenschaltung der SEATO und mit Hilfe

ihrer „Lakaien“, vor allem der „Lon-Nol-Clique“, zu entmündigen versuchte. Der in der Nixon-Doktrin von 1969 angestrebte Plan einer „Kambodschanisierung des Krieges“, in dessen Verlauf „Kambodschaner gegen Kambodschaner“ eingesetzt wurden, habe erst in einem blutigen fünfjährigen Krieg „zur Befreiung des Landes“ vereitelt werden können<sup>77)</sup>.

Seit 1955 hatte Kambodscha theoretisch drei Möglichkeiten, sein Hauptanliegen — die Wahrung der nationalen Souveränität — zu verteidigen:

— enge Zusammenarbeit mit Thailand und Südvietnam sowie deren Schutzmacht USA

— Anlehnung an Hanoi, die VR China sowie an den Pathet Lao und

— Neutralität.

Während Sihanouk im Laufe der Jahre mit allen drei Optionen spielte, ohne sich definitiv festzulegen, hatte Lon Nol sich ganz auf die erste Alternative versteift. Das Demokratische Kambodscha scheint demgegenüber fest entschlossen, den dritten Weg zu gehen und auf die „Blockfreiheit“ zu pochen. Vor allem legt man Wert darauf, bei allen Großversammlungen der Dritten Welt präsent zu sein. Kambodscha beteiligte sich bereits an der Konferenz der Blockfreien in Lima (Juli 1975), es war anwesend bei der VII. UN-Versammlung im September desselben Jahres<sup>78)</sup> und nahm im August 1976 an der Blockfreien-Konferenz in Colombo teil. Besonders tritt die enge, fast herzliche Kooperation mit Jugoslawien hervor<sup>79)</sup>.

Vom Geist der „Blockfreiheit“ erfüllt, möchte Kambodscha insbesondere keinem südostasiatischen Regionalbündnis, also weder der ASEAN noch einer in Zukunft möglicherweise entstehenden Indochina-Republik, betreten<sup>80)</sup>.

Besonders heikel für Phnom Penh sind seine Beziehungen gegenüber den beiden „Erbfeinden“ Thailand und Vietnam.

Thailands Interessen in Kambodscha lassen sich in zwei Punkte darstellen: Zum einen geht es um die nationale Sicherheit, die aus der Sicht Bangkoks vor allem durch die revolutionären Umwälzungen in Kambodscha und durch die von dort ausgehende — angebliche — Infiltration gefährdet scheint; zum andern stehen gewisse territoriale Ansprüche zur Debatte, die immer noch nicht endgültig zwi-

<sup>77)</sup> Rede des kambodschanischen Außenministers Ieng Sary vom 17. 4. 1976, FBIS, 21. 4. 1976, H 3.

<sup>78)</sup> R.P.P., FBIS, 6. 4. 1976, H 1—3.

<sup>79)</sup> Vgl. z. B. R.P.P., 3. 2. 1977, FBIS, 4. 2. 1977, H 1 und die folgenden Nummern des FBIS.

<sup>80)</sup> FBIS, 3. 11. 1975, H 1.

schen den Nachbarn geklärt sind<sup>81)</sup>). Der eingangs erwähnte blutige Zwischenfall vom 28. Januar 1977 war eine weitere Manifestation jenes unseligen Grenzkonflikt-Erbes, das beide Staaten aus der Geschichte übernommen haben.

Vietnam andererseits ist den Kambodschanern suspekt, weil man von dort den Impuls zur „Vietnamisierung“ des eigenen Landes befürchtet. Heißester Konfliktstoff innerhalb der Angkar ist denn auch nicht etwa die Strategie des inneren Aufbaus, sondern das Verhältnis zum mächtigen Nachbarn Vietnam.

Gerade wegen solcher Annexionsängste nähert sich Kambodscha immer wieder den Chinesen an, von denen es glaubt, daß sie an einem unabhängigen Khmer-Staat interessiert seien. Niemand hat dies treffender zum Ausdruck gebracht als Sihanouk: „Kambodscha ist nicht dazu verurteilt, Hanoi in den Rachen zu fallen. Sicher, wir sind wie Kätzchen angesichts des vietnamesischen Löwen... Aber die Kleinen haben große Freunde... Das trifft für uns im Hinblick auf die Chinesen zu... Über das Haupt des vietnamesischen Löwen hinweg wird das kambodschanische Kätzchen den Blick auf den chinesischen Drachen richten!“<sup>82)</sup>.

Peking hatte in Sihanouk die erste Führungskraft seines Landes für die Zeit nach dem Siege gesehen. Obwohl die chinesische Führung enttäuscht war, daß ihr „Kandidat“ so wenig zum Zuge kam, hat sie ihre Beziehungen zum neuen Kambodscha „konstruktiv“ gestaltet. Die Chinesen leisten Entwicklungshilfe, stellen Experten für den Aufbau des Landes, unterhalten seit dem 23. Januar 1976 eine regelmäßige Flugverbindung zwischen Peking und Phnom Penh<sup>83)</sup> und haben am 2. Januar 1977 Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit sowie über die Lieferung „ganzer Anlagen“ geschlossen<sup>84)</sup>.

Während sich die kambodschanischen Beziehungen zu Peking nach dem 17. April 1975 organisch weiterentwickelten, blieben die Spannungen zur Sowjetunion bestehen. Moskau hatte es nicht über sich gebracht, die Beziehungen zu Lon Nol abzubrechen — eine Tatsache, die von der chinesischen Propaganda nach allen Regeln der Kunst ausgeschlachtet

wurde<sup>85)</sup>. Sihanouk bezeichnete — ganz im Sinne der Roten Khmer — die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten, die treu an der Seite Moskaus geblieben waren, als „unsere Freunde der 22. Stunde“, die nur noch übertroffen würden von Frankreich als dem „Freund der 23. Stunde“ und den USA als „Freund der 25. Stunde“.

Solange Moskau das Ziel eines vietnamesisch beherrschten Indochina aufrechterhält, das eo ipso antichinesisch sein müßte, wird Kambodscha, auf dessen Kosten eine Verwirklichung dieser Absicht letztlich ginge, kaum eine pro-sowjetische Haltung einnehmen wollen.

Als Hauptfeind aber gilt in Phnom Penh nach wie vor der „US-Imperialismus“, der, obwohl er sich neuerdings ganz aus Indochina — ja sogar aus Thailand — zurückgezogen hat, mit seiner Bombenpolitik, vor allem aber mit seiner Unterstützung des Lon Nol-Regimes noch allzu bedrückend in Erinnerung ist. Der Mayaguez-Zwischenfall von Anfang Mai 1975, in dessen Verlauf das US-Handelsschiff Mayaguez von kambodschanischen Küstenschiffen aufgebracht, dann aber von der US-Flotte wieder zurückerobert wurde, zeigt, daß die Wunden noch offen sind.

Der Durchschnittskambodschaner wird das Eingreifen der USA wohl nie begreifen: Warum mußte ein Land, das — auch psychologisch — so unendlich weit entfernt liegt, Kambodscha und seine Bevölkerung auf so grauenvolle Weise heimsuchen? Hatte etwa vorher eine kambodschanische Flotte Amerika bombardiert? Fragen dieser Art stellen sich für den politisch weitsichtigeren Kambodschaner auf einer etwas höheren Ebene: Wie konnte die amerikanische Führung je einem Trugbild wie der „Domino-Theorie“ verfallen? Warum hat Washington Lon Nol unterstützt und ihn einen „Stellvertreterkrieg“ gegen die Nordvietnamesen führen lassen? Die den Pentagon-Papers zu entnehmende amerikanische Doppelantwort, daß es beim Engagement in Indochina sowohl um die amerikanische Glaubwürdigkeit als auch um die Aufrechterhaltung einer regionalen Teilbalance im Interesse des politischen Weltgleichgewichts gegangen sei, wird diesem Fragesteller wohl kaum einleuchten. Es wird daher von der US-Politik kommender Jahre — und nicht von den Kambodschanern — abhängen, wie sich das Verhältnis zwischen dem amerikanischen Riesen und dem südostasiatischen Zwerg weiterentwickelt.

<sup>81)</sup> Einzelheiten zu diesen Punkten siehe bei Oskar Weggel, China und Südostasien nach dem Waffenstillstand, Folge 3: Kambodscha, in: CHINA aktuell, April 1973, S. 125—152 (137 f).

<sup>82)</sup> Sihanouk/Lacouture, a. a. O., S. 142.

<sup>83)</sup> Dazu CHINA aktuell, Februar 1976, Übersicht 19.

<sup>84)</sup> R.P.P., 4. 1. 1977, FBIS, 5. 1. 1977, H 1.

<sup>85)</sup> Vgl. z. B. New China News Analysis (NCNA), 18. 4. 1975

## Das indische Dilemma

## Vorbemerkung

Die Berichterstattung in den Medien, nicht nur die über Indien, orientiert sich am aktuellen Geschehen. Nicht alle Ereignisse werden berichtet, sondern nur die berichtenswerten. Ein Ereignis ist dann berichtenswert, wenn der Berichtersteller glaubt, daß es für die Konsumenten der jeweiligen Medien von Interesse sein könnte. Ein Auswahl treffen müssen heißt stets, über das Geschehen unvollständig zu berichten. Die Kontinuität eines Prozesses wird nicht mehr erkennbar, deshalb müssen dem Konsumenten die berichteten Ereignisse oft als widersprüchlich erscheinen. Hinzu kommt noch, daß die aktuellen Probleme oft auf Personen bezogen dargestellt werden. Wertungen kommen bewußt oder unbewußt hinzu; aus der Darstellung des Geschehens werden so Meinungen. Diese Vorgehensweise ist sicherlich dann legitim, wenn gleichzeitig über die Interessenlage dieser Personen im Zusammenhang berichtet wird. Dies scheint aber selten zu gelingen.

Es wäre wenig sinnvoll, sich hier mit veröffentlichten Meinungen auseinanderzusetzen. Das Ziel des Verfassers ist vielmehr, jene Rah-

menbedingungen zu beschreiben, die Voraussetzung dafür sind, die aktuellen Ereignisse einordnen zu können. Dafür ist die Beschreibung des geschichtlichen Wirkungszusammenhangs notwendig. Dieser umfangreiche Anspruch muß eingeschränkt werden. Hier soll nicht die Geschichte schlechthin beschrieben werden, sondern die geschichtliche Entwicklung zweier gesellschaftlicher Einrichtungen. Wie sieht die gesellschaftliche Gliederung heute aus und wie ist sie so geworden? Auf welchem Weg ist eine Veränderung der gesellschaftlichen Position heute möglich und wann und wie hat sich dieser Weg eröffnet? Gelingt die genaue Beschreibung dieser beiden Stränge, so könnte das eine Grundlage sein, die gegenwärtigen Verhältnisse in Indien zu verstehen. Bei einer solchen Betrachtungsweise sind Fragen, wie mächtig einzelne Personen sind, kaum noch relevant. Bis März 1977 waren die Fragen: „Wie mächtig ist Frau Gandhi?“ und: „Wird ihr Sohn der nächste Ministerpräsident?“ wichtig. Solche Fragen greifen aber unter historischer Perspektive viel zu kurz.

## Zur sozialen Gliederung der indischen Gesellschaft

Schon die ältesten Überlieferungen beschreiben die indische Gesellschaft als eine hierarchisch gegliederte. Die Frage, ob es in der vorgeschichtlichen Zeit eine nicht gegliederte Gesellschaft gegeben hat, ist für unsere Betrachtung unwichtig. Bedeutsam ist, daß auch schon in dieser sehr frühen Zeit die gesellschaftliche Gliederung genauso wie heute noch geordnet und legitimiert war: Ein System von Kasten, in denen jeder durch diesseitige und jenseitige Begründungen seinen Platz zugewiesen erhielt.

Die sich mit dem Kastensystem beschäftigten Gelehrten vertreten hinsichtlich seines Entstehens unterschiedliche Auffassungen<sup>1)</sup>. Zwei konträre Meinungen sollen kurz beschrieben werden. Die eine bezweifelt, daß

das ursprüngliche Gliederungssystem der Gesellschaft ein „Kastensystem“ gewesen ist. Es sei vielmehr ein System des „Varna“ gewesen (wörtlich übersetzt: Farbe). Die Einwanderung der Arier in Indien wird allseitig als Tatsache akzeptiert. Die Arier sollen eine dreistufige Ordnung mitgebracht haben und die wesentlich dunkelhäutigeren Urbevölkerung von ihnen als viertes Glied in das System eingefügt worden sein. Diese Erklärung könnte eine spekulative Rekonstruktion des Ursprungs sein, basierend auf gegenwärtigen Erscheinungsformen. Auch im Indien der Gegenwart zählt eine helle Hautfarbe viel. Tatsächlich findet man unter den vergleichsweise dunkelhäutigeren Sündern in den oberen Kasten mehr hellhäutige als in den unteren Kasten. Das aber kann ebenso gut mit den konkreten Lebensbedingungen zusammenhängen. Selbst wenn die Hautfarbe und die ge-

<sup>1)</sup> M. N. Scrivas, *Caste in Modern India and other Essays*, Bombay 1962.

sellschaftliche Position eine Beziehung in der Kastenordnung aufweist, so ist kaum denkbar, daß sich die Hierarchie allein auf die Hautfarbe gründete und auf sonst nichts. Das hätte für die Legitimation der Hierarchie über Jahrtausende kaum ausgereicht.

Die zweite Erklärung ist einleuchtender: Danach war die antike indische Gesellschaft in vier Kasten eingeteilt. Das Gliederungsschema ist materiell faßbar begründet. Den 1. Rang nahmen die Brahmanen ein. Ihnen obliegen die Aufgaben im Bereich der Religion, der Philosophie und der Wissenschaft. Ihnen im 2. Rang untergeordnet sind die Kshatriyas, die staatliche Aufgaben zu erfüllen haben: Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, Verteidigung, Kriegsführung. Den 3. Rang nahmen die Vaishas ein. Sie waren für den Bereich der Produktion und des Handels zuständig. Der 4. und letzten Kaste, den Sudras, waren die Dienstleistungsberufe vorbehalten<sup>2)</sup>.

Die Plausibilität dieser Erklärung des Systems besteht darin, daß bei einer Verteilung der Aufgaben alle Bedarfsbereiche der damaligen Gesellschaft abgedeckt werden konnten. Überliefert ist auch die folgende Legende, die das Rationale der Kasteneinteilung veranschaulicht. Die Brahmanen werden darin als Kopf des Menschen, die Kshatriyas als die Arme, die Vaishas als der Rumpf und die Sudras als die Beine dargestellt. Diese Veranschaulichung sollte wohl signalisieren, daß alle diese Teile das Ganze ausmachen und bei Fehlen eines Teiles das Ganze nicht funktionieren würde.

Aus der Antike und späteren Epochen sind Beispiele überliefert worden, wonach ein Auf- und Abstieg in diesem System möglich war; die Zugehörigkeit zu einer Kaste war also nicht von Geburt her bestimmt, sondern wurde erst nach Ergreifung eines Berufes festgelegt. Diese überlieferten Beispiele erklären einerseits, wie aus einem viergliedrigen System das heute tausendgliedrige System der Subkasten werden konnte. Andererseits können die überlieferten Beispiele auch als Zwang zur Rechtfertigung seitens der oberen Kasten gedeutet werden. Die Angehörigen der unteren Kasten waren immer die große Mehrheit. Theoretische Aufstiegsmöglichkeiten hielten das System der Ungleichheit im Gleichgewicht.

Nach diesen Überlegungen hätte das Kastensystem ein Klassensystem im Sinne von Marx werden können, wenn es nicht einige Besonderheiten aufweisen würde. Die rituellen, re-

ligiösen und weltanschaulichen Aspekte sind für die Gliederung gleichgewichtig wie der Berufsstand. Die zweite Besonderheit des Kastensystems bestand und besteht darin, daß die strenge rituelle Trennung zwischen den Kasten eine Heirat zwischen Angehörigen verschiedener Kasten unterbindet. Diese Endogamie ist bis heute die Regel. Trotz der Differenzierung innerhalb der Hauptkasten in Subkasten wird durch die allein den Brahmanen vorbehaltene Auslegung des Erlaubten und des nicht Erlaubten das System immer noch intakt gehalten.

### Die Verknüpfung zwischen sozialer Gliederung und Weltanschauung

Nach der religiösen Vorstellung der Hindus besteht der Sinn des Lebens darin, über Geburt und Wiedergeburt entsprechend der in einem Leben gesammelten Verdienste mit dem Ziel aufzusteigen, sich mit dem allmächtigen Gott zu vereinen. Allein die als Brahmanen geborenen befinden sich in der letzten irdischen Phase. Dieser spiralenähnliche Verlauf war kein automatischer. Auf- und Abstiege waren dabei möglich. Sie sind abhängig von den Aktivitäten des einzelnen in seiner jeweiligen Lebensphase. Erfüllt er alle seine Pflichten, wie sie durch die Position seiner Kaste oder Subkaste bestimmt sind, kann er sogar bestimmte Phasen überspringen. Erfüllt er sie nicht, kann er zurückfallen. Für die Bestimmung der Kastenpflichten und Kastenrechte waren selbstverständlich die Gelehrten zuständig, die Brahmanen. Man könnte es ein fast perfektes System nennen, um die Verteilung der gesellschaftlichen Positionen der herrschenden Situation anzupassen. Diese Verbindung aus Diesseitigem und Jenseitigem ist nicht der einzige wichtige Unterschied zu einem nur diesseitig orientierten Klassensystem. Die höchste und einflußreichste Kaste gründete ihre Stellung nämlich nicht auf den Besitz materieller Güter, sondern lediglich auf den Intellekt. Die Brahmanen besaßen in der idealtypischen Einteilung keinerlei Grundbesitz. Das ursprüngliche Produktionsmittel, der Boden, war ganz im Besitz der 2. Kaste, der Kshatriyas.

Die Allianz zwischen diesen beiden Kasten dürfte einerseits den Kshatriyas die Rechtfertigung für ihren Besitz geliefert, andererseits den Brahmanen ein sehr privilegiertes Leben gesichert haben — auch ohne Grundbesitz. Im Konfliktfall zwischen den beiden Kasten dürften die Brahmanen den kürzeren gezogen haben. Im allgemeinen waren aber die Kshatriyas auf die Brahmanen zwingend angewiesen, um Macht und Herrschaft gegenüber der

<sup>2)</sup> Die Darstellung der antiken Geschichte beschränkt sich auf allseitig akzeptierte Fakten. Theoretische Überlegungen werden in der Formulierung deutlich gemacht.

überwältigenden Mehrheit von Vaishas und Sudras zu legitimieren. Diese beiden unteren Kasten mußten die Lebensmittel — im weitesten Sinne des Wortes — zumindest in jenem Überfluß produzieren, damit die Brahmanen und die Kshatriyas standesgemäß leben konnten. In der überlieferten Geschichte Indiens wird nicht ein Fall berichtet, wonach sich Angehörige der unteren Kasten dieser Macht, Herrschaft und Besitz so ungleich verteilenden Ordnung widersetzt hätten. Die Herrschaft hatte über die Definition der Aufgaben für die unteren Kasten und Subkasten ein hervorragendes Instrument in der Hand, jeder sichtbar werdenden Unzufriedenheit die Spitze abzubrechen. Dazu dürfte sie sich einer zusätzlichen Differenzierung in der Hierarchie bedient haben.

Materielle Reichtümer haben auch in der antiken indischen Gesellschaft, bei aller Ausrichtung auf ein jenseitiges Ziel, eine herausragende Rolle gespielt. Die regionalen Dyna-

stien haben zahlreiche Kriege gegeneinander geführt. Es hat mächtige und weniger mächtige Könige gegeben<sup>3)</sup>. An diesen Auseinandersetzungen um Macht und Besitz hatten die unteren Kasten nur mittelbaren Anteil. Vom Besitzstand der einzelnen Könige und Fürsten hingen auch ihre Lebensverhältnisse ab. Auf die Stellung der Kasten zueinander hatten diese kriegerischen Auseinandersetzungen keine Wirkung. Wahrscheinlich ist, daß innerhalb der Kasten Veränderungen stattgefunden haben. Diese innerindischen Kriege verhinderten nicht, daß sich an den Höfen große Reichtümer ansammelten. Bekanntlich fühlte sich Alexander der Große wegen dieser legendenumwobenen Reichtümer gedrängt, seine Beutezüge bis nach Indien auszudehnen. Indien hatte jedoch Glück, denn Alexanders Kräfte reichten nicht aus, den Plan in die Tat umzusetzen. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Produktivität und den Beutezügen soll hier nicht weiter vertieft werden<sup>4)</sup>.

## Einflüsse auf die soziale Gliederung während der islamischen Herrschaft

Etwa um das 8. Jahrhundert findet in der indischen Geschichte eine bedeutsame Zäsur statt. Zwischen dem 8. und 11. Jahrhundert wurde Indien wiederholt Opfer der Raubzüge aus Mittelasien kommender Heere, die in unregelmäßiger Regelmäßigkeit über den Khaiberpaß, den einzig möglichen Einfallweg kamen. Die bis dahin nur Beute machenden Fremden entschlossen sich, das Land zu erobern und eine islamische Fremdherrschaft in Indien zu errichten. Die erste Fremdherrschaft währte bis zur Kolonisation durch die europäischen Mächte, also bis zum 17. Jahrhundert.

Aus den Berichten über Indiens Geschichte wissen wir recht genau, wann wer was erbeutete. Es läßt sich daraus schließen, daß zumindest das nordwestliche Gebiet Indiens, das immer wieder Opfer der Beutezüge wurde, in der Lage gewesen sein muß, neue Reichtümer anzusammeln, die zu erbeuten sich lohnte. Wir wissen weiter, daß die damalige indische Gesellschaft einen hohen technologischen Standard hatte und die strategische Kunst der Kriegsführung ein Wissenschaftszweig war.

<sup>3)</sup> Einen guten Überblick über die indische Geschichte vermittelt: Fischer Weltgeschichte, Band 17, Indien, Frankfurt 1967.

<sup>4)</sup> Vorstellbar wäre, daß es Quellenmaterial gab, das nicht mehr existiert, oder das noch nicht aufgearbeitet ist. Für die Geschichtsschreibung war diese Fragestellung nicht relevant und ist es zum Teil wohl auch heute noch nicht.

Das führt folgerichtig zu der Frage, warum eine solche Gesellschaft sich nicht gegen die fremden Eindringlinge zur Wehr setzte. Die weite Entfernung und die Unwegsamkeit setzten den eindringenden Heeren zahlenmäßig eine Grenze. Außerdem kamen sie immer wieder über denselben Paß. Diese wichtige Frage haben die Geschichtsforscher nie gestellt. Dem Verfasser scheint die Erklärung für dieses Phänomen in der damaligen Sozialstruktur zu liegen. Für diese Annahme spricht auch die Legitimationsformel des Kastenwesens.

Die einzelnen hinduistischen Dynastien haben in Kämpfen gegeneinander immer wieder ihre Fähigkeit zur Verteidigung ihres Besitzstandes und zur Kriegsführung unter Beweis gestellt.

Sie hätten also an sich fähig sein müssen, die Beutezüge eindringender Fremder zu stoppen. Bei Unterlegenheit einer einzelnen Dynastie hätten sie gemeinsam gegen die Fremden kämpfen können. Vielleicht sind gerade diese innerindischen Auseinandersetzungen ein weiterer Grund dafür, warum es den Fremden so leicht fiel, das Gebiet auszurauben. Die Ausplünderung schwächte den davon Betroffenen, was wiederum für die Nachbarn von Vorteil sein konnte. In dieser Zeit scheint eine bewußte Politik des Teilens und Herrschens nicht notwendig gewesen zu sein. Die indischen Herrscher teilten und schwächten sich selbst.

Zu einer neuen Situation kam es im 11. Jahrhundert. Angeregt von den Berichten über die erfolgreichen Beutezüge in Indien entschlossen sich aus Mittelasien kommende Ausplünderer, das Land zu besetzen und den Nutzen der entwickelten Produktionskraft auszubeuten. Die geringe Verteidigungsbereitschaft muß auf sie ermutigend gewirkt haben. Daß die hier vorgelegte Theorie der Realität entsprochen haben kann, wird noch wahrscheinlicher, wenn der Zustand nach der Etablierung der ersten Fremdherrschaft vorgestellt wird. Aus den bereits erwähnten Schwierigkeiten können die Eroberer von ihrer Zahl her nicht stark gewesen sein. Bei den einzelnen indischen Feudalherrschern und deren brahmanischen Ratgebern dürfte es diesmal keinen Zweifel daran gegeben haben, daß die islamischen Fremdlinge nicht die Absicht hatten, das Land wieder zu verlassen. Selbst in dieser Situation war die indische Gesellschaft trotz ihres hohen technologischen Entwicklungsstandes nicht in der Lage, die Besetzer aus dem Land zu werfen. Die geschichtlichen Überlieferungen enden mit der Feststellung, daß dies nicht möglich war. Das Warum wird uns nicht berichtet. Es gibt keine Hinweise darauf, daß zu dieser Zeit die Produktivität stagniert hätte. Die europäische Suche nach einem Seeweg nach Indien weist eher auf das Gegenteil hin.

So sind wir wieder auf legitime Spekulationen angewiesen, um die fehlenden Glieder in den überlieferten Berichten logisch und plausibel zu schließen <sup>4)</sup>.

Die Errichtung der fremden Herrschaft erfolgte nicht in einem Zug. Über Jahrhunderte andauernde Auseinandersetzungen werden überliefert. Die hinduistische Kultur und das soziale Gliederungssystem hatten jedoch die Moslemherrschaft unverändert überdauert.

### **Das Kastensystem als soziales Gliederungssystem nutzt jeder Herrschaft**

Es ist kaum vorstellbar, daß die einheimischen Herrscher nicht versucht haben, die eigene militärische Macht zu maximalisieren. Das Kastensystem muß dafür aber eine unüberwindbare Schranke gewesen sein. Rekrutiert werden konnte für die Aufgabe der Verteidigung nur aus einer Kaste, aus der Kaste der Kshatriyas. Sie besaß auch allen Grund und Boden.

Die Art der gesellschaftlichen Beziehung der Kastengehörigen untereinander und zu den Angehörigen anderer Kasten ist streng geregelt. Hinzu kommt der jenseitige Bezug, der jenseitige Belohnung bei Verdiensten und jenseitige (und diesseitige) Bestrafung bei ritueller Verfehlung in Aussicht stellt. Das muß

es selbst in einer Krisensituation unmöglich gemacht haben, die Rolle der Kasten und ihrer Angehörigen umzuinterpretieren oder neu zu definieren. Selbst wenn mit Unterstützung der über das Geistige bestimmenden Kaste der Brahmanen ein solcher Versuch unternommen worden wäre, hätte er keine Chance auf Erfolg gehabt. Die Angehörigen der unteren Kasten hätten in einem solchen rigiden System nicht in die Kaste der Soldaten aufgenommen werden können.

Die berufliche Reglementierung der Kasten und Subkasten muß als unüberwindbare Barriere für die Rekrutierung von Soldaten gewirkt haben. Das Kastensystem muß es also den feudalen Herrschern von damals faktisch unmöglich gemacht haben, die Zahl der für sie Kämpfenden zu erhöhen.

Es ist deshalb wahrscheinlich, daß der Versuch, aus unteren Kasten zu rekrutieren, erst gar nicht unternommen worden ist. Für die herrschenden Dynastien muß der Gedanke näher gelegen haben, sich mit den fremden Herrschern zu arrangieren. Auf jeden Fall muß ihnen das 'sich arrangieren' weniger gefährlich erschienen sein, als das feste Gefüge der sozialen Gliederung zu lockern.

Auch heute ist das Kastenwesen nicht abgeschafft. Seine Existenz wird schlicht verdrängt. Durch Gesetz verboten wurde lediglich, jemanden aufgrund seiner Kastenzugehörigkeit zu diskriminieren. Wir werden noch durch empirisches Material nachweisen, wie sozialwirksam das Kastenwesen heute noch ist. An dieser Stelle soll vorerst nur die Analyse eines der scharfsinnigsten Denker des heutigen Indien zitiert werden. Er kommt aus einer ganz anderen Perspektive zu derselben Ansicht wie der Verfasser. Nirad C. Chaudhuri <sup>5)</sup> sagt: „Ich möchte das Kastensystem als Ganzes als eine soziale Organisation bezeichnen, die zur Ordnung, Stabilität und Regulation von Konkurrenz beiträgt. Diese Anmerkung möchte ich mit einem Rat an die ausländischen Reformer der Hindugesellschaft und ihrer Imitatoren unter den Hindus schließen: Lassen Sie ihre Zunge und ihren Federhalter weg vom Kastensystem. Wenn ich befürchten müßte, daß das Kastensystem in Indien durch dieses Gerede Gefahr liefe, zerstört zu werden, würde ich hinzufügen: Pulverisieren Sie bitte nicht eine Gesellschaft zu formlosen Staub, die über keine andere Kraft der Kohäsion verfügt. Aber, da gar keine Gefahr für das Kastenwesen besteht, sage ich nur: Machen Sie sich nicht selbst zum Narren.“

<sup>5)</sup> Nirad C. Chaudhuri, *The Continent of Circe*, Bombay 1965, S. 61 ff.



Eine Merkwürdigkeit des Kastensystems muß begriffen werden, um die damalige und auch die heutige Situation in Indien überhaupt begreifen zu können. Das Kastensystem hält die hinduistische Gesellschaft zusammen. Es verhindert gleichzeitig, daß sich in dieser Gesellschaft so etwas wie Solidarität entwickeln kann. Auch innerhalb der geschlossenen Gesellschaft der Subkaste gibt es für den einzelnen Angehörigen unterschiedliche Möglichkeiten, sich Verdienste für das Jenseits zu erwerben. Solche Verdienste können nicht für die gesamte Kaste, für die Subkaste oder gar für die Familie mit erworben werden. Sie sind nur dem einzelnen Individuum in Aussicht gestellt. Strenge rituelle Einhaltung der Kastepflichten muß daher für wichtiger gehalten werden als Solidarität untereinander, um gemeinsam Nachteile zu verhindern. So gesehen ist das Kastensystem wohl der genialste Entwurf, eine Gesellschaft mit sehr ungleicher Verteilung zu befrieden.

Die islamischen Eroberer waren auf zuverlässige einheimische Verbündete angewiesen; dafür bot sich als Weg, die aus dem Kastenverband wegen ritueller Verfehlung Verstoßenen zu konvertieren. Diese Konvertierung erfolgte ohne jede Gewalt, vielmehr auf einer sehr differenzierten Grundlage. Für die Verrichtung einfacher Verwaltungstätigkeit waren die Konvertierten aus den untersten Kasten

oder aus jenen Gruppen, die aus dem Kastensystem ausgestoßen waren, geeignet. Für die Wahrnehmung der komplizierten Verwaltungsausgaben mußten sie erst qualifiziert werden, und zwar in einem ihnen fremden politischen und kulturellen System. Je anspruchsvoller die Verwaltungsaufgabe, um so qualifizierter hatte die Ausbildung zu sein. Konvertierte aus den höheren Kasten gab es nur vereinzelt. Aber selbst zur Zeit der imperialen Herrschaft der Moguls war eine breit angelegte Konvertierung nicht notwendige Voraussetzung für die Stabilität der Herrschaft. Das Arrangement mit den hinduistischen Herrschern war der Regelfall. Deshalb blieb die Sozialstruktur nahezu unangetastet.

In den von den fremden Herrschern angebotenen Qualifikationsmöglichkeiten sahen nicht nur die Konvertierten, sondern zunehmend auch Hindus Aufstiegschancen im Hinblick auf den Erwerb materieller Güter. Die Chance zum Aufstieg ergab sich also außerhalb des Kastensystems.

Damit wurde erstmals die soziale Stellung des einzelnen nicht mehr ausschließlich von der Position seiner Kaste bestimmt, sondern seine Ausbildung in einem fremden System kam als zweites Kriterium hinzu. Das produzierte naturgemäß Widersprüche, die während der englischen Kolonialzeit noch stärker hervortraten.

## Die besondere Qualität der zweiten Fremdherrschaft

Die zweite Fremdherrschaft, die koloniale Herrschaft, war qualitativ etwas ganz anderes als die erste Fremdherrschaft über Indien. Die erste war eine Herrschaft von Fremden, die die Bevölkerung ausbeutete, Reichtümer akkumulierte, diese aber im Lande beließ. Die koloniale Herrschaft hingegen eroberte das Land, beutete es aus, blieb im Land aber nur mit ihrer Verwaltung präsent. Der akkumulierte Reichtum wurde in die Mutterländer verbracht.

Vasco da Gama entdeckte den Seeweg nach Indien 1497—98. Von dieser Zeit an bis zum 18. Jahrhundert führten Europas Mächte einen Zweifrontenkrieg um das Handelsmonopol mit Indien. Die Portugiesen waren die ersten europäischen Eroberer auf indischem Boden. Sie hatten sich gegen die wie sie katholischen Franzosen zu wehren. Ihnen folgten die protestantischen Niederländer und Engländer. Die Engländer blieben Sieger.

Die Erwähnung der Tatsache, daß es katholische und protestantische Kolonisatoren gab,

scheint deshalb angebracht, weil europäische und indische Gelehrte gern darüber spekulieren, wie wohl die Geschichte Indiens verlaufen wäre, wenn die katholischen Kolonisatoren die Sieger geblieben wären. Kein geringerer als Humayun Kabir<sup>6)</sup>, der bekannte indische Dichter und Philosoph, lange Zeit auch indischer Erziehungsminister, schreibt dazu: „Die Portugiesen versuchten, in Indien ein Imperium aufzubauen, und, weil sie große Bekehrer waren, die Menschen in ihren Territorien zu christianisieren. Gerade ihre Aggressivität ließ sie dabei scheitern. Und als die portugiesische Macht in Europa geschwächt wurde, verloren sie auch ihre dominierende Position in Asien. Der Einfluß ihrer Politik der Bekehrung zum Christentum hat jedoch Zeichen hinterlassen, die heute noch an der Westküste Indiens zu finden sind.“

<sup>6)</sup> Humayun Kabir, *Indian Philosophy of Education*, Bombay 1961, S. 193.

In seinem Buch ‚Asian Drama‘ hebt Gunnar Myrdal <sup>7)</sup> das besondere Anliegen der katholischen Kolonisatoren, der Spanier und Portugiesen, hervor: „Im Gegensatz zu den protestantischen Mächten, den Niederländern und den Engländern, die später auf der Szene erschienen, hatten sie (die Spanier und die Portugiesen) von Anfang an eine geplante Erziehungspolitik. . . . Der Staat und die zivilen Autoritäten erkennen die Vorrangigkeit der Kirche auf diesem Feld an und ihre Pflicht, diese Arbeit zu fördern und zu unterstützen. Päpstliche Bullen definieren vom Beginn der kolonialen Ära des 16. Jahrhunderts an die geographische Sphäre des Einflusses, in denen diese beiden katholischen Mächte angewiesen wurden, ihre Aktivitäten zu verstärken und die Heiden zum christlichen Glauben zu bekehren. Wichtig ist, daß diese Pflicht interpretiert wurde als zur Erziehung der Menschen notwendig — eine Politik, die kaum notwendig erschienen wäre, wenn politische Macht oder kommerzielle und fiskalische Ausbeutung das Hauptziel gewesen wären.“ Myrdal vertritt weiter die Ansicht, daß die protestantischen Kolonisatoren nicht an der Verbreitung der Erziehung und an der Verbreitung des Christentums, sondern nur an ihrem Geschäft interessiert gewesen seien. Er berichtet über häufige Auseinandersetzungen zwischen den Kaufleuten und den protestantischen Missionaren; daß die Missionare ohne viel Hilfe von den Kolonisatoren, ja sogar oft gegen deren erklärten Willen die Aufgabe der Verbreitung der Erziehung durchzusetzen versuchten. „Tatsächlich konnten die Missionare, die den Drang fühlten und entsprechend handelten, bestenfalls auf wohlwollendes Abseitsstehen der politischen Autoritäten hoffen. Oft wurden diese Aktivitäten als etwas Anstößiges oder politisch Gefährliches angesehen, dem Einhalt geboten werden mußte.“ <sup>8)</sup>

Die Portugiesen befanden sich in Indien auf fremden Boden. Wie schon vor ihnen die islamischen Eroberer suchten sie durch die Heranziehung einheimischer Kräfte das eroberte Gebiet zu konsolidieren. Diese Kräfte mußten in der portugiesischen Sprache im allgemeinen und in der Sprache der Kaufleute im besonderen unterwiesen werden. Erst dann waren sie im Interesse der neuen Herrscher verwertbar.

Die Portugiesen brachten zudem die europäische Erfahrung mit, daß eroberte Gebiete über den Weg der Glaubensbekehrung ihrer Menschen am leichtesten unter Kontrolle zu halten

<sup>7)</sup> Gunnar Myrdal, *Asian Drama*, The Penguin Press, 1968, S. 1632.

<sup>8)</sup> Ebd., S. 1637.

sind — eine Erfahrung, die die islamischen Eroberer nicht mit nach Indien gebracht hatten. Deshalb war ihr Eifer auch klein gewesen, die Bevölkerung zum Islam zu bekehren.

Die späteren protestantischen Kolonisatoren brauchten auf die Missionierung keinen großen Wert zu legen. Der frühe Kapitalismus hatte im Laufe von zwei bis drei Jahrhunderten qualitative Veränderungen erfahren. Er war in eine schon mehr pragmatische und rationale Phase eingetreten. Die Engländer hatten aus der Erfahrung der Portugiesen gelernt, daß Ubereifer in der Missionierung nicht nur Geld kostete. Insofern erwiesen sie sich als die besseren Analytiker der konkreten Situation. Sie fanden heraus, daß die hinduistische Aristokratie und Bourgeoisie gegen die islamische Vorherrschaft eingesetzt werden konnte.

Die erste Phase der britischen Kolonisation in Indien wird nicht durch Handel, sondern durch Raub charakterisiert. Percival Griffith, ein hoher Kolonialbeamter, belegt, daß während der Periode 1750 bis 1800 England einen jährlichen Plünderungs- und Raubgewinn von 100 bis 150 Millionen Goldpfund aus Indien herausgeholt hat. <sup>9)</sup> Um die Größe dieser Summe richtig einschätzen zu können, ist es notwendig zu wissen, daß um 1770 das britische Volkseinkommen nur 125 Millionen Pfund betrug <sup>10)</sup>.

Bereits in dieser Phase des Raubkolonialismus hatten die Engländer den Vorteil erkannt, den das Wissen über Kultur und Mentalität eines unterworfenen Volkes brachte. Die East Indian Company stellte deshalb auch Orientalisten in ihre Dienste, die sich jedoch nicht in allen Punkten mit den Ausbeutungsmethoden und -zielen identifizierten. So ergaben sich häufig konträre Einschätzungen über die konkrete Situation. Beide Seiten waren aber in der fremden Umgebung zu Kompromissen gezwungen. Die Orientalisten als Angestellte der Kolonisatoren verdienten zu gut, um aus der gegensätzlichen Auffassung Konsequenzen zu ziehen. Umgekehrt waren die Kolonisatoren auf die Mitarbeit dieser Leute angewiesen. Die Orientalisten forderten ein auf dem tradierten System aufbauendes Erziehungswesen. Die hinduistischen Fürsten und die Missionare forderten den Zugang von Indern zur westlichen Erziehung. So gerieten die Missionare in Konflikt mit der Kolonialverwaltung.

Gunnar Myrdal schreibt dazu <sup>11)</sup>: „Ihr Interesse die Masse zu erziehen, war bemerkenswert,

<sup>9)</sup> Percival Griffith, *The British Impact of India*, London 1952, S. 374 ff., 402 ff.

<sup>10)</sup> B. Hoselitz, *Capital Formation and Economic Growth*, Hrs. National Bureau Committee for Economic Research, Princeton 1955, S. 325.

<sup>11)</sup> Gunnar Myrdal, a. a. O., S. 1637.

berücksichtigt man, wie wenig die Kirche in ihren Heimatländern unternahm, um diese Aufgabe zu erfüllen."

Bemerkenswert ist ferner, daß auch der indische Gelehrte Humayun Kabir zu keinem anderen Ergebnis als Gunnar Myrdal kommt. „Einige Versuche wurden im dritten Viertel des 18. Jahrhunderts unternommen, um Schulen nach dem Modell von Europa zu errichten. Es waren in vielen Fällen Versuche von Missionaren und aufgrund von privater Initiative, wenn auch der Staat einige Maßnahmen ergriffen hat, um die englische Erziehung in den darauf folgenden Dekaden des Jahrhunderts einzuführen." <sup>12)</sup>

Nach Beendigung der Raub- und Plünderungsphase wurde 1835 endgültig entschieden, ein Erziehungssystem nach englischem Muster aufzubauen. Die Gründe, warum die privilegierten Hindus Wert auf die englische Erziehung legten, begründet Margaret Cormack: „Zu Beginn war der neue westliche Gott willkommen, weil das hinduistische Indien sich auf dem niedrigsten Stand der Ebbe befand. Sanskrit wurde als veraltet verschrien, degenerierter Hinduismus als Aberglaube betrachtet. Indien schien nicht in der Lage zu sein, aus dem desorganisierten Chaos herauszukommen und suchte nach neuen Winden. Möglicherweise konnten die westlichen Winde Indien zu einer Säuberung verhelfen." <sup>13)</sup>

Ein Vorkämpfer für die Einführung des englischen Erziehungssystems in Indien war Lord Macaulay. Indische Gelehrte waren damals und sind noch heute voller Lob über Macaulays Beitrag zur Erziehung in Indien. Humayun Kabir schreibt <sup>14)</sup>: „Er formulierte eine definitive Erziehungspolitik, die das Ziel hatte, westliche Lebensart in Indien einzuführen. Macaulay war überzeugt, daß westliche politische Ideen, basierend auf konstitutioneller Regierungsform, Rechtsstaatlichkeit und individueller Freiheit, Werte waren, die in Indien nicht nur eingeführt werden sollten, sondern auch konnten.“ Weiter schreibt Kabir: „Er (Macaulay) hoffte, daß im Laufe der Zeit die sozialen, moralischen und politischen Ideen Europas in Indien reproduziert werden und in Indien eine Situation schaffen würden, um das britische Joch abzuschütteln.“

Macaulay meinte jedoch durchaus nicht das, was seine Bewunderer meinten glauben zu können. 1835 hat Macaulay die Leitlinie seiner erziehungspolitischen Konzeption so darge-

legt: „Wir müssen im Augenblick alles tun, um eine Klasse zu formieren, die Vermittler werden könnte zwischen uns und den Millionen von Menschen, über die wir herrschen; eine Klasse von Personen, Inder in Blut und Farbe, aber englisch im Geschmack, in den Meinungen, in den Moralvorstellungen und im Intellekt." <sup>15)</sup>

Die positive Deutung der Pläne von Macaulay ist also unverständlich, da seine Pläne darauf abzielten, die Inder vollständig zu entwurzeln. Verständlich ist, daß Macaulay als Engländer dieses Ziel verfolgte. Daß indische Gelehrte und Politiker die Absichten Macaulays nicht erkennen können, ist bezeichnend für die Bewußtseinslage der indischen Gelehrten und Politiker.

Die erziehungspolitischen Diskussionen vermitteln allein noch kein klares Bild über die den Erziehungsinstitutionen zugedachte Rolle im Gesamtplan. Denn die Durchsetzung der gefällten Entscheidungen war von Finanzmitteln abhängig, über die die Träger der Erziehungsinstitutionen nicht selbst verfügten. In seinem Buch ‚Entdeckung Indiens‘ beschreibt Nehru <sup>16)</sup> eindrucksvoll, wie die Dorfgemeinschaft, die während der islamischen Fremdherrschaft Träger der hinduistischen Tradition geblieben war, als Folge der Kolonialpolitik zerstört wurde. Die wirtschaftlich fast autarke Dorfgemeinschaft paßte nicht in die Konzeption des neuen Kapitalismus. Die Basis dieser Dorfgemeinschaft, das dörfliche Gewerbe, mußte verschwinden.

Ähnlich wie den Dorfgemeinschaften erging es der gesamten indischen Wirtschaft. Zahlreiche Untersuchungen belegen, daß die wirtschaftliche Entwicklung Indiens im 17. und 18. Jahrhundert wesentlich fortgeschrittener war als die Englands <sup>17)</sup>. Es ist wahrscheinlich, daß die industrielle Revolution in England ohne die Auspowerung Indiens nicht stattgefunden hätte. Die These von Max Weber, daß der protestantische Calvinismus der Motor der industriellen Revolution in Europa gewesen sei, ist deshalb unscharf. Eine industrielle Revolution hätte in Indien ebenso stattfinden können, wenn es nicht in seiner Entwicklung gewaltsam gestoppt worden wäre: „Im 18. Jahrhundert hatte Indien einen hohen Entwicklungsstand der vorindustriellen Entwicklungsphase erreicht. Die Landwirtschaft war genügend entwickelt, um eine relativ große

<sup>12)</sup> Speeches by Lord Macaulay with his Minutes of Indian Education, Hrs. von G. M. Young, Oxford University Press, London 1935, S. 359.

<sup>13)</sup> Jawaharlal Nehru, Entdeckung Indiens, Deutsche Ausgabe, Berlin 1959, S. 394.

<sup>14)</sup> Prodosh Aich, Die friedliche Revolution Indiens, in: Sozialer Fortschritt, H. 4, Jg. 9, 1960, S. 88 ff.

<sup>12)</sup> Humayun Kabir, a. a. O., S. 193.

<sup>13)</sup> Margaret Cormack, She who rides a Peacock, Indian Students and Social Change, Bombay 1961, S. 12.

<sup>14)</sup> Humayun Kabir, a. a. O., S. 193.

Zahl nicht-landwirtschaftlicher Arbeiter ernähren zu können. Es gab hochqualifizierte Eisen-, Stahl- und Textilhandwerker, Schiffsbauer und Metallhandwerker. Indien erzeugte nicht nur Fertiggüter für den eigenen Bedarf, sondern auch für den Export. Sein wirtschaftlicher Reichtum wurde seit Jahrhunderten von Bankkaufleuten und Fürsten kontrolliert, die den Überschuß der Produktion in bezug auf den Konsum in Form gehorteter Gold- und Silberschätze abschöpften. Dieser Reichtum war also genügend konzentriert, um eine potentielle Quelle für Investitionsgelder zu bilden. Die Vorräte Indiens an hochwertiger Kohle und an Eisen lagen recht nahe beieinander. Warum hat diese Kombination ganz offensichtlich günstiger Umstände nicht zu einer bestimmten wirtschaftlichen Entwicklung geführt, die es vermocht hätte, in einem immer schnelleren Rhythmus einen wirklichen Fortschritt zu erzielen? Trotz der Komplexität und der Anomalie der Situation ist die Antwort einfach. Die kolonialen Verhältnisse haben die wirtschaftliche Entwicklung Indiens in bestimmter Hinsicht an untergeordnete Stelle gerückt und in anderer Hinsicht verhindert." <sup>18)</sup>

Wie zielbewußt und systematisch dies geschah, mag die folgende Beschreibung deutlich machen. Die Kolonisatoren waren zahlenmäßig nicht stark. Deshalb bemühten sie sich, die eigene Macht auf die feste Grundlage der traditionellen Herrschaftsstruktur zu stützen. Durch eine Mischung aus Diplomatie, Bestechung, Drohung und Gewalt etablierten sie ihre Herrschaft. D. A. Low geht in einer Analyse der Frage nach, wie es möglich war, daß eine so geringe Zahl von Menschen Millionen anderer unter Kontrolle halten konnte <sup>19)</sup>. Er findet in seiner Analyse ein differenziertes Instrumentarium, mit dessen Hilfe sich die britischen Herrscher in Ostafrika etablieren konnten. Genau dieselbe Analyse dürfte auch für Indien gültig sein.

„Die Vertreter der Ostindischen Kompanie“ schreibt Edward Thomson <sup>20)</sup>, „setzten jetzt die Fürsten ein, die sie dem Chaos entrissen hatten, in das sie versunken waren. Diese so aufgegebenen und eingesetzten ‚Fürsten‘ waren ebenso hilflos und verlassen wie irgend eine Macht seit der Erschaffung der Welt. Hätte die britische Regierung nicht interveniert, dann hätte die Zukunft der Rajputenstaaten nur den

<sup>18)</sup> Helen B. Lam, in: Kuznets, Moore und Spengler, *Economic Growth: Brazil, India, Japan*, Durham 1955, S. 464 ff.

<sup>19)</sup> D. A. Low, *Der zum Sprung ansetzende Löwe*, in: Rudolf von Albertini: *Moderne koloniale Geschichte*, Köln—Berlin 1970.

<sup>20)</sup> Edward Thomson, *The Making of Indian Princes*, London 1943, S. 270—271.

Untergang und den Marathenstaaten nur die Auflösung gebracht. Staaten wie Oudh und die Gebiete des Nizam führten nur eine Scheinexistenz. Sie erhielten allein durch den Atem, den ihnen die Schutzmacht einblies, den Anschein von Leben.“ Nehru zitiert hierzu den Butler-Ausschuß, wo es noch präziser heißt: „Es entspricht nicht den geschichtlichen Tatsachen, daß die indischen Staaten unabhängig waren, als sie mit der britischen Macht in Berührung kamen. Einige wurden gerettet, andere von den Briten geschaffen.“ <sup>21)</sup> 1947, als Indien nach der Teilung unabhängig wurde, erhielten auch die 601 fürstlichen Staaten des indischen Subkontinents ihre Unabhängigkeit.

Das von den Engländern praktizierte ‚Teile und Herrsche‘ benachteiligte zunächst den islamischen Bevölkerungsteil. Damit wurde die Loyalität des hinduistischen Teils erkaufte. Nehru bemerkt: „Die britische Regierung hatte sie bewußt viel stärker unterdrückt als die Hindus. Diese Unterdrückung hatte besonders jene Teile der Moslems beeinflusst, aus denen sich die neue Klasse, die Bourgeoisie, hätte entwickeln können.“ <sup>22)</sup> In der späteren Phase jedoch, als die hinduistische Bourgeoisie ihnen die Macht in Indien streitig machte und die Unabhängigkeitsbewegung organisierte, wurde der hinduistische Teil stärker als die Moslems unterdrückt.

Betrachtet in diesem Licht, bewertet Nehru das Resultat der Erziehungspolitik: „Die englisch erzeugten Angehörigen der freien Berufe und des Staatsdienstes bildeten eine neue Klasse, die sich über ganz Indien verbreiten sollte, eine Klasse, die unter dem Einfluß des Denkens und der Lebensweise des Westens stand und von der Masse der Bevölkerung ziemlich isoliert war.“ <sup>23)</sup>

### Komplizierung des sozialen Gliederungssystems durch die Kolonialpolitik

Aus dieser Darstellung wird deutlich, daß sich der zweite Faktor für den sozialen Aufstieg (der erste war die Konvertierung) während der englischen kolonialen Herrschaft weit stärker entwickelte. Da die überlieferte Privilegienstruktur völlig intakt war, konnte diese Möglichkeit des Aufstiegs durch Ausbildung für die koloniale Verwaltung nur von Angehörigen der feudalen und bürgerlichen Gruppierungen in Anspruch genommen werden. Das brachte für die Kolonialverwaltung nicht nur den Vorteil einer reibungslos funktionierenden Verwaltung. Es ergaben sich daraus auch

<sup>21)</sup> Jawaharlal Nehru, a. a. O., S. 405.

<sup>22)</sup> Jawaharlal Nehru, ebd., S. 452.

<sup>23)</sup> Ebd., S. 417.

Probleme. Dieser Zugang zur kolonialen Ausbildung war eine Art Beteiligungsmodell, das eine eigene Dynamik entfaltete. Die so Beteiligten suchten nach für sie noch nützlicheren Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Eigendynamik aus parallelen Interessen wird deutlich in der Rede von Allen Octavian Hume, eines bekannten Kolonialbeamten. Er hielt sie anlässlich der Gründung des Indian National Council im Jahre 1883 vor den Graduierten der Universität Kalkutta. „Wenn nur 50 gute und wahrhafte Männer als Gründer gefunden werden könnten, dann könnte die Sache gestartet werden und die weitere Entwicklung wäre verhältnismäßig leicht. Falls Sie, die geeigneten Gründer, die am besten Ausgebildeten der Nation, nicht in der Lage sind, persönliche Bequemlichkeit und egoistische Zielsetzung aufzugeben, um einen resoluten Kampf für die Sicherstellung größerer Freiheit für Sie und Ihr Land zu beginnen, für eine mehr unvoreingenommene Verwaltung, für einen größeren Teil der Verwaltung eigener Angelegenheiten, dann haben wir, Ihre Freunde, Unrecht und unsere Gegner haben Recht. Dann sind die edlen Bestrebungen Lord Rippons für Ihr Wohl fruchtlos und träumerisch. Dann sind im Augenblick alle Hoffnungen auf Fortschritt am Ende und Indien wünscht weder wirklich eine bessere Verwaltung, als es sie im Augenblick hat, noch verdient es sie.“<sup>24)</sup>

Der Appell dieses englischen Kolonialbeamten hatte Erfolg. Aus dem Indian National Council wurde 1885 der Indian National Congress. Im Verlauf seiner Geschichte haben sich einige Gruppierungen von ihm abgespalten. Bis März 1977 war er die regierende Partei Indiens. Eine Randbemerkung zur Charakterisierung seiner Mitglieder: Zu seiner ersten Sitzung im Dezember 1885 erschienen sämtliche Teilnehmer im Frack. Aus diesem Verein für mehr Selbstverwaltungsrechte entwickelte sich schrittweise, von Rückschlägen unterbrochen, folgerichtig eine Bewegung für die nationale Unabhängigkeit.

Das Modell der Beteiligung war ein Beteiligungsmodell der kolonialen Verwaltung. Die Selbstverwalter waren Produkte der Erziehungsideologie von Lord Macaulay. Sie wurden die politischen Führer, die nach Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes im britischen Parlament die Aufgabe der Selbstverwaltung offiziell und feierlich übertragen erhielten. Sie hatten gemeinsame soziale Merkmale: Angehörige der höheren Kasten, Besitz von Grund und Boden, Einfluß auf das Handelskapital.

<sup>24)</sup> Zitiert in: S. S. Dikshit, *Nationalism and Indian Education*, Delhi 1966, S. 136 ff.

Diese Gruppe der politischen Führung bezeichnet der schon erwähnte Kritiker Chaudhuri als „dominierende Minderheit“: „Sie (die dominierende Minderheit) wird konstituiert durch die Hindus der anglierten oberen Mittelklasse und ist somit ein Ableger oder eine besondere Sorte der Hinduart ... Ihre Angehörigen stehen in der Vorderfront eines jeden Feldes menschlicher Aktivität — politischer, wirtschaftlicher, kultureller — sofern überhaupt von so etwas wie Aktivität im gegenwärtigen Indien gesprochen werden kann ... Inwiefern ist auf diese Klasse Verlaß, die Modernisierung Indiens zu vollenden, die in Wirklichkeit nur Verwestlichung bedeutet ...?“<sup>25)</sup>

An dieser Charakterisierung der „dominierenden Minderheit“ sind keine Abstriche zu machen. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß im unabhängigen Indien weder an der Struktur noch an den Lerninhalten der von der Kolonialverwaltung eingerichteten Erziehungsinstitutionen etwas geändert worden ist, trotz der wiederholten Forderungen prominenter Politiker. Die heutigen Absolventen der höheren Schulen und der Hochschulen werden nach denselben Wertvorstellungen ausgebildet und geprägt.

Daß sich am Geiste der kolonialen Verwaltung der Erziehungsinstitutionen nichts geändert hat, zeigt die Feststellung Naiks: „Die früheren ‚Polizei‘-Traditionen der Verwaltung (d. h. während der britischen Herrschaft) dominieren heute noch die indische Szene, wenn auch unter anderen Gegebenheiten.“<sup>26)</sup>

In dem monumentalen Bericht der Education Commission wird gefordert, „die ungeplante und unkontrollierbare Expansion der allgemeinen sekundär und höheren Erziehung einzuschränken.“ Nicht aus Einsicht und durch eine alternative Konzeption, sondern aus Angst, wie der Nachsatz zeigt: „... wenn massive akademische Arbeitslosigkeit verhindert werden soll.“<sup>27)</sup>

Einen weiteren Beweis dafür, daß sich die Zugangschancen zur höheren Ausbildung als der Schlüssel zum sozialen Aufstieg nach wie vor an der alten Privilegienstruktur orientiert, liefert das empirische Material, das der Verfasser 1966/1967 erhoben hat<sup>28)</sup>. Diese Daten be-

<sup>25)</sup> Nirad Chaudhuri, *The Continent of Circe*, Bombay 1966, S. 338.

<sup>26)</sup> J. P. Naik, *Educational Planning in India*, New Delhi 1965, S. 39.

<sup>27)</sup> Report of the Education Commission 1964—1966, Government of India, Ministry of Education, New Delhi 1966, S. 97.

<sup>28)</sup> Der Verfasser hat 1966/67 eine Befragung von 1430 Studenten an den Universitäten Delhi, Jadavpur, Jaipur und Kalkutta durchgeführt, die sich im letzten Halbjahr ihrer Ausbildung befanden.

legen, daß auch nach 20 Jahren Unabhängigkeit die kolonialen Privilegien, was den Zugang zur Universität angeht, voll erhalten sind. Da das Bildungswesen bis heute keine grundlegenden Veränderungen erfahren hat, dürften die Ergebnisse dieser Erhebung nach wie vor gültig sein. Diese Ergebnisse zeigen, daß für den Zugang zur Universität die folgenden sozialen Merkmale maßgebend sind: Zugehörigkeit zu höheren Kasten, Besitz, Vermögen, Einkommen, Bildung, städtische Herkunft<sup>29)</sup>. Das empirische Material belegt auch, daß diese sozialen Merkmale schon in der Generation der Großväter der Befragten bestanden. Anzunehmen ist, daß sie noch weiter hätten zurückverfolgt werden können.

In Indien leben 50 % der Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Die Armutsgrenze wird bei etwa 20 Rupien pro Monat angesetzt, zu Preisen des Jahres 1960. Diese beiden Zahlen machen deutlich, wie privilegiert die väterliche Generation der Befragten gewesen ist, die eine Ausbildung an der Universität erhalten hatte. Mehr als 84 % hatten ein Einkommen von 1 000 Rupies und mehr, wohingegen nur 0,4 % ein monatliches Einkommen von 250 Rupies hatten. Nicht nur in der Generation der Befragten waren Besitz und Einkommen Voraussetzung für eine höhere Bildung. Diese Min-

derheit verschafft sich nicht nur Zugang zur Universität, sondern zu allen Funktionen der Gesellschaft, vor allem Zugang zur politischen Macht.

Nicht nur in Indien ist die Interessenlage der städtischen Bevölkerung eine andere als die der ländlichen Bevölkerung. Die Interessenlage der Gruppe, die durch die Geschichte hindurch den Grund und Boden in Besitz hatte, ist eine andere als die der landlosen Bauern. Die Interessenlage der Gruppe, die tradiert Zugang zur höheren Ausbildung hatte, ist eine andere als die der 70 % Analphabeten. Die Interessenlage der städtischen Bürger ist eine andere als jener, die unter dem Existenzminimum leben. Die Besitzer von Grund und Boden haben andere Interessen als die Besitzer der industriellen Produktionsmittel und des entstehenden städtischen Bürgertums (Handel und Dienstleistungen)<sup>30)</sup>.

Es ist wahrscheinlich, daß diese Interessensätze für die Abspaltungen und für die Neugründung von Parteien mehr bestimmend sind als ideologische Ausrichtungen. Die große Masse der Bevölkerung, die nicht nur Analphabeten sind, sondern auch besitz- und rechtlos, hat keine Vertretung in den politischen Parteien in dem Sinne, daß sie entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke vertreten sein könnte.

## Entwicklung des Kastensystems zu einem Kasten-Klassen-System

Vor einer Analyse der aktuellen politischen Ereignisse ist es sinnvoll, zu klären, warum es im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Dritten Welt, trotz der krassen sozialen Gegensätze, in Indien keine organisierte Auseinandersetzung zwischen Besitzenden und Besitzlosen gegeben hat. Die Erklärung liegt in dem immer noch intakten Kastensystem.

Der die Differenzierung in Subkasten auslösende materielle Faktor veränderte das Kastensystem wesentlich. Damit kommen Interessen und deren Durchsetzung ins Spiel, die nicht jenseits dieser Welt liegen, sondern diesseitige, reale sind. Das schafft auch die Voraussetzung für die Entstehung eines Klassensystems. Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die horizontale Mobilität, beeinflusst das Kastensystem ebenfalls. Sie berührt die nach wie vor als Regel praktizierte Endogamie. Die Namen der Kasten unter-

scheiden sich von Region zu Region. Insbesondere die Subkasten legten sich selbst gewählte Namen zu. Gefördert wird diese Namensvielfalt von den unterschiedlichen Sprachen. Heute ist es eine ‚Wissenschaft‘, will man genau ausmachen, welche ostindische Subkaste welcher nordwestlichen und südindischen entspricht. Nur für zwei Kasten besteht diese Schwierigkeit so gut wie nicht. Unstrittig ist, daß die Brahmanen die oberste Kaste und die Kastenlosen die allerunterste bilden. Von vielen Theoretikern wird übersehen, daß die Kastenlosen ein integraler Bestandteil des Kastensystems sind. Die größte Schwierigkeit, die gesellschaftliche Stellung einzelner Subkasten zu bestimmen, besteht in der Mitte.

Bedingt durch die beiden Fremdherrschaften hat noch ein dritter Faktor das Kastensystem beeinflusst, die politische Macht. Er führte zu einer weiteren Verwirrung des ohnehin komplizierten Kastensystems. Unter den Wissenschaftlern gibt es drei unterschiedliche Auffassungen darüber, wie das heutige Gliederungssystem zu interpretieren wäre. Die eine Gruppe meint, daß mit der modernen Ent-

<sup>29)</sup> Prodosh Aich, Wer hat Zugang zur indischen Universität, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 3, H. 2, 1974, S. 111–137.

<sup>30)</sup> Prodosh Aich, Die parteipolitische Situation in Indien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 12, H. 12, 1961, S. 710.

wicklung der Volkswirtschaft und mit der industriellen Entwicklung das Kastensystem verdrängt werden wird. Denn industrielle Arbeit und rituelle Reinheitsvorschriften schlossen sich gegenseitig aus.

Die zweite Gruppe meint, daß die Ablösung des Kastensystems von einem Klassensystem nicht als ein durchgehender Prozeß verlaufen wird. Dieser Prozeß würde unterschiedlich je nach der Stellung in der Kastenhierarchie erfolgen. Nachdem sich die Angehörigen der höheren Kasten die westlichen Normen angeeignet haben, sich also schon mehr als einen Teil eines Klassensystems begreifen, würden die unteren Kasten durch die Aneignung der Normen der höheren Kasten einen Aufstieg im Kastensystem anstreben. Srinivas meint, daß einmal ein Prozeß der ‚Westernisierung‘ und zum anderen ein Prozeß der ‚Sanskritisierung‘ stattfindet<sup>31)</sup>. Diese beiden Begriffe sind zu abstrakt. Sie stehen für die folgenden konkreten Sachverhalte: Sanskritisierung bezeichnet die Tatsache, daß sich Angehörige der unteren Kasten zunehmend an den rituellen Verhaltensweisen orientieren, wie sie den Angehörigen der höheren Kasten vorgeschrieben sind. Durch die Übernahme der den höheren Kasten vorgeschriebenen Verhaltensformen versuchen sich also Angehörige der unteren Kasten innerhalb ihrer Kaste ein höheres Ansehen zu verschaffen. Westernisierung soll bedeuten, daß die Angehörigen der oberen Kasten sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung vom Kastensystem entfernen und sich selbst in ein Klassensystem einordnen.

Die dritte Gruppe beobachtet eine parallele Existenz von Kastensystem und Klassensystem im weltlichen und im rituellen Bereich. Für alle drei Interpretationen ließen sich plausible Begründungen finden. Nur ist die Realität wesentlich komplizierter als diese drei Erklärungsmuster. Die Komplexität rührt daher, daß z. B. der soziale Aufstieg sowohl eine individuelle als auch eine kollektive Komponente hat; diese beiden sind nicht voneinander zu trennen. Der soziale Aufstieg einzelner Angehöriger einer Subkaste hebt die kollektive Identität der gesamten Subkaste in einer überschaubaren Region.

#### Das Kasten-Klassen-System im Bewußtsein der ‚dominierenden Minderheit‘

Der rituelle Bereich, der auch im sozialen Umgang wirksam wird, verhindert das Sichtfernen einzelner von ihrer Subkaste. Diese Bindung vermindert ferner die Intensität der In-

teressengegensätze zwischen den Besitzenden und Besitzlosen einer Subkaste, selbst wenn sich ihre materielle Situation kraß voneinander unterscheidet. Wie wirksam das Kastensystem im Bewußtsein auch der ‚dominierenden Minderheit‘ ist, belegen folgende Daten unserer Untersuchung. Die Studenten wurden gefragt, welcher Religion und welcher Kaste sie angehören. Beide Fragen wurden offen gestellt. Die Antworten auf die zweite Frage wurden in drei Kategorien klassifiziert: Nennung einer Kaste, Verneinung der Kastenexistenz, keine Angabe. Die folgende Tabelle zeigt die gegebenen Antworten<sup>32)</sup>:

*TABELLE 1: Kastenzugehörigkeit/  
Religionszugehörigkeit*

Anzahl	in vH		
	Nennung einer Kaste	Verneinung einer Kastenexistenz	keine Angabe
Hinduismus	1 261 89,7	9,4	1,0
Islam	24 50,0	45,8	4,2
Buddhismus	2 —	—	—
Jainismus	63 27,0	73,0	—
Christentum	20 25,0	60,0	15,0
andere	34 64,7	26,5	8,8
überkonfessionell	10 30,0	60,0	10,0
keine Angaben	8	—	—

Daß auch privilegierte Moslems und Christen, deren Religion keine Kasteneinteilung kennt, sich einer Kaste zuordnen, beweist, daß trotz Konvertierung eine soziale Gliederung nach Kasten im täglichen Leben nach wie vor existent ist.

Im Fragebogen folgte unmittelbar danach eine 6stufige abstrakte Kastenskala, auf der die Befragten die Position ihrer eigenen Kaste einzuordnen hatten. Die Absicht war, den Befragten nicht nur eine Kastenskala vorzulegen, sondern sie zuvor den Namen der eigenen Kaste nennen zu lassen. Dies einmal, um der subjektiven Einschätzung auf der Kastenskala die Prestigegeladenheit zu nehmen und andererseits, um nachträglich eine korrigierte Kastenskala anfertigen zu können. Bereits vorher waren die Befragten aufgefordert worden, die Klassenzugehörigkeit ihrer Eltern auf einer 6stufigen Klassenskala einzuordnen, und zwar einmal in bezug auf das soziale Ansehen und zweitens in bezug auf Besitz und Einkommen. Die elterliche Klassenzugehörigkeit korreliert jeweils hoch mit der 6stufigen Kastenskala. Jeweils 68 % der oberen Oberklasse

<sup>31)</sup> M. N. Srinivas, *Caste in Modern India*, Bombay 1962, S. 8 ff. und S. 42 ff.

<sup>32)</sup> Prodosh Aich, *Wer hat Zugang zur indischen Universität?* in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 3, H. 2, 1974, S. 136.

gehören nach der subjektiven Einschätzung der Befragten zu der oberen Oberkaste der Kastenskala.

Der subjektiven Zuordnung auf der 6stufigen Kastenskala haben wir eine korrigierte Kastenskala gegenübergestellt. Durch die Angabe des Kastennamens war es uns möglich, die

Brahmanen zur Oberkaste zuzuordnen und alle jene zur Mittelkaste, die nicht Brahmanen waren und auch eindeutig nicht der untersten Kaste zugeordnet werden konnten. Die Kategorie der untersten Kaste bedeutet nicht kastenlos. Die beiden folgenden Tabellen zeigen die Ergebnisse <sup>33)</sup>:

TABELLE 2: Elterliche Klassenzugehörigkeit in bezug auf soziales Ansehen / korrigierte Kastenskala

	Anzahl	obere	untere	obere	untere	obere	untere
		Oberkaste	Oberkaste	Mittelkaste	Mittelkaste	Unterkaste	Unterkaste
in vH							
Oberkaste	207	15,9	8,2	59,9	13,9	1,9	1,0
Mittelkaste	574	19,5	13,9	62,5	3,7	0,2	0,2
Unterkaste	366	26,8	9,6	57,7	5,7	0,3	—

TABELLE 3: Elterliche Klassenzugehörigkeit in bezug auf Besitz und Einkommen / korrigierte Kastenskala <sup>34)</sup>

	Anzahl	obere	untere	obere	untere	obere	untere
		Oberkaste	Oberkaste	Mittelkaste	Mittelkaste	Unterkaste	Unterkaste
in vH							
Oberkaste	206	1,9	6,8	56,8	29,1	3,4	1,9
Mittelkaste	572	4,9	9,4	69,9	14,0	0,7	1,0
Unterkaste	365	3,6	7,9	67,7	17,5	1,9	1,4

Die unterschiedlichen Ergebnisse in den Bezügen, soziales Ansehen und Besitz weisen darauf hin, daß sich die tradierte Struktur des sozialen Ansehens gewandelt hat. Die Hereinnahme materieller Faktoren für die Bestimmung des sozialen Ansehens ist dafür die Ursache. Bemerkenswert ist der Anteil der Brahmanen — die ja traditionell nicht an materiellen Gütern orientiert waren und sich erst wäh-

rend der Fremdherrschaften umorientierten —, die sich auf der Skala der Klassenzugehörigkeit in bezug von Besitz und Einkommen bis zu 65 % den oberen Klassen zuordnen.

Für die Beurteilung des Kastensystems bringt der Vergleich der subjektiven Zuordnung auf der Kastenskala mit der korrigierten Kastenskala das bemerkenswerteste Ergebnis.

TABELLE 4: Korrigierte Kastenskala / Kastenskala

	Anzahl	obere	untere	obere	untere	obere	untere
		Oberkaste	Oberkaste	Mittelkaste	Mittelkaste	Unterkaste	Unterkaste
in vH							
Oberkaste	202	12,4	13,4	47,0	11,9	10,9	4,5
Mittelkaste	572	27,6	32,3	36,5	2,6	0,9	0,0
Unterkaste	371	88,9	4,6	5,9	0,5	0,0	0,0

89 % der Befragten, die nach der korrigierten Skala zur Unterkaste gehören, ordnen sich selbst in die obere Oberkaste ein. Von den Brahmanen tun das dagegen nur 12 %, obwohl sie eindeutig zur oberen Oberkaste gehören. Dieses Ergebnis ist nur auf den ersten Blick verwirrend. Die Lösung des Rätsels liegt darin, daß die Stellung der Brahmanen im Kastensystem als die höchste so allseitig akzeptiert ist, daß sie ein dementsprechendes Kastenbe-

wußtsein entwickelt und deshalb lediglich die Position der eigenen Subkaste innerhalb der Brahmanenkaste auf der Skala angegeben haben. Die Einordnung der 89 % könnte man demonstrativ nennen. Je niedriger die Position der eigenen Subkaste im alten Kastensystem und je höher die Position im neuen integrierten Kasten-Klassen-System, um so stärker ist die Tendenz, diese Position auch auf der Kastenskala auszudrücken. Das ist ein deutlicher Hinweis auf den Umfang, in dem in Indien ein kollektiver Kasten-Klassen-Kampf

<sup>33)</sup> Prodosh Aich, ebd., S. 114—115.

<sup>34)</sup> Prodosh Aich, ebd., S. 115.



im Gange ist. Von den Soziologen und Ethnologen wird das zumeist übersehen, weil sie Kasten und Klassen getrennt betrachten; von den Politikern wird dies systematisch verdrängt, weil sie gelernt haben, im Kastensystem das Hauptübel der indischen Gesellschaft zu sehen.

Unsere Daten bestätigten eine Feststellung, die Dafinn Sievertsen 1963 in seiner Studie eines indischen Dorfes beschreibt<sup>35)</sup>. Auf die tradierte Struktur der Kastenhierarchie wirken Einflüsse von außen ein; mit der Veränderung

der ökonomischen Situation wird die tradierte Gliederung in Frage gestellt und die Hierarchie neu geordnet. Größere wirtschaftliche Erfolge ergeben neue Möglichkeiten des Einflusses, der sich auch im Anstieg des sozialen Ansehens ausdrückt.

Ein letzter Hinweis noch auf die Wirksamkeit der vom Kastensystem geprägten Verhaltenserwartung. 56 % jener Befragten, die vorher die Existenz eines Kastensystems verneint hatten, würden sich nur für einen Ehepartner aus der gleichen Kaste entscheiden.

## Zur Interessenlage der indischen Gesellschaft

Wir haben für die ‚dominierende Minderheit‘, der die indischen Politiker fast ausnahmslos entstammen, zwei besondere Merkmale herausgefunden. Das war möglich durch das Aufzeigen, welche Rolle diese Minderheit im Bildungswesen gespielt hat und spielt, und weiter, welche Positionen sie im Kastensystem einnahm und im Kasten-Klassen-System einnimmt. Die ‚dominierende Minderheit‘ ist die Minorität der besitzenden und gebildeten Inder. Politische Ereignisse, insbesondere die nach der Unabhängigkeit und die aus jüngster Zeit, betreffen unmittelbar nur sie. Erst vermittelt betreffen sie auch die übrige Mehrheit. Die politischen Auseinandersetzungen sind Interessenauseinandersetzungen zwischen den Angehörigen der ‚dominierenden Minderheit‘. Die übrige Mehrheit spielt darin nur eine Rolle insofern, als man versucht, sie für die jeweiligen Interessen einer Gruppe zu gewinnen.

Aus dieser Perspektive heraus verlieren Persönlichkeiten wie Jagjivan Ram, Morarji Desai, J. P. Naraayn und die Gandhis als Personen an Bedeutung. Was bleibt, ist ihr Qualifiziertsein für die Durchsetzung von Interessen bestimmter Klassen und Schichten in einer konkreten historischen Situation. Nicht sie selbst sind wichtig, auch nicht ihre Absichten und ihre Bewußtseinslage, sondern allein die Interessen, die sie vertreten.

Damit sind wir bei dem schwierigsten Problem angelangt, die gegenwärtige politische Szene in Indien zu beschreiben und zu begreifen. Notwendig ist eine genaue Analyse der Interessen und die Beschreibung der Gruppen, die den Interessen zuzuordnen sind. Die Voraussetzungen dafür sind nicht einmal formal gegeben. Es fehlen die dafür notwendigen Daten. Darüber hinaus sind die Wirkungszusammenhänge des Kasten-Klassen-Systems so

gut wie nicht untersucht. Deshalb müssen die folgenden Ausführungen als Hypothese angesehen werden, die wegen ihrer logischen Struktur und Plausibilität wahrscheinlich erscheint.

Der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sank zwischen 1921 und 1971 von 88,8 % auf 80,1 %<sup>36)</sup>. Der Anteil derjenigen, die lesen und schreiben können, ist zwischen 1951 und 1971 von 16,6 % auf 29,45 % angestiegen. Daraus kann abgeleitet werden, daß etwa 70 % der Bevölkerung wegen ihrer mangelnden Bildung vom unmittelbaren politischen Geschehen ausgeschlossen ist. Insbesondere, wenn geschriebene Verfassung und komplizierte parlamentarische Regeln die Politik formal bestimmten<sup>37)</sup>. Die Volkszählung von 1971 ergab für Indien eine Gesamtbevölkerung von 548 Millionen. Nach amtlichen Angaben waren davon etwa 33 % ‚beschäftigt‘, also etwa 181 Millionen.

Die Wahlen von 1971 registrierten 271 Millionen Wahlberechtigte, also etwa 50 % der Bevölkerung. Dies bedeutet, daß knapp 50 % der Gesamtbevölkerung über 21 Jahre alt gewesen sind. Nimmt man dazu die Zahl der damals über 15jährigen, dann erhöht sich die Zahl der im arbeitsfähigen Alter stehenden auf 58 %. Von diesen 58 % haben nur 33 % irgendeine Arbeit, während rund 25 % der arbeitsfähigen Gesamtbevölkerung keine Arbeit haben.

Bei großzügiger Auslegung könnte man von diesen 33 % sagen, daß sie durch ihre Arbeit an dem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß beteiligt sind. Schlüsseln wir aber diese 33 % auf, dann stellt sich heraus, daß 70 % von ihnen in der Landwirtschaft beschäftigt sind. In dieser Kategorie sind die Kleinbauern mit

<sup>35)</sup> Dafinn Silvertsen, *When Caste Barriers fall*, New York 1963.

<sup>36)</sup> India, *A Reference Annual*, Government of India 1975, S. 12.

<sup>37)</sup> Ebd., S. 47.

44 % und die Landarbeiter mit 26 % vertreten<sup>38)</sup>, das sind zusammen 127 Millionen. Sie produzieren zwar Lebensmittel für die anderen, sind aber selbst ohne jeden Einfluß.

Von den im Jahre 1971 gezählten 548 Millionen Menschen bleiben also nur 54 Millionen, die einer Arbeit nachgehen, die unmittelbar oder mittelbar mit dem industriellen Sektor zu tun hat. Zählt man auch die Handwerker, die Transportarbeiter und die Kommunikationsberufe als industrielle Berufe und läßt nur den Handel heraus, so bleiben nur 23 Millionen Menschen, die im industriellen Bereich beschäftigt sind. Der Rest müßte demnach im Handel und in den Dienstleistungsberufen beschäftigt sein.

Berücksichtigt man das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land, Industriearbeit und landwirtschaftlicher Arbeit, so kann vermutet werden, daß die Industriearbeiter und Dienstleistenden an einer Verbesserung des Einkommens im landwirtschaftlichen Sektor und damit an einer Verbesserung der Lebenssituation der Mehrheit nicht interessiert sind.

Die sinnvolle Teilnahme an den Wahlen setzt Entscheidungsfähigkeit voraus und die wiederum Informationen. Wie es damit bestellt ist, zeigen die folgenden Zahlen. In ganz Indien waren 1973 14 Millionen Rundfunkgeräte und 163 000 Fernsehgeräte registriert. Das sind die Medien, die Informationen auch noch denen vermitteln können, die des Lesens und Schreibens unkundig sind<sup>39)</sup>. Die gesamte Auflagenhöhe von Tageszeitungen, Illustrierten, Zeitschriften betrug 35 Millionen. Berücksichtigt man weiter, daß im Jahre 1973 die Tageszeitungen mit nennenswerten Auflagenhöhen insgesamt 9,4 Millionen erreichten und es eine Gewohnheit der indischen Bildungsprivilegierten ist, neben der englischsprachigen Tageszeitung auch eine solche in der Muttersprache zu lesen, so reduziert sich die Zahl von Adressaten wohl wesentlich. Dies bedeutet, daß nur 6 % der indischen Gesamtbevölkerung Adressaten der Tageszeitungen sind.

Die Auflagenhöhe der englischsprachigen Tageszeitungen beträgt insgesamt 2,2 Millionen, sie werden aber für so meinungsbildend gehalten, daß sie fast alle im Besitz der Großindustriellen sind. Wenn wir annehmen, daß die Adressaten dieser Zeitungen Einfluß auf die Politik haben, so würden das nur 0,5 % der Gesamtbevölkerung sein, und das ist die anglierte „dominierende Minderheit“. Ihre Exi-

stenz kann also aus den wenigen vorhandenen und nicht sehr aufgeschlüsselten Daten herausgearbeitet werden.

Als Wirtschaftsgruppen lassen sich erkennen: die „Monopolhäuser“, die den industriellen Sektor beherrschen; die Großgrundbesitzer, die ihren Überschuß aus Pachteinnahmen im industriellen Sektor investieren, in den Städten leben und damit auch Abnehmer der industriellen Konsumgüter sind; die reichen Bauern, die zusammen mit den Großgrundbesitzern die gesamte Landwirtschaft kontrollieren; das entstehende Bürgertum, das über Ausbildungs- und Kastenprivilegien Einfluß gewinnt; die Industriearbeiter, die Kleinbauern, die Landarbeiter und jener hohe Teil der Bevölkerung, der unter dem Existenzminimum dahinvegetiert.

All diesen Gruppen lassen sich unterschiedliche Interessen zuordnen. Diese Analyse der veröffentlichten Daten und dem hier vorgelegten empirischen Material einer Erhebung läßt die Behauptung zu, daß sich als mächtige Interessengruppen nur drei bezeichnen lassen. Sie haben ihren Platz sowohl auf der Bildungsskala als auch auf der Kastenskala ganz oben.

Über die Subkasten sind die Vertreter aller drei Interessengruppen aus der besitzenden Klasse eng miteinander verbunden. Genau das ist der Grund, warum sich die bürgerliche Revolution in Indien so schwer tut. Begonnen hat sie praktisch mit der Gründung des Indischen Nationalkongresses im Jahre 1885. Enden wird sie sicherlich in einem Bündnis zwischen Großbourgeoisie und städtischer Bourgeoisie. Für die besitzlose Mehrheit mögen sich daraus hier und da zeitweilig Vorteile ergeben, aber die Wahl wird an ihrer politischen Ohnmacht nichts ändern. Der Wahlausgang hat den feudalen Interessengruppen eine Atempause verschafft. Die Auseinandersetzung zwischen der besitzlosen Mehrheit und der „dominierenden Minderheit“ wird erst noch beginnen. Sie wird allerdings solange nicht stattfinden, wie der Einfluß des Kastensystems ungebrochen weiterbesteht.

Innerhalb des Kastensystems sind heftigere Auseinandersetzungen offensichtlich noch nicht möglich. So wie in der Subkaste die aus der Kastenposition resultierenden Verpflichtungen Besitzende und nicht Besitzende miteinander verbinden, verbindet das Kasten-Klassen-System die Besitzenden und die nicht Besitzenden miteinander. Dieses System verhindert einen Klassenkampf ebenso wie es das Entstehen von Solidarität nicht zuläßt.

<sup>38)</sup> Ebd., S. 18.

<sup>39)</sup> Ebd., S. 106—111, S. 115.

## Die Kurden – Nation ohne Land

Als der neue US-Präsident Jimmy Carter zu Beginn seiner Amtszeit für die Weltöffentlichkeit unüberhörbar versicherte, daß die USA unter seiner Führung ihr moralisches Gewicht für die Belange nationaler Minderheiten einsetzen werde, wurde dies bei bedrängten Minoritäten in allen Teilen der Welt als hoffnungsvolles Zeichen einer neuen Politik gesehen. Auf fast allen Kontinenten der Erde wehren sich ethnische, religiöse oder rassische Minderheiten gegen den Verlust ihrer Identität, streiten Menschen mehr oder weniger demonstrativ für den Erhalt ihrer Sprache, ihres Brauchtums und/oder der materiellen Existenzgrundlage. Von den 144 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben heute 30 bis 40 Probleme mit Minoritäten innerhalb ihrer Landesgrenzen<sup>1)</sup>. Blutige Bürgerkriege haben in den letzten Jahren in bedrückender Weise diese Problematik immer wieder deutlich gemacht. Wer könnte so schnell die Bilder von verhungerten, unterernährten Kindern in Biafra vergessen, wo Ende der sechziger Jahre das Volk der Ibos im Süden Nigerias in blutigen Kämpfen mit Regierungstruppen für einen eigenen Staat eintraten. Nach über dreijährigem Kampf mußten die Ibos zu Beginn des Jahres 1970 vor der Übermacht kapitulieren.

Nicht weniger blutig verliefen die Auseinandersetzungen zwischen West- und Ostpakistan ein Jahr später, die schließlich zur Schaffung des Staates Bangladesh führten. Die beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei drohten 1974 das nordatlantische Bündnis in eine schwere Krise zu stürzen, als türkische Invasionstruppen einen Teil der Mittelmeerinsel Zypern besetzten, um den türkischen Bevölkerungsteil der Insel gegenüber der Mehrheit der griechischen Zyprioten zu schützen. Seitdem versuchen die NATO-Partner am Verhandlungstisch, diesen weiterhin schwelenden Unruheherd zu entschärfen. Nicht genug damit, daß die britische Regierung in London seit Jahren versucht, den Bürgerkriegs-herd Nordirland zu ersticken, dem fast täglich durch Bombenterror und offenen Mord Menschen zum Opfer fallen; die Londo-

ner Zentralregierung ringt nun auch noch mit den Forderungen nationalistischer Bewegungen in Schottland und Wales nach mehr Eigenständigkeit.

Diesseits des Kanals sieht es kaum anders aus: Über eine Million Bretonen fühlen sich von der Regierung in Paris vernachlässigt. Sie machten ihrem Unmut ebenso wie die Separatisten auf Korsika durch Bombenanschläge Luft. Räumlich nicht weit entfernt sorgte die baskische Separatistenbewegung ETA 1973 mit einem Bombenanschlag auf den spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco für Schlagzeilen. Neben den Schauplätzen internationaler Diplomatie, Rhodesien und Südafrika, sind fast vergessen die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen der äthiopischen Zentralregierung in Addis Abeba und der Provinz Eritrea im Norden des Landes. Die ehemals autonome Provinz war 1962 ihrer Eigenständigkeit „beraubt“ worden. Seitdem kämpft die „Eritreische Befreiungsfront“ mit der Waffe in der Hand für die Unabhängigkeit. Seit dem Abzug der Spanier vom afrikanischen Kontinent 1975 und der Aufteilung der West-Sahara zwischen Marokko und Mauretanien kämpft die Guerilla-Organisation „Polisario“ gegen die neuen Herren und verlangt Unabhängigkeit. Erst jüngst verbreitete sie Erfolgsmeldungen über ihre militärischen Operationen vor allem im Süden des Landes.

Mit einer militärischen Invasion beantwortete Indonesien im Dezember 1975 die Ausrufung der unabhängigen Demokratischen Republik Ost-Timor, zuvor eine portugiesische Kolonie. Truppen der Unabhängigkeitsfront „Fretilin“ kämpfen mit Unterstützung der Bevölkerung bis heute gegen die Invasoren. In dem seit 1963 von Indonesien besetzten Westguinea opponieren Stammesvölker der Papuas und unterstützen die provisorische Regierung der Republik Westpapua. Schließlich wurde die Öffentlichkeit erst durch Überfälle und Geiselnahmen in den Niederlanden auf die Situation der Molukker aufmerksam. Während Zehntausende Molukker in den Niederlanden seit der Unabhängigkeit Indonesiens eine Zuflucht ge-

<sup>1)</sup> Klaus Bering, Unterdrückung und kein Ende, in: Bonner General-Anzeiger vom 12./13. Februar 1977.

funden haben, operieren vor allem auf der Insel Ceram noch immer Guerillas für eine unabhängige Republik Süd-Molukken.

Als beispielhaft für das Streben nach Autonomie und Selbstbestimmung haben die Kurden

im Irak trotz ihrer oft hoffnungslos erscheinenden Lage den Kampf mit der Waffe nicht aufgegeben. Exemplarisch soll im folgenden die Kurdenfrage einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

## Strandgut der Geschichte — Eine Fallstudie

Der Zusammenbruch des osmanischen Reiches als Folge des Ersten Weltkriegs bedeutete für die Kurden den Anbruch einer neuen zeitgeschichtlichen Epoche<sup>2)</sup>, deren einzelne Stationen bis in unsere Tage sehr genau nachgezeichnet werden können. Dagegen fällt es schwer, die Ursprünge der kurdischen Geschichte exakt auszumachen. Eine Kommission, die 1924 vom Völkerbund eingesetzt wurde, um die Grenzfragen zwischen der Türkei und dem Irak zu untersuchen, schildert in ihrem Bericht die Schwierigkeiten, einen sicheren Beweis für den Ursprung der Kurden zu bringen: „Wenn auch eine gewisse Verwandtschaft zwischen Kurden und Persern besteht, so fehlt doch jede Ähnlichkeit mit den Arabern und Türken.“

Der Stuttgarter Ethnologe und Anthropologe Freiherr v. Eickstädt gelangte nach eingehender Untersuchung zu der Überzeugung, daß die Ostkurden zum Teil Reste einer Urbevölkerung darstellen; viel älter als das älteste bekannte Volk, die Sumerer, hätten sie nur durch die Weltabgeschiedenheit der Bergweiden Innerkurdistans wie in einem biologischen Eisschrank überleben können<sup>3)</sup>. In den Schriftfunden werden die Kurden erstmals um 2300 v. Chr. erwähnt; hier wird bei den Sumerern von „Guti“, „Qurti“ oder auch „Karda“ berichtet<sup>4)</sup>, und v. Eickstedt stellt ferner eine typologische Ähnlichkeit der Meder mit den heute noch altmedisch sprechenden Mukri-Kurden fest<sup>5)</sup>. Auch der griechische Chronist Xenophon berichtet von einer Begegnung auf seinem Zug ans Schwarze Meer im Jahr 401 v. Chr. von den „Karduchoi“<sup>6)</sup>. In ihrer wechsel- und leidensvollen Geschichte wurden die Kurden in den nachchristlichen Jahr-

hunderten von den Mongolen, den Türken und Persern beherrscht. Das letzte kurdische Fürstentum im osmanischen Machtbereich, das der Bedir-Khaniden, verlor nach der Niederlage gegen das ottomanische Heer 1847 seine Selbständigkeit<sup>7)</sup>. Die Zentralisierungspolitik Teherans beendete schließlich 1867 auch die Souveränität des letzten kurdischen Emirats Ardalâni<sup>8)</sup>.



Die Beziehungen der Kurden zu den Persern waren nicht viel besser als die zum osmanischen Reich, dennoch fanden die Kurden insgesamt ein besseres Verhältnis zu den Persern als zu den Türken und Arabern<sup>9)</sup>. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts sah in dieser Region eine Reihe kurdischer Revolten gegen die despotischen und rücksichtslosen Steuereintreiber und Provinzverwalter des Sultans und des Schah-in-Schah. Diese unruhigen Verhältnisse haben wesentlich dazu beigetragen, daß europäische Autoren ein recht einseitiges Bild vom „wildem Kurdistan“ zeichneten<sup>10)</sup>. Ende des 19. Jahrhunderts entstanden ein nationalkurdische Organisation

<sup>2)</sup> Erlendur Haraldsson, Land im Aufstand — Kurdistan, Hamburg 1966, S. 32.

<sup>3)</sup> Zit. bei Hans Hauser, Kurdistan — Schicksal eines Volkes, München 1975, S. 56.

<sup>4)</sup> Hauser, a. a. O., S. 58.

<sup>5)</sup> Zit. bei Hauser, a. a. O., S. 54.

<sup>6)</sup> Heinz Gstein, Volk ohne Anwalt — Die Kurdenfrage im Mittleren Osten, Freiburg Schweiz, 1974, S. 10.

<sup>7)</sup> Handschr. Lebenslauf von Emir Kamuran Ali Bedir-Khan im Besitz des Verfassers.

<sup>8)</sup> Gstein, a. a. O., S. 12.

<sup>9)</sup> Haraldsson, a. a. O., S. 32.

<sup>10)</sup> Gstein, a. a. O., S. 12.

und eine kurdische Presse; ihr erklärtes Anliegen war, über die Grenzen des türkischen Reiches hinaus in verschiedenen europäischen Städten auf die kurdischen Wünsche und Hoffnungen aufmerksam zu machen. Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, begann der bis heute andauernde Freiheitskampf der irakischen Kurden <sup>11)</sup>.

### Siedlungsgebiet und soziale Situation

Sowohl über die zahlenmäßige Stärke des kurdischen Volkes als auch über die Größe ihres Siedlungsraumes gibt es keine exakten Angaben. Die Bevölkerungszahlen schwanken zwischen 10 Millionen <sup>12)</sup> und 16 Millionen <sup>13)</sup>, wobei die zuletzt genannte Zahl vermutlich am ehesten zutrifft. Kurdistan, das heißt „Land der Kurden“, umfaßt im Norden und Westen einen großen Teil der östlichen Türkei und einen schmalen Streifen Nord-Syriens. Die östliche Begrenzung bildet das persische Plateau mit dem Urmia-See und dem iranischen Aserbeidschan. Im Norden wird Kurdistan von den Sowjet-Republiken Armenien und Aserbeidschan begrenzt; hier lebt nur eine geringe Anzahl von Kurden.

Die westliche Begrenzung Kurdistans im Staatsgebiet des heutigen Irak verläuft am westlichen Rand der Bergkette, die sich weit hinein in den Irak und den Iran erstreckt und das gebirgige Zentrum Vorderasiens bildet. Die Auffassungen, ob die Südhänge der Zagros-Berge, die kurdische Stadt Kermanschah im Iran oder die Ufer des persischen Golfes die südlichste Spitze Kurdistans sind, gehen auseinander <sup>14)</sup>.

Mit etwa 475 000 qkm umfaßt das Siedlungsgebiet der Kurden ein Territorium, das so groß ist wie zwei Drittel Frankreichs. Da in der Türkei und in Syrien die Kurden bei Volkszählungen nicht gesondert erhoben werden <sup>15)</sup>, der Iran offenbar zu niedrige Zahlen veröffentlicht und im Irak entgegen Versprechungen der Regierung keine Volkszählung

stattgefunden hat, sollen hier die von kurdischer Seite veröffentlichten Zahlen der Veranschaulichung dienen. Danach leben in der Türkei 7 637 000, im Iran 5 233 000, im Irak 2 570 000, in Syrien 576 000 und in der UdSSR 170 000 Kurden <sup>16)</sup>.

Der sozialen Situation der Kurden widmete Kurt Greussing eine eingehende Darstellung. Nach seiner Auffassung liegt in der Stammesorganisation der Kurden der Schlüssel zum geschichtlichen Verständnis der Widerstandsbewegung dieses Volkes. „Der Stamm oder ‚taifa‘ bzw. ‚tira‘ ist die primäre politische und landbesitzende Einheit. ‚tira‘ wird auch oft im Sinne einer Untergruppe des Stammes gebraucht. Diese setzt sich aus mehreren, in der Regel 20—30 Haushalte umfassenden ‚chels‘ (Sippen) zusammen und kann mehrere Dörfer umfassen. Es besteht gemeinsamer Landbesitz, wobei jede Familie üblicherweise ihr eigenes zugeteiltes Feld bearbeitet. Zum Pflügen und in der Erntezeit leihen jedoch die Bauern gegenseitig die Zugtiere und schließen sich zu kleinen kollektiven Arbeitsteams (‚dshug‘) zusammen. Die Weidegründe gehören dem gesamten Dorf. Der politische Führer eines Stammes, ‚rais‘ oder ‚sarok‘, rekrutiert sich in der Regel aus einem bestimmten, zum Stamm gehörigen Clan, der die Führungsposition erblich innehat. Der ‚rais‘ bedarf jedoch der Zustimmung der ‚alten Männer‘ seines Stammes. Mehrere Stämme bilden schließlich die ‚aschiret‘, die Stammeskonföderation, als die übergreifende politische Großeinheit. Die Führung der Konföderation gehorcht ähnlichen Bedingungen wie die Position des ‚rais‘.

Der durch Verwandtschaft hergestellten Kollektivität im Innern eines Stammes oder einer Stammeskonföderation entspricht, zur Sicherung der eigenen Interessen, die Abgrenzung zu anderen Stämmen. Mit diesen besteht jedoch eine Verbindung in der Idee mehr oder minder entfernter gleicher Abstammung (Genealogie).

Im Innern einer solchen Gesellschaft gibt es zwar politische und ökonomische Ungleichheit, doch ist diese nicht institutionalisiert. Vielmehr sind Umverteilungsmechanismen wirksam — Systeme gegenseitiger Hilfe und Loyalität, soziale Verpflichtungen der reicheren, meist führenden Familien gegenüber den ärmeren —, die definitive Klassenbildung

<sup>11)</sup> Haraldsson, a. a. O., S. 32.

<sup>12)</sup> Gstein, a. a. O., S. 57.

<sup>13)</sup> Gumo Akif Kerimli, Kurdistan, Informationen über den türkischen Teil Kurdistans — Dokumentation der letzten Ereignisse. Broschüre, Hrsg. von d. Ev. Studentengemeinde Darmstadt, März 1974 (Tabellen).

<sup>14)</sup> Haraldsson, a. a. O., S. 18.

<sup>15)</sup> Bernd Liebermann, Kurdistan: Permanente Revolution, in: Pogrom Nr. 29/30 vom Dez. 1974, hrsg. von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Hamburg, S. 12.

<sup>16)</sup> Gumo Akif Kerimli, a. a. O.

nicht zulassen: weder Kommunismus noch Klassengesellschaft also, sondern ein eigenes Drittes: die ‚reguläre Anarchie‘ (Ch. Sigrist), die — trotz effektiver Ungleichheit — in der Tendenz auf einen Ausgleich der politischen und sozialen Beziehungen wirkt.

Das soziale System der Stammesgesellschaft bedarf dabei normierender Vorstellungen, die den politischen und wirtschaftlichen Austausch der Mitglieder einsehbar und verbindlich machen. Es sind dies meist religiös vermittelte Vorstellungen des Prestiges, das den Inhabern politischer und ökonomischer Positionen innerhalb der Verwandtschaftsstruktur zukommt.“<sup>17)</sup>

Zu den Jahren des bewaffneten Widerstandes meint Greussing: „Die materiellen und menschlichen Opfer der Kriegführung, Versorgung der Soldaten, Flüchtlinge und politisch-militärischen Kader sind von bewaffneten Bauern und ihren Familien erbracht worden. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Fronten zu wechseln — wie dies auch in früheren Auseinandersetzungen oft genug geschehen ist. Der Druck der Auseinandersetzungen hat Elemente traditionaler Beziehungen wiederbelebt, die in vielen Fällen nur mehr auf der Ebene des Dorfes oder seiner Segmente bestanden. Dies führte zurück zu ihrem ursprünglichen Sinngehalt: zur Absicherung von Gleichheit und Solidarität. Die Aufhebung der Beschränktheit verwandtschaftlich organisierter Gesellschaften ist die Voraussetzung für eine umfassende Gleichverteilung von Lasten und Rechten, um den Widerstandskampf bestehen zu können.“<sup>18)</sup>

### Religion — Sprache — Literatur

Als der Islam im Jahre 639 n. Chr. Kurdistan erreichte, waren die Kurden zum Teil Christen, vor allem aber Anhänger der Lehre Zathustras. Den langen harten Kampf der zathustrischen Kurden gegen die Religion des Propheten Mohammed bezeugen in Kurdistan bis heute die „Friedhöfe der Ungläubigen“; hier liegen jene Kurden, die im Kampf gegen den Islam sterben mußten, sowie diejenigen,

die den neuen Glauben einfach nicht annehmen wollten. Durch den Druck des islamischen Steuersystems auf Andersgläubige konnten sich die kurdischen Bauern langfristig dann doch nur durch den Übertritt zum Islam auf ihrem Grund und Boden halten. Die beiden stärksten christlichen Gemeinschaften im Irak sind heute die rund 200 000 mit Rom verbundenen Chaldäer und etwa 80 000 orthodoxe „Assyrer“. Beide Kirchen gehen auf das einst blühende ost-syrische Christentum zurück, das sich durch Annahme des Nestorianismus von der römischen Reichskirche absonderte und im Mittelalter eine Ausbreitung bis nach Turkestan und China erlebte<sup>19)</sup>.

Was die 16 Millionen Kurden vor allem verbindet, ist ihre gemeinsame Sprache, das Kurmandschi; es gehört zu den iranischen Sprachen, die ihrerseits einen Teil der indogermanischen Sprachenfamilie darstellen. Der zweite Dialekt, das Sorani, ist im südlichen Irak und im Westen des Iran vorherrschend. Aus dem Kurmandschi hat sich in den letzten 50 Jahren die Schriftsprache für die gesamte kurdische Nation entwickelt<sup>20)</sup>.

Eine regelrechte kurdische Literatur existiert seit dem 17. Jahrhundert und beginnt mit Liebesliedern und mystischen Dichtungen. Eines der bekanntesten Werke dieser Zeit ist die Liebesdichtung „Mam und Zin“ des über die Grenzen Kurdistans hinaus bekannten Dichters Ahmad-i-Chani<sup>21)</sup>, von der eine Übersetzung ins Deutsche von Jemal Nebez existiert. Die kurdischen Dichter und Schriftsteller der Gegenwart pflegen mit Vorliebe die literarische Form der Kurzgeschichte und vertreten sozialkritische und anti-imperialistische Anliegen.

Sowohl das kurdische Literaturschaffen als auch die kurdische Musik sind durch die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierungen der Türkei, Syriens, des Irak und Iran ernsthaft in ihrem Bestand gefährdet.

### Die Kurden — Minderheit in fünf Staaten

Mit dem Zerfall des osmanischen Reiches und dem Einrücken der britischen Truppen in Mesopotamien wurden die Kurden von der Tür-

<sup>17)</sup> Kurt Greussing, Die Kurden — Störfaktor der ‚Friedenspolitik‘ — Soziale und historische Determinanten des kurdischen Widerstandes, in Sammelband: „Von denen keiner spricht“, hrsg. von Tilman Zülch, rororo-aktuell Nr. 1879, Okt. 1975, S. 86 f.

<sup>18)</sup> Greussing, a. a. O., S. 93.

<sup>19)</sup> Gstein, a. a. O., S. 64.

<sup>20)</sup> Gstein, a. a. O., S. 57.

<sup>21)</sup> Publikation der National-Union kurdischer Studenten in Europa (NUKSE), München 1972, weitere Titel aus der kurdischen Literatur siehe bei Jemal Nebez, Kurdistan und seine Revolution, München 1972.

kenherrschaft befreit. Mit dem Waffenstillstand von Mudros, der zwischen Türken und Engländern bei Ende des Ersten Weltkrieges geschlossen wurde, erkannten die alliierten Mächte das Recht auf Unabhängigkeit der Kurden in Übereinstimmung mit dem 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson bei den Friedensverhandlungen im Prinzip an; auch die türkische Regierung stimmte diesem Wunsch zu<sup>22)</sup>. Nach den Bestimmungen des Art. 62 im Abschnitt III des Vertrages von Sèvres vom 10. August 1920 sollte eine von der britischen, französischen und italienischen Regierung ernannte dreiköpfige Kommission innerhalb von sechs Monaten die lokale Selbstverwaltung für das überwiegend kurdische Gebiet östlich des Euphrats, südlich der noch festzulegenden armenischen Grenze und nördlich der türkischen Grenze zu Syrien und Mesopotamien vorbereiten. Falls die kurdische Selbstverwaltung anschließend vom Völkerbund akzeptiert würde, sollte die Türkei in einem separaten Vertrag mit den Alliierten ihre Ansprüche auf das entsprechende Gebiet endgültig aufgeben. Gegen einen freiwilligen Zusammenschluß des Gebiets mit einem unabhängigen Kurdenstaat im Mossul-Wilayet (dem heutigen Irakisch-Kurdistan) wären sodann von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges keine Einsprüche erhoben worden (Art. 64)<sup>23)</sup>.

### „Bergtürken“ statt Kurden

Der Vertrag von Sèvres war kaum unterzeichnet, als der Aufstieg Mustafa Kemal Atatürks zur Macht begann. Da sich in der Folge dieses Aufstiegs die türkische Regierung nicht an den Vertrag zu halten gedachte, setzten sich die Alliierten 1923 noch einmal mit den Türken an den Verhandlungstisch. Das Ergebnis war der Vertrag von Lausanne, in dem von der Errichtung eines kurdischen Staates nun keine Rede mehr war. Die anschließende gewalttätige Türkisierung Kurdistans provozierte eine Reihe von Aufständen, die allein bis 1930 250 000 kurdische Zivilisten das Leben kosteten. Selbst das Wort „Kurde“ wurde von Atatürk per Dekret verboten; in der offiziellen türkischen Sprachregelung ist bis heute von „Bergtürken“ die Rede<sup>24)</sup>.

Unter Führung von Ihsan Nuri kam es 1930 — gemäß den Beschlüssen einer 1927 am Berg

Ararat tagenden kurdischen Geheimversammlung — zum Ausbruch des längsten und blutigsten Kurdenaufstandes, den die Türkei jemals gesehen hat. Erst nach zwei Jahren gelang es den türkischen Truppen, die Lage wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen. Wie gering die türkische Regierung die Gültigkeit der elementarsten Menschenrechte für Kurden erachtete, zeigen die Äußerungen von Ismet İnönü in der Zeitung Miliyet: „Nur die türkische Nation darf völkische und rassische Rechte in diesem Land haben, kein anderer hat diese Rechte. . . Der Türke ist der einzige Herr, der einzige Gebieter dieses Landes; jene, die nicht rein türkisch sind, haben nur ein Recht: das Recht, Knechte zu sein, das Recht, Sklaven zu sein.“<sup>25)</sup>

Auch die Unterdrückung ihrer blutigen Erhebungen konnte die Hoffnung der Kurden auf eine bessere Zukunft, konnte ihre Sehnsucht nach Recht und Selbstbestimmung nicht zunichte machen. Unter Sayed Reda brach 1936/37 der letzte Aufstand der Kurden aus, der wieder zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung forderte.

Die bei den Aufständen von 1925, 1930 und 1936 entstandenen Verwüstungen legten sowohl die wirtschaftliche Versorgung als auch jegliche Weiterentwicklung sozialpolitischer Maßnahmen in dem von Kurden bewohnten Gebiet völlig lahm. Selbst nachdem wieder Ruhe in der Türkei eingekehrt war, gab sich die Regierung keine Mühe, dieses Gebiet wirtschaftlich zu sanieren. Zwölf Jahre nach der letzten Erhebung schrieb 1948 ein Redakteur in der Zeitung Son Posta: „Ich habe keinen einzigen Beweis dafür gefunden, daß wir uns um den Wiederaufbau in diesem Gebiet bemüht hätten. Es gibt dort keine Landwirtschaft, keine Industrie, keinen Handel, keine Ärzte und keine ordentlichen Straßen.“<sup>26)</sup>

Bis heute hat sich an der Vernachlässigungspolitik der Regierung in Ankara kaum etwas geändert. Typisch für diese Haltung ist eine Stellungnahme des Militärkommandanten von Lice, Fahmettin Sezer. Gegenüber der Zeitung Cumhuriyet erklärte er am 1. Oktober 1975: „Die Kurden sind nicht wert, daß sie leben, sondern daß sie verrecken.“<sup>27)</sup>

Daß die türkische Regelung so wenig wie möglich über die katastrophalen Verhältnisse

<sup>25)</sup> „Miliyet“ Nr. 1636 vom 31. Aug. 1930 und Nr. 1655 vom 19. Sept. 1930.

<sup>26)</sup> Die Kurden — Volk ohne Staat, Selbstverlag des Kurdischen Studentenvereins Österreich, Wien 1972, S. 14.

<sup>27)</sup> Jürgen Roth, Wo mit Folter und Mord die Kurden ‚zivilisiert‘ werden, in: Frankfurter Rundschau vom 10. Nov. 1976.

<sup>22)</sup> Haraldsson, a. a. O., S. 43. f.

<sup>23)</sup> Liebermann, a. a. O., S. 7.

<sup>24)</sup> Ebd., S. 8.

in Ostanatolien preisgeben will, beweist die Behandlung von drei deutschen Journalisten im November 1976. Der Frankfurter Soziologe und Publizist Jürgen Roth, die Kölner Journalistin Edeltraud Rimmel und der Fotograf Gernot Huber hatten vor Ort die Lage der kurdischen Bevölkerung nach dem verheerenden Erdbeben recherchieren wollen. Sie wurden bei ihrer Reise vom türkischen Geheimdienst aufgestöbert, fünf Tage lang unter Arrest gesetzt und schließlich in die Bundesrepublik abgeschoben.

Bis heute, so berichtete Roth noch während seines Aufenthalts in Ostanatolien, wurde von der Regierung in Ankara kein Versuch gemacht, die mittelalterlich feudalistischen Strukturen in diesem Gebiet aufzulösen: „Im Gegenteil: Die Regierung der Nationalen Front unterstützt die Agas (kurdische Großgrundbesitzer, d. R.) und Scheichs (kurdische religiöse Führer, d. R.), die die Garanten dafür sind, daß die feudalistischen Verhältnisse im Osten bestehenbleiben.“<sup>28)</sup> Roth berichtet weiter, daß es im Osten etwa 100 000 Bauern gibt, die Leibeigene von Agas und Scheichs sind. In den Provinzen Mardin, Diyarbakir, Van oder Hakkari verfügen Dutzende von Agas über zahlreiche Dörfer samt lebendem Inventar. Machmut Kebul, Aga aus Silvan und Mitglied der ‚Gerechtigkeitspartei‘, ist ein typisches Beispiel für diese Machtverhältnisse im Osten der Türkei. Ihm gehören insgesamt 15 Dörfer, in denen etwa 1 000 besitzlose Familien für ihn auf den Feldern arbeiten. Eine Familie verdient im Jahr durchschnittlich 5 000 türkische Pfund — das sind etwa 900 Deutsche Mark. Der Aga hingegen verfügt pro Jahr durch den Verkauf von Getreide, Tabak und Baumwolle über ein Einkommen von 48 Millionen türkischen Pfund, etwa sechs Millionen Deutsche Mark<sup>29)</sup>.

Nach wie vor existieren keine kurdischen Schulen. Geht ein Kurde zum Arzt, so muß er sein Leiden auf türkisch schildern, sonst wird er nicht behandelt. Kurdische Lieder sind ebenso verboten wie kurdische Bücher<sup>30)</sup>.

Trotz aller Repressionsmaßnahmen der Zentralregierung in Ankara scheint nun auch in Türkisch-Kurdistan der Wille zum Widerstand zu wachsen. Jürgen Roth schreibt: „Für die türkischen Kurden, die in der Türkei immerhin über eine starke linke demokratische Rückenstärkung verfügen, scheint die Zeit vorbei, wo sie gelähmt auf die Aktivitäten der irakischen Kurden schauten.“<sup>31)</sup>

<sup>28)</sup> Ebd.

<sup>29)</sup> Ebd.

<sup>30)</sup> „Stern“ Nr. 51, 9.—15. Dez. 1976.

<sup>31)</sup> Roth, a. a. O.

## Eine Kurden-Republik im Iran scheitert

Nach dem blutigen Scheitern der Kurdenaufstände zwischen den beiden Weltkriegen wurden bei Ende des Zweiten Weltkriegs erneut Forderungen nach Autonomie laut — diesmal in Iranisch-Kurdistan. Die Lage der Kurden im Iran war kaum günstiger als die in der Türkei. Eine jahrhundertlange Unterdrückung führte 1920 zum Ausbruch eines von dem Kurdenführer Simko geleiteten erfolgreichen Aufstandes, in dessen Verlauf die Freiheitskämpfer einen Großteil des persischen Kurdistan unter ihre Kontrolle bringen und fünf Jahre gegen die persischen Truppen verteidigen konnten. Nach dem Zusammenbruch des Kampfes versuchte Simko, die Freiheitskämpfer zu reorganisieren. Im Jahre 1930 wurde er von den Persern zu Verhandlungen eingeladen und dabei heimtückisch ermordet. Wie auch in den anderen Teilen Kurdistans wurde die kurdische Sprache verboten und das Tragen kurdischer Kleidung unter Strafe gestellt. Infolge dieser Bedrängnis wurde im August 1945 in Mahabad, der Hauptstadt des persischen Kurdistan, die „Demokratische Partei Kurdistans“ (DPK) gegründet, deren späterer Führer Mustafa Barzani für viele Jahre Inbegriff des kurdischen Freiheitskampfes werden sollte.

Als die persischen Truppen wenig später Kurdistan wegen eines Konflikts mit der Sowjetunion räumten, wird in Mahabad am 23. Januar 1946 die erste und letzte autonome „Republik Mahabad“ ausgerufen. Ghazi Mohamed, oberster religiöser Richter in Mahabad und Vorsitzender der DPK, wird zum Präsidenten dieser Republik gewählt. Die Regierung beginnt umgehend mit den Vorbereitungen zur Errichtung eines funktionsfähigen Gesundheits- und Bildungswesens. Eine kleine, von der Sowjetunion gestiftete Rundfunkstation in Mahabad wird feierlich in Betrieb genommen. Mustafa Barzani versucht unterdessen im irakischen Kurdistan die Elementarrechte seines Volkes gegenüber der britischen Besatzung und den irakischen Truppen durchzusetzen. Doch der Gegner ist militärisch überlegen, und so flüchtet Barzani mit 1 200 ihm unterstellten Kämpfern und weiteren 1 800 Mann, die anderen Stammesführern unterstellt sind, in den benachbarten Iran<sup>32)</sup>. In der Republik Mahabad wird er mit Jubel empfangen und zu einem der vier ostkurdischen Armeegenerale ernannt. Der jungen Kurden-Republik war jedoch kein langes Leben vergönnt. Die Sowjets räumten die im Iran besetzten Gebiete gegen die Zusage, an einer gemeinsam mit dem Iran be-

<sup>32)</sup> Haraldsson, a. a. O., S. 100.



triebenen Erdölgesellschaft beteiligt zu werden. Das persische Parlament lehnte im Oktober 1947 das Abkommen jedoch ab. Der persischen Regierung waren durch den Abzug der Sowjets militärisch die Hände nicht mehr gebunden; sie entsandte Truppen nach Mahabad, um angeblich die im ganzen Kaiserreich stattfindenden Wahlen zu sichern. Barzani war gegen die Entscheidung, die Stationierung der persischen Truppen zu gestatten und verließ mit seinen Kämpfern die Stadt. Der Staatschef Ghazi Mohamed ging am 16. Dezember 1946 den anrückenden persischen Einheiten entgegen, um sie nach Landessitte zu begrüßen<sup>33</sup>). Schon bei dieser Begrüßung wurde er mitsamt seinen Ministern und Beamten gefangengenommen. Ein Militärgericht verurteilte ihn und seine engsten Mitarbeiter zum Tod. Am 31. März 1947 wurde die gesamte Regierung der Mahabad-Republik auf dem Platz, auf dem die Republik ausgerufen worden war, öffentlich gehängt. General Barzani, der sich mit seiner Einheit beim Einmarsch der persischen Truppen in die Berge zurückgezogen hatte, entschloß sich — der Rückweg in den Irak war durch Regierungstruppen versperrt — zur Flucht in die Sowjetunion. Mit 500 gut bewaffneten Krieger bewältigte er in einem vierzehntägigen Gewaltmarsch 350 Kilometer durch nahezu unpassierbares Gebirgsland unter dauerndem Druck iranischer und türkischer Truppen<sup>34</sup>). Noch einmal, angespornt durch den Erfolg des kurdischen Freiheitskampfes im Irak, wagte 1968 das iranische Kurdistan einen Aufstand. Seine Führer verfielen aber dem Fehler, ihre Operationen nicht mit Barzani, sondern mit der irakischen Splittergruppe der Talabanisten abzustimmen. Das Ergebnis ihres Aufstandes war dann auch nichts als ein Blutbad, dem öffentliche Hinrichtungen in den Städten der westiranischen Kurden folgten<sup>35</sup>).

### Aktion „Arabischer Gürtel“ in Syrien

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Syrien bis 1946 französisches Mandatsgebiet. In dieser Zeit durften die Kurden in Syrien Zeitschriften in kurdischer Sprache herausgeben<sup>36</sup>) und einen Teil der Sendezeit von Radio Damaskus beanspruchen<sup>37</sup>). Politisch machte ihnen die Regierung jedoch genausowenig Zugeständnisse, wie das in den anderen Teilen Kurdistans der Fall war. Obwohl den Kurden, nachdem Syrien 1946 die Unabhängigkeit

erlangt hatte, selbst diese minimalen Rechte wieder entzogen wurden, kam es zu keiner Erhebung, nicht einmal zur Bildung einer kurdischen Bewegung. Dadurch unterschieden sich die syrischen Kurden von allen anderen Angehörigen ihres Volkes<sup>38</sup>). Die Situation änderte sich nach der Bildung der „Vereinigten Arabischen Republik“ zwischen Syrien und Ägypten im Jahre 1958. Kurden wurden ohne jeden Grund verfolgt und ohne rechtliche Handhabe verhaftet, alte kurdische Ortsnamen in arabische umgeändert. Daraufhin organisierten sich die Betroffenen und bildeten einen syrischen Flügel der „Demokratischen Partei Kurdistans“. Der Zerfall der syrisch-ägyptischen Allianz 1961 brachte für die Kurden nicht die erwartete Besserung ihrer Lage. Im Gegenteil: Die am 8. März 1963 durch einen Putsch an die Macht gekommene Baath-Partei zeigte großes Talent in der Verfeinerung und Verbesserung der bis dahin praktizierten Verfolgungsmethoden<sup>39</sup>). Das Baath-Regime erkannte 1964 120 000 Kurden die syrische Staatsbürgerschaft ab und 1967 begann unter dem Motto „Arabischer Gürtel“ ein großangelegtes Programm zur Umsiedlung der syrischen Kurden aus ihren angestammten Wohngebieten. Dabei wurden 332 Dörfer evakuiert und in Staatsfarmen umgewandelt. Zwar brachte der Machtwechsel 1970 innerhalb der Baath-Partei zugunsten von Luftmarschall Hafes Assad allgemein ein etwas freieres Klima, doch die syrischen Kurden konnten daraus keinen Vorteil ziehen<sup>40</sup>). Im Gegensatz zum Irak wurde in Syrien keine kurdische Partei an der „Nationalen Front“ beteiligt und auch bei den Parlamentswahlen im Mai 1973 sind die Kurden leer ausgegangen<sup>41</sup>).

### Volle Bürgerrechte in der UdSSR

Nach einem 1813 zwischen Persien und dem zaristischen Rußland geschlossenen Abkommen geriet ein Teil Kurdistans unter russische Oberhoheit. Im Jahre 1921 erhielt der zur Armenischen Sowjetrepublik gehörige sowjetische Teil von Kurdistan seine heutige Gestalt, nachdem einige vormals russische Gebiete an die Türkei abgetreten worden waren. Die Sowjetunion ist das einzige Land, in dem die Kurden im vollen Besitz ihrer Bürgerrechte sind. Sie haben eigene Schulen, dürfen ihre Tradition pflegen und kurdische Druckerzeugnisse lesen<sup>42</sup>).

<sup>38</sup>) Die Kurden — Volk ohne Staat, a. a. O., S. 24.

<sup>39</sup>) Ebd., S. 25.

<sup>40</sup>) Gstein, a. a. O., S. 52.

<sup>41</sup>) Ebd.

<sup>42</sup>) Die Kurden — Volk ohne Staat, a. a. O., S. 27.

<sup>33</sup>) Ebd., S. 104.

<sup>34</sup>) Liebermann, a. a. O., S. 9.

<sup>35</sup>) Gstein, a. a. O., S. 50.

<sup>36</sup>) Die Kurden — Volk ohne Staat, a. a. O., S. 24.

<sup>37</sup>) Gstein, a. a. O., S. 51.

## Ein 13jähriger Krieg im Irak

Nach wiederholten bewaffneten Aufständen zwischen den Jahren 1918—1943 herrschte zunächst eine Zeit relativer Ruhe im Irak. Die Ereignisse von 1958 — General Kassem putschte sich an die Macht und beseitigte die Haschemiten-Monarchie, König Feisal II. und sein Ministerpräsident Nuri es-Said wurden ermordet — beeinflussten die weitere Entwicklung. Kassem kündigte zunächst umwälzende Maßnahmen in der Wirtschafts- und Bildungspolitik an und reichte den Kurden die Hand zu Versöhnung. General Mulla Mustafa Barzani kehrte daraufhin nach zwölfjährigem Exil aus der Sowjetunion zurück und wurde im Irak als Nationalheld gefeiert. Als Kassem jedoch eine Reihe früherer Mitstreiter beseitigt und seine Macht gefestigt hatte, nahm Bagdad die den Kurden gemachten Zugeständnisse zurück. Im März 1960 wird das Zentralorgan der Demokratischen Partei Kurdistans „Khebat“ verboten, kurz darauf das Bagdader Hauptquartier der Partei besetzt und versiegelt, eine zehnpromzentige Steuer auf die Ernte kurdischer Bauern erhoben, kurdische Straßennamen durch arabische ersetzt und eine Reihe von kurdischen Führern verhaftet. Unruhen und Proteste in den kurdischen Provinzen beantwortete Kassem am 9. September 1961 mit massiven Bombenangriffen auf kurdische Dörfer und Städte. Der kurdische Freiheitskrieg im Irak, der mit kurzen Unterbrechungen 13½ Jahre dauern sollte, hatte begonnen. Im Sommer 1962 kontrollierten Barzanis „Pesh Merga“ (Jene, die dem Tod ins Auge sehen) einen Großteil des irakischen Kurdistans. Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Diktatur Kassems führte schließlich zu einem Sturz am 8. Februar 1963 durch die Baath-Partei und zu seiner Hinrichtung.

Das Muster der Auseinandersetzungen der Kurden mit dem Kassem-Regime lag auch den folgenden Konflikten im Irak zugrunde. Ob zum Amtsantritt von Oberst Aref (1963), General Aref (1966) oder General Hassan al-Bakr (1968) — immer fanden anfangs Autonomie-Verhandlungen statt, anschließend aber Zwangsumsiedlungen, Angriffe der irakischen Luftwaffe und kriegerische Auseinandersetzungen<sup>43)</sup>. Den Verhandlungen mit dem sozialistischen Baath-Regime unter al-Bakr folgten schon ein Jahr später, im März 1969, Kämpfe von ungewöhnlicher Grausamkeit: 60 000 irakische Soldaten fielen in Kurdistan ein, die Luftwaffe bombardierte Dörfer mit von der DDR gelieferten Napalm- und Phosphorbomben. Im August 1969 verbrannten irakische Einheiten 37 Kinder, 28 Frauen und ei-

<sup>43)</sup> Liebermann, a. a. O., S. 9.

nen 90jährigen Greis in einer Höhle bei lebendigem Leibe<sup>44)</sup>. Als im Januar 1970 eine Offiziersverschwörung gegen Staatschef al-Bakr aufgedeckt und zerschlagen wurde und die irakischen Regierungstruppen keine durchschlagenden militärischen Erfolge in Kurdistan erzielen konnten, bat die Regierung General Barzani, die Kampfhandlungen einzustellen; sie bot als Gegenleistung die Zusage von Autonomie an. Als Ergebnis der Autonomie-Verhandlungen wurde am 11. März 1970 ein 15-Punkte-Vertrag abgeschlossen und von Staatspräsident al-Bakr an diesem Tag über Rundfunk und Fernsehen verkündet. Im ganzen Land brachen daraufhin die Menschen in einen Freudentaumel aus. In dem Vertrag wurde die Teilung des Irak in zwei Nationen — Araber und Kurden — verabredet. In den von Kurden bewohnten Gebieten sollte Kurdisch neben der arabischen Sprache gleichberechtigte Amts- und Unterrichtssprache sein, Kurden sollten bei der Besetzung höherer Staatsämter nicht benachteiligt werden. Maßnahmen zur Beseitigung des kulturellen Rückstandes in kurdischen Gebieten sollten ergriffen werden. Alle durch Kriegseinwirkungen entstandene Schäden sollten ersetzt werden und ein ministerielles Komitee sollte sich der wirtschaftlichen Erschließung Kurdistans widmen. Eine wichtige Bestimmung des Vertrages sah auch die Rückwanderung von Kurden in ihre Heimatdörfer vor, in denen während des Krieges Araber angesiedelt worden waren. Der Vereinigung der kurdischen Provinzen, ihrer Selbstverwaltung durch ausschließlich kurdische Beamte und einer der Bevölkerungszahl entsprechenden Vertretung der Kurden in den gesetzgebenden Organen galten weitere Vertragsbestimmungen: „Nach Verwirklichung dieses Abkommens sollen Rundfunkstationen und schwere Waffen wieder der Regierung übergeben werden“, heißt es unter Punkt 11 des Autonomie-Vertrages<sup>45)</sup>. Für die Verwirklichung des Vertrages vereinbarten beide Seiten eine Frist von vier Jahren.

Ein „Komitee für die Erfüllung des Kurden-Manifestes vom 11. März 1970“ unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des irakischen Revolutionsrates, Saddam Hussein, beschloß auf einer Sitzung im Juni 1970 jedoch lediglich die Entwaffnung kurdischer Söldner, die im Auftrag der Regierung gegen ihre Landsleute gekämpft hatten, sowie die Zahlung von kleinen Renten an ehemalige kurdische Freiheitskämpfer bzw. deren Wit-

<sup>44)</sup> Pogrom Nr. 29/30, 5. Jahrg. 1974: „Chronologie 1834—1970“, S. 14.

<sup>45)</sup> Die Kurden — Volk ohne Staat, a. a. O., S. 23.

wen und Waisen <sup>46)</sup>). Ein mißlungener Bombenanschlag auf Barzani in dessen Hauptquartier am 30. September 1971 trug nachhaltig zur Verschlechterung des Klimas zur Bagdader Zentralregierung bei. Die Verstaatlichung der „Iraq Petroleum Company“ im Mai 1972, deren bedeutendste Förderanlagen auf kurdischem Gebiet in der Gegend von Kirkuk liegen, wurde von den Kurden zwar grundsätzlich begrüßt; zum Stein des Anstoßes geriet jedoch die Tatsache, daß die Kurden in dieser wichtigen Frage nicht konsultiert worden waren. Ein weiteres Attentat auf die Verhandlungsdelegation Barzani im Juni 1972 in Bagdad, ein blutiger Zusammenstoß zwischen Kurden und Regierungseinheiten im Gebiet von Kirkuk im Oktober 1972, ein mysteriöser Autounfall, bei dem der kurdische Landwirtschaftsminister Calal im Juli 1972 getötet wurde, die fortschreitenden Arabisierungsmaßnahmen im kurdischen Erdölgebiet um Kirkuk sowie Verhaftungen, Verschleppungen, Folterungen und Ermordungen kurdischer Patrioten hatten ein Absinken der Beziehungen zwischen Barzani und der Regierung in Bagdad unter den Gefrierpunkt zur Folge. Staatspräsident al-Bakr stellte nun den Kurden in seiner Mai-Rede 1973 als neuen Termin für die Verwirklichung der kurdischen Autonomie den März 1974 in Aussicht <sup>47)</sup>). Auf den Tag vier Jahre nach Unterzeichnung des Autonomie-Abkommens von 1970 verkündete die Bagdader Regierung am 11. März 1974 ein „Gesetz über die Autonomie der kurdischen Region“, das in wesentlichen Teilen nicht auf die ursprüngliche Vereinbarung mit Barzani eingeht. Bereits seit Ende 1973 hatte die Baath-Regierung damit begonnen, ihre Armee mit modernen, für den Einsatz in den Gebirgsregionen von Irakisch-Kurdistan geeigneten Waffen auszurüsten. Wesentlicher Kritikpunkt der Demokratischen Partei Kurdistans am Autonomie-Gesetz war die Tatsache, daß die ölfreiche Provinz Kirkuk von der inneren Autonomie ausgenommen wurde, obwohl sie von einer Kurdenmehrheit besiedelt ist. Eine 1970 zugesagte Volkszählung hatte die Regierung zu verhindern gewußt, hingegen die Arabisierung der Provinz Kirkuk ständig weiterbetrieben.

Es scheint daher verständlich, daß die Kurden auf ein 14tägiges Ultimatum der irakischen Regierung zur Annahme des Autonomie-Gesetzes nicht eingingen. Die irakische Armee begann daraufhin Ende März 1974 mit einer großangelegten Offensive gegen die kurdischen Provinzen. Bevor jedoch die Kampf-

handlungen mit voller Schärfe ausbrachen, kam es noch einmal zu Verhandlungen zwischen Barzani-Vertretern und der Regierung. Auch der sowjetische Verteidigungsminister Gretschnko reiste in den Irak und überbrachte Staatschef al-Bakr eine Botschaft des sowjetischen Parteichefs Breschnjew <sup>48)</sup>). General Barzani antwortete auf das Bagdader Ultimatum seinerseits mit einem Gegenultimatum: Bagdad solle bis zum 25. März auch das Ölgebiet von Kirkuk unter kurdische Autonomie stellen und das autonome Gebiet geographisch genau festlegen <sup>49)</sup>).

Am 29. März lautete eine Meldung der Deutschen Presse Agentur (dpa): „Irakische Armee rückt gegen Kurdengebiete vor.“ Die Armee habe jedoch die Anweisung, vorerst bewaffnete Zusammenstöße mit den kurdischen Verbänden zu vermeiden, hieß es in dieser Meldung weiter. Am 6. April meldet dpa unter Berufung auf kurdische Quellen von Einsätzen der irakischen Luftwaffe gegen kurdische Truppen in den Bergen des Nordirak. Ein neuer, heftiger Kampf entbrannte, bei dem sich rund 50 000 gut bewaffnete Soldaten der kurdischen „Freiheitsarmee“ und annähernd ebenso viele Regierungssoldaten gegenüberstanden. Die Demokratische Partei Kurdistans berichtete, daß etwa 100 000 Menschen ihre Städte verlassen hätten und in das befreite Gebiet gezogen seien: „Sie zogen die Mühsal und die Leiden des Krieges dem Leben unter der Vormundschaft und Folter der Baathisten vor. Ihr hauptsächliches Motiv war der Patriotismus.“ <sup>50)</sup> Innerhalb eines Monats meldeten die Kurden die Zerstörung von 50 Tanks und 30 Panzerwagen, den Abschuß von vier Flugzeugen und vier gepanzerten Hubschraubern, sowie die Erbeutung großer Mengen von Waffen <sup>51)</sup>). Unter den schweren Bombardements von Städten und Dörfern im Kurdengebiet mußten auch in diesem Krieg wieder die Zivilisten die größten Opfer an Menschenleben und den Verlust von Hab und Gut bringen. „Die finanziellen Erlöse aus dem Erdöl, die normalerweise zur Anhebung des Lebensstandards der verarmten Massen Irakisch-Kurdistans verwendet werden sollten, kommen jetzt den Kurden zugute — aber in Form von Napalm“, schreibt Emir Kamuran A. Bedir-Khan, Enkel des letzten regierenden kurdischen Fürsten, in einem „Appell an alle Menschen guten Willens“ im Dezember 1974. General Barzani selbst beschrieb die

<sup>48)</sup> Deutsche Presse Agentur (dpa) 086 al vom 24. 3. 74.

<sup>49)</sup> Ebd.

<sup>50)</sup> Pogrom, a. a. O., DKP zum neuen Kurdenkrieg, S. 52 f.

<sup>51)</sup> Ebd.

<sup>46)</sup> Stein, a. a. O., S. 86.

<sup>47)</sup> Ebd. S. 94.

Kriegslage wie folgt: „Wir befinden uns in einem Haus, bei dem alle vier Wände brennen. Ein Fenster führt zum Meer — aber da sind die Haie. Ich würde die Haie vorziehen, bevor ich verbrenne.“ Womit Barzani nicht gerechnet hatte: Am Rande der OPEC-Konferenz in Algier verständigten sich der Iran und der Irak am 6. März 1975 auf eine Abmachung, die von den Kurden als „Dolchstoß des Schah“ bezeichnet wird. Der persische Herrscher und der irakische Vizepräsident Saddam Hussein machten ein Geschäft: Danach schließt der Iran die Grenzen für den kurdischen Nachschub im Norden und erhält dafür Schiffsrechte auf dem Schatt-el-Arab. Bis zum Ablauf einer Amnestie-Frist der iranischen Regierung am 31. März steigt die Zahl der kurdischen Flüchtlinge im Iran auf 250 000<sup>52)</sup>. Soldaten von Barzanis Pesh-Merga-Armee, die die Grenze nach Persien überqueren wollen, müssen ihre Waffen abliefern. Barzani und seine Familie gehen nach Teheran ins Exil.

Wie es zu dieser Situation kommen konnte, geht aus den Geheimberichten des amerikanischen „House of Representatives“ über Geheimdiensttätigkeiten, dem „Pike-Report“, hervor: „Die Empfänger der US-Waffen waren eine aufständische ethnische Gruppe (die Kurden), die für eine Autonomie in einem Land kämpften, welches an unseren Alliierten (Iran) grenzte. Das angrenzende Land (Irak) und unser Alliierte waren lange erbitterte Feinde gewesen. Sie unterschieden sich beträchtlich in Hinblick auf ihre ideologischen Orientierungen sowie in ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.“<sup>53)</sup> Vom Ausschuß gesammeltes Beweismaterial deutet darauf hin, daß die US-Unterstützung für die Kurden primär initiiert wurde, um dem Iran einen Gefallen zu tun, der mit US-Geheimdiensten kooperierte und sich von seinem Nachbarn Irak bedroht fühle. Da die iranische Hilfe für die Aufständischen das Hilfspaket der USA in den Schatten stelle, sei die amerikanische Hilfe weitestgehend symbolischer Natur gewesen.

An einer anderen Stelle des Berichts heißt es: „Dokumente im Besitz des Komitees zeigen deutlich, daß der Präsident, Dr. Kissinger und das ausländische Staatsoberhaupt (der Schah) hofften, daß unsere Klienten (die Kurden) nicht siegen würden.“ Aus einem JA-Memorandum vom 22. März 1974 geht in diesem

Zusammenhang klar hervor, das die Unterstützung der Kurden durch den Iran und die USA letztlich nur die Schwächung des Iraks zum Ziele hatte. Daß Barzani und die restliche Führung der Demokratischen Partei Kurdistans die Situation völlig verkannte, geht schließlich aus einem anderen Teil des US-Geheimberichts hervor: „Das Ausmaß der Einflußnahme des Iran auf die US-Politik war derart, daß man sich offenbar nicht einmal die Mühe machte, seine amerikanischen Partner darüber zu informieren, daß das Ende der Hilfsmaßnahmen für die Kurden nahe war. Die Aufständischen wurden eindeutig ebenso über rascht.“

Eine Botschaft aus dem Hauptquartier Barzanis an die CIA vom 10. März 1975 lautet: „Es gibt Konfusion und Bestürzung unter unserem Volk und unseren Streitkräften. Das Schicksal unseres Volkes ist in nie dagewesener Gefahr. Völlige Vernichtung hängt über unseren Köpfen. Keine Erklärung für all dies. Wir appellieren an Sie und die US-Regierung, ihren Versprechungen gemäß zu intervenieren und die Alliierten nicht fallenzulassen und die Würde unserer Familien zu retten, um eine ehrenhafte Lösung für das (kurdische) Problem zu finden.“<sup>54)</sup> Eine Antwort trifft in Barzanis Hauptquartier nicht ein, denn längst haben sich die Freunde von gestern (Iran) mit den Feinden der Kurden geeinigt.

Über die Entwicklung der Kurdenfrage im Irak nach Beendigung des Krieges gibt es zwei Versionen. Verläßt man sich auf die Darstellung von offizieller Regierungsseite in Bagdad, so stellt sich die Lage wie folgt dar: „Innerhalb des Rahmens des irakischen Staates genießen unsere Kurden, was man als erste Selbstverwaltung im Nahen Osten bezeichnen könnte. Ohne die Tatsache aus den Augen zu verlieren, daß der Irak einen integrierten Teil der Arabischen Nation darstellt, hat die führende Partei den Entschluß gefaßt, den Irak als ein Modell des harmonischen Zusammenlebens von Nationalitäten zu schaffen. Das Autonomiegesetz ist für das kurdische Volk mit einem derartigen Erfolg angewandt worden, wovon die Aufrichtigkeit, Hingabe und Entschlossenheit des kurdischen Volkes Zeugnis gibt. Der Irak gehört all seinen Bürgern, egal welcher Rasse, Religion oder Sprache. Diese Gleichheit wird von der revolutionären Führung unter allen Umständen geschützt, während sie gleichzeitig ihren Bereich erweitert, ihre Bedeutung vertieft und

<sup>52)</sup> Hermes Reso, Wie konnte ein Kuß für die Kurden so mörderisch sein? in: Pogrom Nr. 41, 7. Jahrg., S. 23.

<sup>53)</sup> Veröffentlicht in Auszügen in der britischen Zeitung Christian Science Monitor, 3. 11. 1975.

<sup>54)</sup> Auszüge aus dem Geheimbericht des Untersuchungsausschusses des amerikanischen „House of Representatives“ über Geheimdienstaktivitäten des CIA, veröffentlicht in: Pogrom Nr. 41, 7. Jhg. vom Juni 1976, S. 26 f.

ihre Anwendung ausdehnt. Das Autonomiegesetz für unser kurdisches Volk ist ein großer Sprung vorwärts." <sup>55)</sup>

Anders schildert die „Internationale Liga für Menschenrechte“ die Ereignisse nach dem Zusammenbruch des Aufstandes. Auf der Grundlage zur Verfügung stehender Beweise faßte die Liga die massiven Menschenrechtsverletzungen im Irak in einem Bericht zusammen, den sie am 14. Januar 1977 UNO-Generalsekretär Waldheim mit der Aufforderung übergab, zugunsten der Rechte der Kurden einzugreifen. In dem Bericht heißt es: „Seit März 1975 sind mehr als 227 Kurden in den Gefängnissen von Mossul, Kirkuk und Bagdad für ihr Engagement in der kurdischen Bewegung für größere Autonomie im Irak hingerichtet worden. Alle 227 wurden nach dem Waffenstillstand und in direkter Verletzung des ‚Irakischen Amnestie-Gesetzes‘ hingerichtet, das ihren Schutz garantierte. Seit Oktober 1975 werden 200 bis 300 Kurden in Haft gehalten, wahrscheinlich wegen ihres Engagements in Aktivitäten und Organisationen, die von der irakischen Regierung verboten sind. Es wird berichtet, daß sie gefoltert wurden. Ungefähr 25 000 bis 30 000 Kurden, frühere Angehörige der Pesh Merga, die in den Irak aus iranischen Flüchtlingslagern zurückgekehrt waren, werden in Konzentrationslagern in Diwaniya im Südirak festgehalten, wo sie Schlägen und Folter ausgesetzt sind. Bis heute wurden etwa 300 000 kurdische Männer, Frauen und Kinder, von denen die meisten an dem kürzlichen Aufstand nicht teilgenommen hatten, zwangsweise von den Behörden aus ihren Heimatorten in den Gebieten von Badinan, Kirkuk, Sinjar, Shekhan, Barzan, Khanaquin, Bamu usw. deportiert. Ohne Kompensation wurde ihr Eigentum konfisziert. Während des Transports starben etwa 300 Kinder und alte Leute. Trotz Regierungsdekrets vom 6. Juli 1976, das einen Stopp der Kurdendeportationen aus ihren nördlichen Heimatgebieten in die südlichen Steppen verspricht, wurden inzwischen weitere 50 Dörfer in den Distrikten von Amadiya und Zakcho evakuiert, ihre Insassen auf Militärlastwagen geladen und nach Dihok gebracht, wo man sie ohne angemessenen Schutz und Nahrung ließ.“ <sup>56)</sup>

<sup>55)</sup> Erklärung der Presseabteilung der irakischen Botschaft in Bonn vom 9. März 1977.

<sup>56)</sup> Erklärung der „Internationalen Liga für Menschenrechte“, New York, am 14. 1. 1977, veröffentlicht in: Vierte Welt aktuell Nr. 4, März 1977, hrsg. von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Hamburg. Die Qualität dieser Quelle ist auch durch Recherchen von Amnesty International belegt, die sie mit vielen namentlichen Nennungen stützen kann.

Auch die sprachliche und kulturelle Eigenständigkeit der irakischen Kurden wird nach dem Bericht der Menschenrechts-Liga massiv von der Bagdader Regierung bekämpft: „Im Gebiet der Distrikte Badinan, Kirkuk und Khanaquin ist die kurdische Sprache in den Volksschulen verboten. 70 kurdische Mitglieder der Fakultäten der Sulaiman-Universität wurden in den Südirak transferiert und ihre Positionen von Arabern eingenommen. Die Fakultät für kurdische Studien an der Universität wurde abgeschafft. Drei kurdische Wochenzeitungen (Beeri Niwe, Birayati und Bayan) wurden von den Behörden eingestellt.“ <sup>57)</sup> Der Zerschlagung der kurdischen Familien soll nach Auffassung der Liga für Menschenrechte eine administrative Verfügung der Regierung dienen, nach der jeder Araber, der eine Kurdin zur Frau nimmt, 500 Dinar (rund 3 600 DM) erhält.

Diese Darstellung der Situation wies der irakische Staatsminister (kurdischer Nationalität) und Vorsitzender des Exekutivrates der „Autonomen Region“, Hassan Hashim Akrawi, auf einer Pressekonferenz in Bonn am 20. Januar 1977 mit Entschiedenheit zurück. Die Umsiedlungsaktionen sind nach seinen Angaben eine „Flurbereinigung“, bei der kleinere Dörfer unter 5 000 Einwohnern zusammengelegt werden, um eine nützlichere Infrastruktur zu schaffen. Auch Hinrichtungen von Kurden aufgrund ihrer nationalen Zugehörigkeit bestritt der Minister. Doch gebe es die Todesstrafe für andere Delikte. Auch in Bonn leugnete Akrawi die Existenz von politischen Gefangenen im Irak. Vertretern von Amnesty International wurde nach eigenen Angaben verweigert, irakische Gefängnisse zu besuchen. Bei seiner Bonn-Visite forderte Akrawi Journalisten und Vertreter der Gefangenenhilfsorganisation auf, Vertreter ins Autonomiegebiet zu schicken, die sich davon überzeugen könnten, daß die erhobenen Anschuldigungen falsch seien.

Daß es mittlerweile nicht nur für irakische Armee-Einheiten, sondern auch für Regierungsbeamte aus Bagdad ein tödliches Risiko geworden ist, bestimmte Gebiete im Norden des Irak zu betreten, erwähnte Minister Akrawi mit keinem Wort <sup>57a)</sup>.

Die kurdischen Freiheitskämpfer der Pesh Merga (Akrawi in Bonn: „Es gibt keine ‚Pesh Merga‘ mehr“) haben ihren „Kampf zur Verteidigung des kurdischen Volkes im gesamten irakischen Kurdistan wiederaufgenommen“ <sup>58)</sup>.

<sup>57)</sup> Ebd.

<sup>57a)</sup> Erklärung eines Vertreters der DPK gegenüber dem Verfasser.

<sup>58)</sup> Presseerklärung der Kurdischen Demokratischen Partei, Bonn 20. 1. 1977.

Einige Beispiele dafür: In der Nacht des 25. November 1976 rücken irakische Spezialeinheiten aus dem Lager Ranwandaz in Richtung des Dorfes Bingiridan aus und werden von einer Gruppe Pesh Merga angegriffen. Nach einem 2<sup>1/2</sup>stündigen Gefecht treten die irakischen Streitkräfte den Rückzug an; sie lassen 60 Tote zurück, unter ihnen einen Offizier.

Anfang November befreien City-Pesh Merga den kurdischen Patrioten Nuraddin Abdulla aus dem Abu Ghreib-Gefängnis in der Nähe von Bagdad, wo er seit 1972 eine 20jährige Gefängnisstrafe verbüßte <sup>59)</sup>.

Am 21. Dezember wird ein Anschlag auf den Wagen des Gouverneurs von Sulaimania verübt. Pesh Merga töten dabei den Leibwächter Hamza Agha und den Fahrer des Wagens. Der Gouverneur Amin Shambi wird leicht verletzt. Der Gouverneur ist ein Kurde und Anhänger des Bagdader Regimes.

Am 26. Dezember 1976 gelingt den Pesh Merga die Zerstörung von drei Hubschraubern der irakischen Armee. In einem Gefecht sterben 143 Regierungssoldaten <sup>60)</sup>.

Mitte Dezember 1976 werden in der Provinz Sulaimania vier polnische Ingenieure von den Pesh Merga als Geiseln festgenommen. Die Aufständischen knüpften an die Freilassung der Geiseln die Bedingung, die kurdischen Familien, die in den Südirak deportiert worden waren, insbesondere die Frauen und Kinder von Pesh Mergas, die in Internierungslagern gefangengehalten werden, in ihre Dörfer zurückkehren zu lassen. Die Geiseln sind inzwischen wieder frei, weil die Kurden nach erneuten Angriffen der Regierungstruppen für das Leben der Polen nicht mehr garantieren konnten. Auch zwei Franzosen und ein Algerier, die von den Aufständischen am 28. Februar 1977 gefangengenommen worden waren, sind freigelassen worden. Sie wurden, ebenso wie die Polen, gebeten, bei ihren Regierungen für eine Beendigung der Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung durch die irakische Armee zu intervenieren.

Am 27. Dezember 1976, einen Tag nach den schweren Gefechten und der Zerstörung der drei Hubschrauber, kommen die irakischen Streitkräfte zurück und befehlen den Einwohnern

des Dorfes Sharistan, die Toten wegzuschaffen. Nachdem dies getan ist, werden die wehrlosen Zivilisten aufgefordert, sich im Kreis aufzustellen. Irakische Soldaten erschießen 32 Dorfbewohner, Frauen, Kinder und Greise.

Mitte Januar 1977 ermordeten Pesh Merga das Dorfoberhaupt von Binkir, das ein örtlicher bezahlter Agent der Regierung gewesen sein soll <sup>61)</sup>.

In den Monaten Oktober 1976 bis Januar 1977 töteten die Pesh Merga bei Gefechten mit Regierungseinheiten rund 700 Soldaten, über 100 wurden nach kurdischen Angaben verletzt, 16 gefangengenommen. Zahlreiche Waffen und Munition wurden von den Kurden erbeutet.

Unbestätigt sind bisher Nachrichten, nach denen Syrien den neuen Kurdenaufstand mit Waffenlieferungen unterstützt, um das Bagdader Baath-Regime in Bedrängnis zu bringen. Der Irak hat darauf selbst Hinweise gegeben, indem es die Baath-Regierung des Nachbarstaates für die Unruhen Mitte Februar im Gebiet von Najef verantwortlich macht.

Es ist das besondere Dilemma der Kurden, daß ihr Gebiet zu einem Feld vielfältiger, einander widersprechender und überlagernder Interessen geworden ist. Nationale und wirtschaftliche Ansprüche der herrschenden Staaten, ihre außenpolitischen Konflikte, labile Bündiskonstellationen herrschender Klassen und Schichten, Kooperation und Konkurrenz der Supermächte machten diesen Teil der Landkarte zu einem Bereich, dessen strategische Bedeutung nicht erst seit den Verträgen von Sèvres offenkundig ist <sup>62)</sup>.

Während die kurdischen Freiheitskämpfer im Irak wieder zu den Waffen gegriffen haben, äußerte sich nach Monaten des Schweigens auch der „große alte Mann der kurdischen Revolution“, Mulla Mustafa Barzani, der sich zur Zeit in den USA einer Krebsbehandlung unterzieht: „Ich mache die gegenwärtige Administration nicht für die Tragödie verantwortlich, aber ich glaube, Amerika sollte die Verantwortlichkeit übernehmen, und ich werde versuchen, die Carter-Administration zu überzeugen, ihren Einfluß zu gebrauchen, um den Irak zu veranlassen, die vertriebenen Kurden in ihre Heimat zurückkehren zu lassen.“ <sup>63)</sup>

<sup>59)</sup> Communiqué Nr. 7 vom 28. Dez. 1976 der Kurdischen Demokratischen Partei, Provisorische Führung.

<sup>60)</sup> Communiqué Nr. 8 vom 26. Jan. 1977. der Kurdischen Demokratischen Partei, Provisorische Führung.

<sup>61)</sup> Communiqué Nr. 9 der Kurdischen Demokratischen Partei, Provisorische Führung, vom 15. März 1977.

<sup>62)</sup> Liebermann, a. a. O., S. 11.

<sup>63)</sup> In: Vierte Welt aktuell, Nr. 5, Sonderausgabe, a. a. O.

## Oskar Weggel: Zwei Jahre „Demokratisches Kambodscha“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/77, S. 3—20

Mit der Eroberung Phnom Penhs durch den Khmer Rouge am 17. April 1975 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte Kambodschas, über den in der westlichen Berichterstattung fast nur „apokalyptische“ Meldungen verbreitet werden. Der Mord an angeblich 1,2 Millionen Menschen, die Evakuierung der Dreimillionenstadt Phnom Penh und der „steinzeitliche“ Masseneinsatz der Bevölkerung auf dem Land machten Schlagzeilen.

Während die „Massaker“-Berichte, die ausschließlich auf Flüchtlingsaussagen beruhen, sich weder bestätigen noch abstreiten lassen, geben die Meldungen von Radio Phnom Penh über andere Fragen genügend Material, um heute — gut zwei Jahre nach dem Umsturz — ein einigermaßen klares Bild von dem Zustand des südostasiatischen Staats entstehen zu lassen.

Hinter den so oft zitierten Evakuierungsmaßnahmen sowie der (möglichen) Liquidierung und Mobilisierung der Einwohner des Landes stand die Absicht, die im Laufe der französischen Kolonialzeit, während der Sihanouk-Ära und in den „kapitalistischen Lon-Nol-Jahren“ ungesund und angeschwollenen Städte (fast die Hälfte der 7 Millionen Kambodschaner lebte Anfang 1975 in Phnom Penh) zu entflechten und damit zugleich jenen alles beherrschenden „Widerspruch“ zwischen Stadt und Land sowie zwischen den Bedürfnissen der kambodschanischen Bauern einerseits und den Verwertungsanforderungen der internationalen „Metropolen“ andererseits aufzuheben.

Gesteuert wird dieser Umwandlungsprozeß von der sog. Revolutionären Organisation, der Angkar, die trotz ihrer Allgegenwart auch zwei Jahre nach dem Sieg noch als Verschwörergemeinschaft auftritt.

Nach dem Erlaß der Verfassung vom 3. Januar 1976 wurden die Staatsorgane auf zentraler und lokaler Ebene errichtet. Massenorganisationen (Gewerkschaften, Jugendliga und Frauenverbände) sowie sog. Solidaritätsgruppen dienen — neben den Staatsorganen — als verlängerter Arm der Angkar.

Die Ideologie des Demokratischen Kambodscha — hier „Khmer-Populismus“ genannt — ist ein Gemisch von spontan sozialistischen, terminologisch unmarxistischen und nationalen, von einer Art Angkor-Nostalgie geprägten Elementen.

Nach außen hin hat Kambodscha nach wie vor Überlebenspolitik zu treiben. Thailand und Vietnam gelten, auch wenn dies unausgesprochen bleibt, als Erbfeinde. China dagegen ist aus der Sicht auch der neuen Führung die eigentliche Garantiemacht für das Fortbestehen eines selbständigen Kambodscha. Als neutralitätsbestrebtes Staatswesen knüpft Kambodscha, wo immer dies möglich ist, Kontakte zur Dritten Welt und zu den Blockfreien an. Die USA, die Kambodscha fünf Jahre lang mit einem Bombenhagel belegt hat, und die Sowjetunion, die dem Lon-Nol-Regime bis zuletzt die Treue gehalten hat, werden dagegen mit tiefem Mißtrauen betrachtet.

## Prodosh Aich: Das indische Dilemma

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/77, S. 21—34

Die politischen Ereignisse in Indien, über die in den deutschen Medien — wie anderswo auch — zumeist nur auf Personen bezogen berichtet wird, erscheinen widersprüchlich. Diese Widersprüchlichkeit läßt eine systematische Einordnung nicht zu; es fehlt der Bezugsrahmen. In diesem Beitrag wird versucht, durch die Darstellung zweier sozialer Institutionen und deren geschichtlicher Entwicklung einen solchen Bezugsrahmen zu schaffen. Bei der geschichtlichen Analyse fällt auf, daß die indische Gesellschaft seit Jahrtausenden mit einer Grundstruktur lebt, die sich durch krasse soziale Ungleichheit auszeichnet. Dabei hatte Indien immer einen hohen Stand an Produktivität. Selbst spektakuläre Ereignisse wie Einwanderungen, Ausplünderungen und zwei über Jahrhunderte andauernde Fremdherrschaften unterschiedlicher Qualität haben zu keiner grundlegenden Veränderung im System der sozialen Gliederung geführt. Es hat auch keinen Versuch gegeben, die krassen sozialen Gegensätze zu verändern. Das soziale Gliederungssystem ist das Kastensystem. Es ist weder von der frühen Fremdherrschaft der islamischen Eroberer, noch von den europäischen Kolonisatoren, noch nach der politischen Unabhängigkeit Indiens angetastet worden. Eine Analyse des Kastensystems zeigt, daß eine grundlegende Veränderung der sozialen Ungleichheit ohne die Aufhebung des Kastensystems nicht denkbar ist.

„Tausende Freunde sind zu wenig, ein Feind ist zuviel — und die Kurden haben viele Feinde“, sagt eines der zahlreichen kurdischen Sprichwörter. Als Minderheiten in der Türkei, in Syrien, im Irak, Iran und der Sowjetunion versucht das 16-Millionen-Volk der Kurden, das seinen Ursprung in frühgeschichtlichen Kulturen hat, seit dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkriegs seine sprachliche, kulturelle und nationale Identität zu erhalten. Die Bergregionen des „wilden Kurdistan“ im nördlichen Irak stellten seither immer wieder die letzte Zufluchtsstätte kurdischer Freiheitskämpfer vor feindlichen Verfolgern dar.

Über ein Jahrzehnt lang tauchten in den Spalten der Weltpresse zwischen 1960 und 1975 immer wieder Berichte über den Kampf dieses Volkes ohne Land auf. Ausgehend vom irakischen Teil Kurdistans war es der inzwischen legendäre Kurdenführer Mulla Mustafa Barzani, der mit seinen „Pesh Merga“ („Jene, die dem Tod ins Auge sehen“) letztlich mit der Waffe in der Hand bereit war, die Rechte seines Volkes zu verteidigen. Die reichen Erdölfelder auf kurdischem Territorium im Gebiet von Kirkuk machten und machen die „kurdische Frage“ im Zeichen einer unverzichtbaren Abhängigkeit der großen Industriestaaten von diesem Rohstoff nicht einfacher.

Die irakischen Kurden glaubten mit dem Autonomie-Versprechen der Regierung in Bagdad von 1970 dem Ziel nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit einen großen Schritt nähergekommen zu sein. Als sich dies als Fehleinschätzung herausstellte, kam es zu den bisher schwersten Kämpfen mit dem Irak, die mit der völligen Niederlage der Aufständischen im April 1975 endeten. Wieder einmal waren es vermeindliche Freunde, die die Kurden im Stich ließen: Der Schah von Persien, der den Kurdenaufstand massiv unterstützt hatte, entzog in dem Augenblick die Hilfe, als der Irak den Persern Schiffahrtsrechte auf dem Schatt-al-Arab zum politischen Tausch bot. Seitdem sehen sich die Kurden im Irak erneut zunehmend Verfolgungsmaßnahmen der Regierung ausgesetzt, wenn sie sich außerhalb des Rahmens betätigen, der durch ein einseitiges Autonomiegesetz der irakischen Regierung von 1974 gesteckt wurde. Dennoch scheint der Wille zum Widerstand gegen die Unterdrückung nicht erlahmt zu sein. Der Bericht soll die wichtigsten Aspekte des kurdischen Freiheitskampfes näher beleuchten.